

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Die Einheit — eine Waffe der Arbeiterklasse	1
L. BESYMENSKI — Die Wirtschaftslage in den West- zonen Deutschlands	3
A. TRAININ — Die Demokratie vor Gericht	8
A. PIRADOV — Die Stimme der jugoslawischen Patrioten (Überblick über die revolutionäre jugoslawische Emigrantenpresse)	12
Internationale Umschau (Notizen)	15
I. LAPIZKI — Puerto Rico — eine Kolonie der Vereinig- ten Staaten (Geographische Notizen)	21
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen: N. SERGEJEWA — Warum sie über die Sowjetstatistik erboht sind	26
Kritik und Bibliographie: J. SWETLOW und M. UKRAINZEW — Eine Erzählung vom chinesischen Dorf	28
Chronik der internationalen Ereignisse	32
Beilage: Zweiter Weltgewerkschaftskongress, (Manifest und Resolutionen)	

Nr. 30
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Die Einheit—eine Waffe der Arbeiterklasse

IN DER BEILAGE zu dieser Nummer unserer Zeitschrift werden das Manifest und die Resolutionen veröffentlicht, die der zweite Weltgewerkschaftskongreß angenommen hat. Diese Dokumente besitzen gewaltige prinzipielle und praktische Bedeutung. In ihnen ist die außerordentlich reiche Erfahrung im Kampf für die Rechte der Werktätigen summiert, die die Gewerkschaften der verschiedenen Länder in den Nachkriegsjahren gesammelt haben. Lange Zeit hindurch werden die Kongreßbeschlüsse der internationalen Arbeiterbewegung als Richtschnur dienen.

Will man sagen, was das eigentliche Wesen dieser Beschlüsse ausmacht, so muß man von der Einheit der Arbeiterklasse sprechen, von der Notwendigkeit, die Kräfte der Gewerkschaftsorganisationen zum Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse, für Frieden und Demokratie fest zusammenzuschließen.

Jede Zeile der veröffentlichten Dokumente ist von der Idee der Einheit der Arbeiterklasse durchdrungen. In dem Manifest des Mailänder Kongresses heißt es:

„Physisch und geistig Schaffende! Denkt stets daran, daß unsere Waffe Einheit, Organisiertheit, Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung sind... Solange wir einig sind, brauchen wir keinerlei Feinde zu fürchten. Geeint und fest zusammenhaltend, werden wir fähig sein, unsere Rechte zu verteidigen. Zersplittert und getrennt wären wir kraftlos im Kampf mit dem Kapitalismus.“

In der heutigen Situation gewinnen diese Worte, deren Richtigkeit durch die gesamte Geschichte der Gewerkschaftsbewegung erprobt und bestätigt ist, besondere Bedeutung. Über den kapitalistischen Ländern ist die reale Gefahr einer Wirtschaftskrise heraufgezogen, die den werktätigen Massen neue Leiden bringt. Senkung des Reallohns, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Massenarbeitslosigkeit haben bereits Millionen Menschen in den USA, in den Ländern Westeuropas, in Lateinamerika, Asien, und Afrika betroffen.

Die Kriegsvorbereitungen, die von den englisch-amerikanischen Imperialisten betrieben werden, sind von Anschlägen gegen die elementaren Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse begleitet. In der kapitalistischen Welt spitzen sich

die sozialen Gegensätze und Konflikte zu. In ihrem Bestreben, den Widerstand der Massen durch eine volksfeindliche Politik zu unterdrücken, macht die Reaktion vor nichts halt.

Unter diesen Verhältnissen bedarf die Arbeiterklasse eines Zusammenschlusses ihrer Kräfte zum Kampf für ihre Interessen, für Frieden und Demokratie so dringend wie der Atemluft. Ohne die Spaltung und Zersplitterung im Landesmaßstabe zu überwinden, können die Gewerkschaften auf keine erfolgreiche Verteidigung der Rechte ihrer Mitglieder gegen die Anschläge der Unternehmer und der reaktionären Regierungen der kapitalistischen Länder rechnen. Ohne festen Zusammenschluß in der internationalen Arena können sie nicht den gebührenden Widerstand gegen die verbrecherischen Pläne der Brandstifter eines neuen Krieges organisieren.

Die Weltföderation der Gewerkschaften hat sich seit den ersten Tagen ihres Bestehens dem Zusammenschluß und der Mobilisierung aller Kräfte der Arbeiter und Angestellten der ganzen Welt gewidmet. Die Resultate dieser Tätigkeit zeigen sich überall, obwohl die englisch-amerikanischen Spalter — Agenten der internationalen Monopole — viel Mühe darauf verwandt haben, dieser Sache Abbruch zu tun. In den Gewerkschaften ist das Solidaritätsgefühl und das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse gemeinsame Ziele hat, merklich gewachsen.

Die Weltföderation liefert ein lebendiges Beispiel der brüderlichen Zusammenarbeit der Werktätigen, unabhängig von ihrer Nationalität, Rasse, politischen und religiösen Auffassung. Außerordentlich wichtig ist die Hilfe, die sie der jungen Gewerkschaftsbewegung der Kolonien und abhängigen Länder geleistet hat. Man kann sagen, daß Millionen schaffende Menschen in den Ländern Asiens und Afrikas seit Gründung der Weltföderation der Gewerkschaften sich zum erstenmal als gleichberechtigte Teilnehmer einer einheitlichen Gewerkschaftsfront fühlen.

Damit erklärt sich der Haß, den das Lager der imperialistischen Reaktion gegen die Weltföderation der Gewerkschaften hegt. Das ist aber auch der Grund für die rückhaltlose Unterstützung, die die werktätigen Massen der Föderation zuteil werden lassen.

In dem Bemühen, die Arbeiter ihrer Länder zu betrügen und zu desorientieren, behaupten

die Spalter aus dem Generalrat der Trade Unions und der reaktionären Spitze des Kongresses der Industrieverbände in blasphemischer Weise, sie seien „ebenfalls“ für die Einheit, „ebenfalls“ für die Demokratie. Das praktische Tun dieser Herrschaften entlarvt sie jedoch auf Schritt und Tritt.

Während die Weltföderation der Gewerkschaften stolz darauf ist, daß die mächtigen Gewerkschaftsorganisationen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder ihren Reihen angehören, suchen die englisch-amerikanischen Gewerkschaftsböndnisse die Gründung einer Spaltervereinigung zu erreichen, in der für diese größten und fortschrittlichsten Trupps der internationalen Arbeiterklasse kein Platz wäre. Den Monopolen zu Gefallen sprengen sie die internationale Solidarität der Gewerkschaften, wie das während des heroischen Streiks der französischen Bergarbeiter der Fall war oder wie es jetzt, während des Streiks der Londoner Hafenarbeiter, der Fall ist. Sie suchen die Arbeiterklasse zu spalten und sind zu Bannerträgern des niederträchtigen Feldzugs gegen die Kommunisten geworden. Sie verraten den nationalen Befreiungskampf und den Gewerkschaftskampf der Werktätigen in den Kolonien, wobei sie sich mit den Imperialisten solidarisieren, die solche Männer wie Ganapati, den Führer der malaiischen Arbeiter, morden und mutige Kämpfer für die Interessen der Arbeiter Indiens wie Dange und seine Genossen ins Gefängnis werfen. Sie arbeiten mit dem monarchistisch-faschistischen Regime in Griechenland, mit den holländischen Imperialisten in Indonesien, mit den französischen Kolonisatoren in Vietnam zusammen.

Eine derart doppelzünglerische Politik, die einen Verrat an den Grundinteressen der Arbeiterklasse darstellt, kann nicht ungestraft betrieben werden. Tatsachen der letzten Zeit lassen überzeugend erkennen, daß bei zunehmender Autorität der Weltföderation der Gewerkschaften der Einfluß ihrer Feinde immer mehr abnimmt. Nicht umsonst hat ein derartiger Erzreaktionär aus dem Lager des englischen Imperialismus wie Eden neulich beunruhigt im Unterhaus von dem „verhältnismäßig vollständigen Prestigeverlust“ der Führer des Trade-Union-Generalrats gesprochen. Die Reaktionäre haben Grund zur Beunruhigung, da sie sehen, daß die Massen sich der Kontrolle der Gewerkschaftsagenten der Monopole entziehen. Dies aber ist ein unausbleiblicher Prozeß, da die Arbeiter erkennen, daß sie von den Führern, die in den Dienst der Unternehmer und der reaktionären Regierungen getreten sind, keine Hilfe und Führung zu erwarten haben.

Es steht außer allem Zweifel, daß die Beschlüsse des zweiten Weltgewerkschaftskon-

gresses dem Kampf der Arbeiterklasse für den Zusammenschluß ihrer Reihen, für die Überwindung der Folgen der ihr von einem Häuflein gewerkschaftlicher Politikaster aufgezwungenen Spaltung einen neuen machtvollen Anstoß geben werden. Die Erfahrungen der Allgemeinen Arbeitskonföderation Frankreichs und der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens haben den Delegierten des Mailänder Kongresses gezeigt, daß die beste Methode zur Festigung der Gewerkschaftseinheit die Anwendung einer Politik gemeinsamer Aktionen zum Schutz der Forderungen ist, die allen Werktätigen gemeinsam sind. Der Kongreß empfahl den leitenden Organen der Föderation, der Heranziehung aller Werktätigen zum gemeinsamen Kampf auf Grund des wirtschaftlichen und sozialen Programms der Föderation besondere Beachtung zu schenken, darunter auch der Heranziehung von Mitgliedern der abgespaltenen Gewerkschaften. Das kann in der Praxis nur zu einer faktischen Aufhebung der von den Reaktionären aufgezwungenen Spaltung führen, denn zwischen den Arbeiterorganisationen gibt es keine unüberwindlichen Gegensätze und kann es auch keine solchen geben, wenn sie aufrichtig vom Standpunkt des Schutzes der ureigensten Interessen der Werktätigen ausgehen. Es ist leicht vorauszu sehen, daß der Verzicht der Gewerkschaftsbürokraten auf eine Politik gemeinsamer Aktionen nur ihre Selbstentlarvung vor den Massen beschleunigen wird.

Die Weltföderation der Gewerkschaften hat sich nicht damit abgefunden und wird sich auch nicht damit abfinden, daß die Arbeiter der USA, Englands und einiger anderer Länder durch Verschulden der Spalter zeitweilig außerhalb ihrer Kampfreihen stehen. Sie hat an die Werktätigen dieser Länder den Aufruf gerichtet, die Rückkehr ihrer Landeszentralen in die Weltföderation der Gewerkschaften durchzusetzen, Komitees der Zusammenarbeit mit der Föderation zu schaffen und die Pläne zur Gründung einer spalterischen Streikbrecherorganisation zu durchkreuzen.

Dieser Aufruf wird von Millionen gehört werden. Er wird dazu beitragen, selbst denjenigen Gewerkschaftsmitgliedern, die durch die lügnischen Reden Deakins und Careys irreführt wurden, die Politik der Föderation zu erläutern. Der Nebel der Lügen und Verleumdungen gegen die Föderation wird sich nicht lange halten, wenn alle aufrichtigen Freunde der Einheit sich Mühe geben werden, die Beschlüsse des Mailänder Kongresses zu popularisieren. Die Gewerkschaftsbewegung der USA und Englands wird die Hand ergreifen, die ihr die Föderation in Freundschaft und Solidarität hinstreckt

über die Köpfe der Spalter hinweg, die das Vertrauen der Arbeiterklasse mißbraucht haben. Ein überzeugender Beweis hierfür ist insbesondere die aktive Beteiligung einer Reihe großer amerikanischer Gewerkschaften an der Schaffung der Industrieabteilungen der Föderation — der Internationalen Gewerkschaftsvereinigungen.

Der zweite Weltgewerkschaftskongreß ist der Auftakt zu einer neuen wichtigen Phase in der

Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Die konkreten Aufgaben des Kampfes für den Frieden, für Demokratie, für die Rechte der Arbeiterklasse, für ihr materielles Wohlergehen, die die Weltföderation der Gewerkschaften gestellt hat, werden ihr die weitgehende Unterstützung der werktätigen Massen sichern. Auf dieser Grundlage wächst und erstarkt die unerschütterliche Einheit der Arbeiterklasse, an der sich alle ihre Feinde die Köpfe einrennen werden.

Die Wirtschaftslage in den Westzonen Deutschlands

L. BESYMENSKI

1

In seiner Erklärung zu den Ergebnissen der Pariser Außenministerratstagung verkündete Präsident Truman, um die englisch-amerikanische Politik in der deutschen Frage zu rechtfertigen, ruhmrednerisch einen „bedeutenden Erfolg, der seit 1945 in Westdeutschland erzielt worden“ sei. Im Einklang hiermit entwerfen die reaktionären Blätter emsig ein idyllisches Bild von der „Prosperität“ Trizoniens. Sie wiederholen in allen Tonarten die von Acheson in Paris gemachten Angaben. Diesen zufolge hat die Industrieproduktion der Westzonen im April 1949 90 Prozent der Produktion von 1936 erreicht, „die Lebensbedingungen haben sich bedeutend verbessert“, und überhaupt ist ein „gewaltiger Schritt vorwärts“ getan worden.

Selbst offizielle Wirtschaftsfachleute der westlichen Besatzungszonen konnten sich nicht entschließen, diese so weit von der Wahrheit abweichenden Versicherungen des Staatssekretärs der USA zu unterstützen. Sechs Tage nach Achesons Pariser Rede erschien in der „Neuen Zeitung“, dem Organ der amerikanischen Behörden in Deutschland, ein Bericht der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft über die Lage, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Index der Industrieproduktion im April keineswegs 90, sondern nur 82 Prozent desjenigen von 1936 ausgemacht habe. Kennzeichnend ist, daß dieselbe Zahl in der Erklärung des Staatsdepartements zur deutschen Frage vom 30. Juni angeführt war. Acheson war also genötigt zuzugeben, daß seine in Paris genannte Zahl aus der Luft gegriffen war. Das „Handelsblatt“, das Organ der westdeutschen Industriellen, bringt eine noch bescheidenere Zahl — 75 Prozent.

Es handelt sich jedoch nicht nur und nicht so sehr um die Indexe. Die „Stuttgarter Zeitung“ wies mit Recht darauf hin, daß sie willkürlich errechnet werden und zuweilen „kein ausreichendes Konjunkturbarometer“ sind. Die bürgerliche Statistik hat sich schon lange auf eine Verzerrung der Tatsachen und willkürliche Zusammenstellung von Zahlen spezialisiert. Deshalb können weder die Erklärungen Trumans und die kühnen Schätzungen Achesons, noch auch die gemäßigten Angaben ihrer deutschen Untergebenen eine richtige Vorstellung von der Wirtschaftslage in den Westzonen vermitteln, die infolge der Separatmaßnahmen der englisch-amerikanischen Behörden entstanden ist.

2

Bei aller absichtlichen Wirrnis in der Industriestatistik Bizoniens gibt eine Analyse der Vergleichsziffern für die einzelnen Jahre dennoch eine Möglichkeit, gewisse charakteristische Tatsachen festzustellen.

Nehmen wir z. B. die offiziellen Indexe der Industrieproduktion Bizoniens für 1947 und 1948. Dabei fällt der krasse Unterschied zwischen zwei Gruppen von Industriezweigen auf. Die eine ist die Gruppe „prosperierender“ Industriezweige, in der die Produktionsindexe ein verhältnismäßig rasches Wiederherstellungstempo erkennen lassen. Hierzu gehören: die Stahlproduktion, der Kraftwagenbau, die Kraftstromerzeugung, die Erdölgewinnung sowie die Förderung von Eisen- und Nichteisenerzen.

In der andern Gruppe, zu der die metallbearbeitende Industrie, der Maschinenbau, die Papierindustrie und die Holzbearbeitung gehören, ging die Wiederherstellung bedeutend langsamer

3

vor sich. In einigen Industriezweigen befindet sich die Produktion, trotz einer gewissen Steigerung im Laufe des Jahres, nach wie vor auf sehr niedriger Stufe. So z. B. hat die Textilindustrie 1948 nur 52 Prozent, die Lederindustrie nur 50 Prozent ihrer Produktion von 1936 erreicht.

Noch krasser tritt der Unterschied, der zwischen Kindern und Stiefkindern gemacht wird, 1949 zutage. Gemäß dem Quartalsbericht der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft nahm die Produktion von Stahl und Kraftwagen sowie die Erdölgewinnung in den ersten drei Monaten weiter zu. In der zweiten Gruppe von Industriezweigen dagegen geht die Warenerzeugung zurück. So z. B. nahm die Produktion der Lederindustrie um 5,5 Prozent, die der Schuhindustrie um 3,7 Prozent ab.

Dies ist ein charakteristischer Wesenszug der heutigen westdeutschen Wirtschaft: Ungleichmäßigkeit in der Wiederherstellung der einzelnen Wirtschaftszweige.

Interessant ist es, der Entwicklung derjenigen Industriezweige nachzugehen, die in Bizonen privilegierte Stellung einnehmen. Die englisch-amerikanischen Behörden haben die Stahlerzeugung, die für die geplante Verwendung Westdeutschlands als Kriegsarsenal von großer Bedeutung ist, schon lange unter ihre besondere Obhut genommen. Im Jahre 1948 hat sich die Stahlerzeugung in den Westzonen fast verdoppelt, sie machte 5,3 Millionen Tonnen gegenüber 2,7 Millionen Tonnen im Jahre 1947 aus. Die deutsche Hüttenindustrie hatte die französische schon 1948 überholt. So lieferte allein das Ruhrgebiet im September 1948 573 000 Tonnen Stahl, die gesamte französische Hüttenindustrie aber nur 549 000 Tonnen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß außer den Ruhrunternehmen jetzt auch noch das große Hüttenkombinat in Salzgitter in Betrieb gesetzt wurde, das bis 1945 jährlich eine Million Tonnen Stahl erzeugte. Laut offiziellen Voranschlägen werden im laufenden Jahr in Bizonen nicht weniger als 8 Millionen Tonnen Stahl erzeugt werden.

Die jähe Steigerung der Stahlproduktion war von einer Einschränkung anderer Industriezweige begleitet. Wie „Die Neue Zeitung“ meldet, wurden den Hüttenbetrieben im letzten Quartal 1948 Kohlen geliefert, die man der Bauindustrie entzog. Auch die Kohlenreserven für die Bevölkerung sind eingeschränkt worden. Es sei bemerkt, daß die forcierte Erzeugung von Roheisen und Stahl keineswegs den Friedensindustriezweigen der Westzonen zugute kommt. So wurden von den im vierten Quartal 1948 erzeugten 3,3 Millionen Tonnen Stahl und Roheisen für die wirtschaftlichen Bedürfnisse Bizoniens nur 1,9 Millionen

Tonnen abgezweigt. Laut Meldung des „Kurier“ vom 11. März d. J. wurde das Metallkontingent für eine Reihe von Verbrauchergruppen im zweiten Quartal d. J. erneut eingeschränkt, obwohl die Friedensindustrie einen Mangel an Stahl empfindet. Der „Wiesbadener Kurier“ (USA-Zone) beruft sich in einem Kommentar zur Lage in der Hüttenindustrie auf die Erklärung eines hochgestellten Beamten aus Washington, demzufolge die USA-Regierung gegenwärtig Pläne für eine Beteiligung der deutschen Hüttenindustrie an der Waffenproduktion für Europa ausarbeite.

Dies Eingeständnis enthüllt die wahren Gründe für die forcierte Herstellung von Roheisen und Stahl in Trizonen.

Neben der Metallerzeugung wird auch die Kohlenförderung forciert. Die englisch-amerikanischen Behörden, die die Zahl der Arbeitskräfte im Ruhrgebiet fast auf das Anderthalbfache der Vorkriegszeit erhöht und ein Antreibersystem eingeführt haben, brachten die Ruhrkohlenförderung im Mai d. J. auf täglich 335 000 Tonnen (gegenüber 384 000 Tonnen im Jahre 1936), was die Möglichkeit gibt, mehr als 20 Millionen Tonnen Kohle im Jahr auszuführen. Für die amerikanischen Geschäftemacher bedeutet das nicht nur, daß sie eine mächtige Waffe zur Einwirkung auf die Wirtschaft der westeuropäischen Länder in Händen behalten, sondern es bedeutet auch hunderte Millionen Dollars Profit aus dem Weiterverkauf der Ruhrkohle an diese Länder.

Kennzeichnend ist der Verlauf der Entwicklung, den die Kraftwagenindustrie in Westdeutschland genommen hat. Bis 1948 war sie völlig vernachlässigt und lieferte nur 15 Prozent der Produktion von 1936. Dann trat plötzlich eine Wendung ein. In der ersten Hälfte des Jahres 1948 wurden 9507 Personenkraftwagen und an die 9000 Lastkraftwagen hergestellt, d. h. fast ebensoviel wie im ganzen Jahre 1947. Von Monat zu Monat nahm das Produktionstempo zu! Die Herstellung der meisten alten Modelle wurde wiederaufgenommen, und außerdem wurde eine Reihe von neuen eingeführt. Bis zum Ende des Jahres erzeugten die Kraftwagenwerke der Westzonen mehr als 56 000 Wagen verschiedener Typen.

Das Geheimnis dieses plötzlichen Umschwungs im Geschick der Kraftwagenindustrie der Bizone ist, daß gerade 1948 der Prozeß der Aneignung der deutschen Kraftwagenindustrie durch die USA-Monopole abgeschlossen war. Die Gesellschaft General Motors hatte inzwischen bereits die deutsche Großfirma Opel an sich gebracht. In den Rüsselsheimer Werken dieser Firma wurde eine amerikanische Direktion eingesetzt. Der amerikanische Automagnat Edsel Ford traf

seinerseits Maßnahmen zur Erweiterung seiner Kölner Werke. Wie die Presse meldete, kaufen amerikanische Vertreter Aktien einer dritten großen westdeutschen Kraftwagenfirma, Daimler-Benz, auf. Die Opelwerke, die Fordwerke und Daimler-Benz bilden ungefähr zwei Drittel der ganzen Kraftwagenindustrie Trizoniens. Außerdem funktionieren die von den Hitlerfaschisten gebauten Volkswagenwerke, die jetzt im Besitz der britischen Verwaltung sind.

Man erkennt unschwer, daß die amerikanischen und die englischen Geschäftsherren jetzt gewichtige Gründe haben, das Wachstum der westdeutschen Kraftwagenindustrie zu stimulieren. Damit stimulieren sie ihre Gewinne und bereiten Kraftwagen für die künftigen Armeen des Westblocks vor. In diesem Jahr beabsichtigt man in Westdeutschland 170 000 Kraftwagen aller Typen herzustellen.

Ein anderes Beispiel: die Erdölgewinnung ergab im Jahre 1936 445 000 Tonnen. Im vorigen Jahr lieferte die in der britischen Besatzungszone konzentrierte Erdölindustrie 628 980 Tonnen Erdöl. Das derart rasche Anwachsen der Erdölgewinnung erklärt sich aus der unmittelbaren Interessiertheit des USA-Kapitals. Ein bedeutender Teil der westdeutschen Erdölindustrie gehört der Aktiengesellschaft Deutsche Vakuum-Ölgesellschaft, einer Tochtergesellschaft des USA-Monopols Socony Vacuum Oil Company. Die Aktien einer anderen Gesellschaft, der Gewerkschaft Brigitta, befinden sich in Händen des englisch-holländischen Trusts Royal Dutch Shell. In Bizonien besteht auch ein deutscher Konzern, Wintershall AG., der eng mit Standard Oil und seinen holländischen Filialen liiert ist, sowie die gemischte Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft (Filiale der Standard Oil).

In Bizonien sind demnach diejenigen Produktionszweige privilegiert, die für die amerikanischen und die englischen Monopole von wirtschaftlichem, politischem und militärischem Interesse sind.

3

Ganz anders ist das Bild in den westdeutschen Industriezweigen, die friedlichen Bedürfnissen dienen. Das läßt sich sogar aus der offiziellen Statistik schließen, so gefälscht sie auch ist. Natürlich steht es in Wirklichkeit noch schlimmer.

Im Jahre 1948 entfalteten die englisch-amerikanischen Behörden ihre Spaltungspolitik in Deutschland mit Volldampf. In der Jahresmitte führten die westlichen Behörden die separate Währungsreform durch, und der Handel zwischen den Westzonen und der Ostzone wurde eingestellt. Die

Westzonen waren von der Sowjetzone sowie von den Ländern Ost- und Südosteuropas abgeschnitten. Dieser Schritt war im Rahmen einer großangelegten Operation unternommen worden, die das Ziel hatte, Westdeutschland wirtschaftlich zu versklaven. Denn während ihm der Weg nach Osten durch den eisernen Vorhang der Diskriminierungsmaßnahmen der englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden versperrt wurde, verlegten sie ihm durch die berüchtigte Vereinigte Export-Import-Agentur den Weg auch nach Westen.

Ein Jahr in dieser Zange mußte sich unbedingt auf den Zustand der westdeutschen Wirtschaft auswirken. Man hatte ihr eine Reihe notwendiger Waren entzogen, die sie aus dem Osten hatte bekommen sollen, z. B. Kalidungemittel, Glas für optische Zwecke, Autoreifenmängel, Grubenholz, Papier, Holzwaren und landwirtschaftliche Produkte. Die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands hatte aber auch eine andere, noch wichtigere Folge: die westdeutsche Industrie verlor ihren naturgegebenen inneren Absatzmarkt.

In der britischen Zone wirkten sich die Absatzschwierigkeiten besonders schwer auf die metallbearbeitende Industrie und die Erzeugung von Rundfunkgeräten aus. Wie ein Hamburger Industrieller erklärte, hat eine Reihe von Rundfunkgerätefabriken im März d. J. die Produktion um 80 Prozent eingeschränkt. Laut Mitteilung der Industrie- und Handelskammer von Arnberg ist in der Beleuchtungskörperindustrie und anderen elektrotechnischen Industriezweigen ein völliges Ausbleiben von Aufträgen festzustellen.

Infolge der Zurückweisung von Aufträgen aus der Sowjetzone und den Ländern Osteuropas wurden Anfang des Jahres auf den Schiffswerften Schleswig-Holsteins, in den pharmazeutischen Fabriken von Wuppertal und in den Hanomagwerken von Hannover Massenentlassungen vorgenommen. Empfindliche Schwierigkeiten verspürt die metallbearbeitende Industrie Solingens. Die Auslandsmärkte für Solinger Erzeugnisse sind von den britischen Besatzungsbehörden auf Drängen der britischen Konkurrenzfirmen schon längst gesperrt worden. Im Jahre 1948 wurden ihnen dann auch die Märkte innerhalb Deutschlands gesperrt.

Ein ähnliches Bild bietet die amerikanische Zone. Die Produktion in vielen metallbearbeitenden Betrieben ist zurückgegangen. In der ersten Junihälfte wurden in Bayern 150 Betriebe für Spezial- und Feinmechanik stillgelegt. Die bayrische Lederindustrie hat für ihre Erzeugnisse keinen Absatz. Wie die Agentur DPD am 27. März meldete, liegen in den Warenlagern Westdeutschlands 100 000 Paar Schuhe fest. In der gleichen Situation ist auch die Textilindustrie.

In einem Bericht der amerikanischen Militärregierung wird auf die Absatzschwierigkeiten für chemische Produkte — Salzsäure, Glaubersalz u. a. — hingewiesen.

Besonders hat die Wirtschaft der französischen Zone, wo gerade die für den Export arbeitenden Industriezweige entwickelt waren, gelitten. Wie die Agentur ADN aus Baden-Baden mitteilt, hat die Krise in der Uhren-, der Schuhwaren- und der Werkzeugindustrie der Zone bereits das Ausmaß der Krise von 1929/30 erreicht. Die hochentwickelte Industrie chirurgischer Instrumente arbeitet nur mit halber Stärke. Im Juni sind in Südbaden 450 Unternehmen zu Kurzarbeit übergegangen.

Alle diese Tatsachen nötigen selbst offizielle Vertreter der Westmächte, zuzugeben, daß eine „ernste Krise“ vorhanden sei. Insbesondere hat Lawrence Wilkinson, der Wirtschaftsberater des Oberbefehlshabers der amerikanischen Besatzungstruppen, dies eingestanden.

Die für Friedensbedürfnisse produzierenden westdeutschen Industriezweige hat wahrlich ein paradoxes Geschick ereilt: noch ehe sie auf die Beine gekommen sind und die Produktion in auch nur einigermaßen bedeutendem Umfang wieder aufgenommen haben, machen sie schon eine Überproduktionskrise durch. Die Störung der normalen Handelsbeziehungen mit dem Landesosten hat zugleich mit der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung zu dieser krankhaften Erscheinung geführt.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß die Absatzmöglichkeiten für Erzeugnisse der westdeutschen Industrie im Ausland ebenfalls äußerst beschränkt sind. Auf Drängen englischer und amerikanischer Konkurrenzfirmen wird ein bedeutender Teil der deutschen Erzeugnisse nicht auf den Weltmarkt zugelassen. Die amerikanischen und die britischen Behörden drosseln vorwiegend eine Reihe von Industriezweigen der deutschen Friedensindustrie. So hat Eberhard Wildermuth, Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern, offiziell erklärt, die Kapazität der deutschen Uhrenindustrie sei auf Forderung englischer Firmen um 50 Prozent eingeschränkt worden. Ähnlich steht es mit der Fahrradindustrie, mit der Erzeugung von Präzisionsapparaten und medizinischen Instrumenten.

Die Waggonbauindustrie ist nur zu 50—60 Prozent ausgenutzt, neue Aufträge aber werden infolge der Weigerung der Militärbehörden, Metall zur Verfügung zu stellen, nicht ausgeführt. Zugleich wird laut Marshallplan beabsichtigt, bis zum Herbst d. J. 16 830 Waggons nach Westdeutschland einzuführen. Nach einer Meldung der „Tribüne“ haben die amerikanischen Behörden

beschlossen, eine Million Paar Schuhe aus Kanada in die Westzonen zu importieren, während die westdeutsche Schuhindustrie keinen Absatz für ihre Erzeugnisse finden kann.

Selbst nach alledem schreiben die Führer des Staatsdepartements in ihrer Erklärung zur deutschen Frage vom 30. Juni:

„Die Ausdehnung des Handels ist die Hauptaufgabe des amerikanischen Programms für Deutschland, damit dieses sich selbst versorgen kann.“

Die Tatsachen besagen etwas anderes. Das „amerikanische Programm“ ist gerade auf größtmögliche Einengung des deutschen Innen- und Außenhandels, auf Kolonisierung der Wirtschaft dieses Landes ausgerichtet.

4

Die Zeit Ende 1948 und Anfang 1949 zeichnete sich in den Westzonen durch eine Welle von Bankrotten aus.

Schon im November v. J. machten in einem so großen Handels- und Industriezentrum wie Köln ebensoviel Industriefirmen Bankrott, wie im Krisenjahr 1929. Im Januar d. J. meldeten in Westdeutschland 90 Firmen Konkurs an, im Februar — 208, im März — 293, im April — 352. Dieser Prozeß nimmt seinen Fortgang. An einem einzigen Tage, dem 23. Juni, wurden in Bayern 153 Unternehmen geschlossen. Im November v. J. gingen 853 Wechsel über eine Gesamtsumme von 1,17 Millionen Mark zu Protest, im Februar d. J. 2616 Wechsel im Werte von mehr als 4 Millionen Mark. Im Wirkungsbereich der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer ist die Menge zahlungsunfähiger Firmen von April bis Juni dreimal so groß gewesen wie im ersten Vierteljahr.

Die bankrotten Firmen gehören verschiedenen Zweigen der Friedensindustrie an. An erster Stelle kommen die Groß- und Kleinhandelsfirmen, dann die Holzbearbeitung, ferner chemische und metallbearbeitende Betriebe sowie Baufirmen. Bankrott machen kleine und mittlere Betriebe, die im Vergleich zu den großen Gesellschaften weniger manövrierfähig sind.

In diesen massenhaften Bankrotten kleiner und mittlerer Firmen spiegelt sich auch der fortschreitende Prozeß der Kapitalkonzentrierung. Es gab in der Geschichte der deutschen Wirtschaft eine Zeit, wo eine ähnliche Bankrottseuche unter den kleinen und mittleren Betrieben wütete. Das war zur Zeit der Hitlermacht, als die deutschen Monopole dabei waren, ihre ungeteilte Herrschaft in der Wirtschaft des Landes fest zu verankern. So sank die Zahl der kleinen Gesellschaften mit weniger als 5 Millionen Mark Kapital in der Zeit von 1933—1940 von 5453 auf 2148, die Zahl der mittleren Aktiengesellschaften von 3016 auf 2576.

Von den Gesellschaften mit beschränkter Haftung machten in den Jahren 1939/40 4576 Konkurs.

Der Bankrott kleiner Firmen ist nicht das einzige Merkmal des Prozesses der Kapitalkonzentrierung in Westdeutschland. Der Zusammenschluß der gesamten Ruhrindustrie zu einem einzigen konzentrierten System, das Wiederaufleben des Chemietrusts I.G. Farbenindustrie, die Zentralisierung der Banken Bizoniens u. a. m. zeugen ebenfalls hiervon.

Die westlichen Besatzungsmächte unterstützen entschieden die deutschen Monopolherren, die unter Hitler die unumschränkten Gebiete im Lande waren. Mit unmittelbarem Dazutun der Militärregierung Bizoniens sind die Unternehmerverbände aufgeblüht, ihre Gesamtzahl betrug Ende v. J. 1470. Die reaktionären Obermacher der Truste bekleiden wichtigste Posten im Staatsapparat. Von ihren englisch-amerikanischen Partnern begünstigt, stellen die deutschen Monopolherren ihre Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Westdeutschlands wieder her.

Die Verstärkung der Kapitalkonzentration hängt mit den Prozessen zusammen, die in der Struktur der westdeutschen Wirtschaft vor sich gehen. Der englisch-amerikanische Plan zur Umwandlung der Westzonen in ein Kriegsarsenal findet seinen praktischen Ausdruck in der Schaffung eines hochkonzentrierten Industriesystems, das in den Händen eines kleinen Häufleins von Monopolherren liegt. Ganz ebenso ging Hitler vor, als er sich eine Basis für seine Raubzüge sicherte. Wenn die englisch-amerikanischen Behörden unter ihrer Kontrolle die deutschen Monopole wiederaufleben lassen und ihnen die führende Stellung in den Westzonen zurückgeben, so gehen sie einen ausgetretenen Weg. Eine Entfaltung der Rüstungsproduktion — das ist es, was der sich heute in Westdeutschland abspielende Prozeß der Kapitalkonzentration mit sich bringt.

In der obenerwähnten Erklärung des Staatsdepartements über die USA-Politik in Deutschland heißt es, die Hauptaufgabe dieser Politik bestehe angeblich darin, „Deutschlands Nachbarn vor einem Wiedererstehen der Rüstungsindustrie zu schützen“. Kann man aber eine derartige Aufgabe erfüllen, wenn man die Macht der deutschen Monopole unter der Kontrolle amerikanischer oder englischer Monopole wiederherstellt? Eine solche „Methode“ wäre gleichbedeutend damit, ein Feuer löschen zu wollen, indem man Öl hineingießt.

Die Konzentration des Kapitals bringt unzählige Leiden über die schaffende Bevölkerung Trizoniens. Das Wirtschaften der Monopole führt zu einer Senkung des Reallohns, zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit, zu einer Einschränkung der

sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse. Dies alles ist in den Westzonen zu beobachten. Die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert sich von Tag zu Tag, das können nicht einmal offizielle Organe — sowohl deutsche als auch englisch-amerikanische — leugnen. Nicht zufällig konnte Acheson sich in seiner Rede auf der Pariser Außenministerratstagung nicht entschließen, irgendwelche Tatsachen anzuführen, die die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung der westlichen Besatzungszonen Deutschlands charakterisieren. Denn selbst die offiziellen Angaben hierüber bieten ein unerquickliches Bild. So sind laut Angaben des Statistischen Landesamtes in Hamburg die Mindestausgaben einer aus vier Personen bestehenden Arbeiterfamilie gegenüber 1938 um 90 Prozent gestiegen. Der Nominallohn aber ist zur gleichen Zeit nur um 6—7 Prozent hinaufgegangen. Nach einer Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts der westdeutschen Gewerkschaften sank der Reallohn der Arbeiter in den Westzonen im Juni d. J. um 40 Prozent des Lohns von 1946. Die Arbeitslosigkeit nimmt ständig zu, im Juni d. J. waren 1,28 Millionen erwerbslos. Die Verelendung der westdeutschen Arbeiter und das Sinken ihrer Kaufkraft bedeuten eine Schrumpfung des Innenmarktes für die Industrie.

* * *

Das ist die wirtschaftliche Lage in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Durch Spaltung Deutschlands und zeitliche Ausdehnung des Besatzungsregimes, durch gewaltsame Verstümmelung der deutschen Wirtschaft im Interesse der Monopole haben die Westmächte die hochentwickelte Industrie Westdeutschlands zu einer Überprofitquelle für die englischen und amerikanischen Kapitalisten und zu einem Waffenarsenal gemacht. Eine solche Politik bringt sowohl für das deutsche Volk als auch für ganz Europa große Gefahren mit sich.

Die Debatte über die deutsche Wirtschaft auf der am 20. Juni zum Abschluß gekommenen Pariser Außenministerratstagung hat die schädliche Zielsetzung der Politik der Westmächte nochmals bestätigt. In den Beschlüssen des Außenministers wird darauf hingewiesen, daß eine der Hauptaufgaben der Besatzungsbehörden bestehen muß in der

„Ausdehnung des Handels und Entwicklung der finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Westzonen und der Ostzone sowie zwischen Berlin und den Zonen“.

Es versteht sich von selbst, daß die auf der Pariser Tagung festgesetzten Maßnahmen, das Problem der deutschen Wirtschaft nicht grund-

legend lösen. Eine radikale Lösung bieten nur die Anträge der Sowjetdelegation, die auf den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam fußen. Inwieweit die in Paris vereinbarten Maßnahmen den Weg zu einer Überwindung der Schwierigkeiten in der westdeutschen Wirtschaft bahnen werden, das wird natürlich ganz von der prakti-

schon Anwendung und Ausführung dieser Beschlüsse abhängen. Nur eine Erfüllung der geltenden internationalen Vereinbarungen der vier Mächte in der deutschen Frage kann die Wirtschaft der westlichen Besatzungszonen aus der schweren Lage befreien, in der sie sich jetzt befindet.

Die Demokratie vor Gericht

A. TRAININ

Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR

IN HALBES JAHR lang währt bereits in New York der Prozeß gegen die Leiter der Kommunistischen Partei der USA. Der Prozeß ist Bestandteil einer Hetzkampagne gegen alle fortschrittlichen Amerikaner, die es wagen, eine eigene, von den in der Wall Street fabrizierten politischen Standardansichten unterschiedliche Meinung zu haben. Die Verfassung, die demokratischen Bürgerrechte sind vor aller Augen den Burschen aus der amerikanischen Geheimpolizei — dem Föderalen Untersuchungsbüro — und den mit dem Faschismus liebäugelnden Reaktionären aus der sogenannten Kommission zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit zu Spott und Hohn preisgegeben worden. Die Lügenfabrik arbeitet ohne Hast und mit Sachkenntnis, methodisch wie ein gut funktionierendes Unternehmen.

An den von der Spielleitung festgesetzten Tagen liefern als Zeugen agierende Spitzel und Renegaten dem Gericht ihre Erfindungen über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei ab. Käufliche Federn verarbeiten dieses aus Zeugenlügen bestehende Halbfabrikat zur Fertigware der Zeitungssensationen. Vertrustete Zeitungen trichtern den Spießbürgern eifrig diese Erzeugnisse ein. Die zynischen Busineßleute sind geneigt, eine derart schamlose und systematische Vergiftung des politischen Bewußtseins als „Gestaltung der öffentlichen Meinung“ zu bezeichnen.

Die Regisseure haben keine Eile, der Gerichtsprozeß schleppt sich, unabhängig vom Lauf der sogenannten gerichtlichen Untersuchung, dahin und wird je nach den Bedürfnissen und Forderungen der Spielleiter und der Auftraggeber in die Länge gezogen.

Um die rechtliche Ungereimtheit und den politischen Sinn des Prozesses zu beurteilen, um zu zeigen, wie sich das amerikanische Gericht aus einem Vollstrecker des Gesetzes in ein Instru-

ment zur Verhöhnung der Gesetzlichkeit verwandelt, braucht man nicht in dem schmutzigen Gewirr der Zeitungssensationen zu wühlen, es genügt auf drei Grundfragen einzugehen: wessen wegen wird hier prozessiert, wer macht den Prozeß und wem wird der Prozeß gemacht.

1

Der Prozeß begann am 17. Januar. Auf die Anklagebank kamen William Z. Foster, Vorsitzender des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei, Eugene Dennis, Generalsekretär des Nationalkomitees, Jack Stachel, Mitglied des Nationalkomitees, John Williamson, Sekretär für Gewerkschaftsfragen, Henry Winston, Sekretär für Organisationsfragen, John Gates, Chefredakteur des „Daily Worker“, Benjamin J. Davis, Stadtverordneter von New York und Negerfunktionär, Irving Potash, Leiter der Kürschnergewerkschaft, Robert Thompson, Vorsitzender der Parteiorganisation des Staates New York, Carl Winter, Vorsitzender der Parteiorganisation des Staates Michigan, Gus Hall, Vorsitzender der Parteiorganisation des Staates Ohio, Gilbert Green, Vorsitzender der Parteiorganisation des Staates Illinois. Wegen Erkrankung Fosters wurde die Verhandlung in seiner „Sache“ aufgeschoben.

Die USA-Reaktion hat die Leiter der Kommunistischen Partei der USA wegen „Verschwörung“ und wegen Plänen zu einem gewaltsamen Sturz der Regierung angeklagt. Die Beschuldigung ist völlig unbegründet; von derartigen Anklagen pflegt man zu sagen, daß sie aus den Fingern gesogen sind.

Vor allem ist festzustellen, daß diese Beschuldigung gewissermaßen einen gerichtlichen Rückfall darstellt: die Gerichtsinstanzen der USA untersuchten bereits einmal die Tätigkeit der

Kommunistischen Partei von diesem Standpunkt, und der Oberste Gerichtshof gab zu, daß keinerlei Anlaß für eine solche Anklage vorliege.

Mehr noch, eine Institution, die im politischen Leben der USA eine so verderbliche Rolle spielt, wie das Föderale Untersuchungsbüro, das vor einigen Jahren die Tätigkeit der Partei sorgfältigst studierte, fand seinerzeit gleichfalls in dieser Tätigkeit keine Elemente eines kriminellen Tatbestands.

Folglich bezeugten sowohl der Oberste Gerichtshof als auch das Föderale Untersuchungsbüro, daß die Kommunistische Partei sich nicht mit Plänen trägt, die USA-Regierung gewaltsam zu stürzen. Unter diesen Umständen war es natürlich keine leichte Aufgabe, einen Prozeß wegen angeblicher verbrecherischer Absichten der Kommunistischen Partei zu starten. Aber der Auftrag war erteilt. Die Inszenierung des Prozesses war befohlen, und so gingen denn Polizei und Justiz ans Werk; ein ganzes System politischer Hebel und juristischer Kniffe wurde in Bewegung gesetzt.

Es zeigte sich vor allem, daß sich nicht leicht ein „passendes“ Gesetz finden ließ. Im Strafbuch des Staates New York fand sich keins. Man mußte also zum Gesetz über die Anmeldung von Ausländern, der sogenannten Smith Act, greifen. Dies Gesetz wurde zu Beginn des zweiten Weltkriegs, im Jahre 1940, erlassen. Sein unmittelbarer Zweck war die Bekämpfung von Versuchen des faschistischen Deutschlands und des faschistischen Japans, ihre Agenten — Spione und Saboteure — zur Organisation von „fünften Kolonnen“ in die USA zu entsenden. Deswegen ist in der Smith Act die Rede von Organisationen „unter ausländischer Kontrolle“, von finanzieller Unterstützung aus dem Ausland und dergleichen mehr. Jetzt wenden die amerikanischen Reaktionsäre mit unübertrefflichem Zynismus die Spitze dieses antifaschistischen Gesetzes gegen jene, die einen heldenhaften Kampf gegen den Faschismus führten, gegen die Kommunisten. Selbstverständlich bedurfte es einer rohen Vergewaltigung des Gesetzes und der Tatsachen, um eine solche Kehrtwendung zu vollziehen.

Laut einem Paragraphen der Smith Act wird jeder, der „wissentlich oder vorsätzlich dafür eintritt, dazu aufhetzt, predigt oder lehrt, daß es eine Pflicht, eine Notwendigkeit, etwas Erwünschtes oder Zweckmäßiges sei, irgendeine Regierung in den Vereinigten Staaten durch Gewalt oder Gewaltanwendung oder durch Ermordung einer im Dienste einer solchen Regierung stehenden Amtsperson zu stürzen oder zu beseitigen“, mit Gefängnishaft bis zu zehn Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 10 000 Dollar oder mit beidem bestraft. Ein anderer Paragraph stellt die Schuld eines jeden fest, der sich zwecks Ausfüh-

rung des im vorhergehenden Paragraphen erwähnten Verbrechens „einer Verschwörung anschließt“.

Die den Leitern der Kommunistischen Partei vorgelegte Anklageformel ist nach diesen beiden Paragraphen konstruiert. Die Leiter der Kommunistischen Partei werden der „Teilnahme an einer Verschwörung zwecks Organisation der Kommunistischen Partei“ zur Propaganda des gewaltsamen Sturzes der amerikanischen Regierung bezichtigt. Es ist ganz klar, klar für jeden Amerikaner, klar auch für die Registrare des Prozesses selber, daß es eine „Verschwörung“ zwecks Organisation der Kommunistischen Partei usw. niemals gab und auch nicht gibt. Die Formulierung über die „Verschwörung“ war zu einem anderen Zweck ausgetüftelt worden: sie sollte die Vorstellung hervorrufen, daß nicht die Kommunistische Partei an und für sich, sondern eine von ihr organisierte Verschwörung das Verbrechen der Angeklagten sei.

Aber diese Unterschiebung führte zu neuen Schwierigkeiten: es stellte sich heraus, daß die angeklagten Kommunisten nicht der Ausführung irgendwelcher verbrecherischer Handlungen und nicht einmal der Äußerung irgendwelcher verbrecherischer Worte beschuldigt werden, sondern einer Verschwörung, die lediglich den Zweck hat, in Zukunft verbrecherische Worte zu äußern. Es ist keine leichte Aufgabe, die öffentliche Meinung mit Hilfe einer Anklageformel, die ein noch nicht ausgesprochenes Wort als schweres Verbrechen hinstellt, zum Kampf gegen den „Kommunismus“ aufzubieten. Deswegen versuchten sowohl der Staatsanwalt als auch die Zeugen, die offizielle Anklageformel mit Beweisen eigener Erfindung zu erhärten. Staatsanwalt McGohey erklärte in seiner Eröffnungsrede:

„Die russische Revolution wird eingehend studiert als Vorlage für die Revolution in allen anderen Ländern... Sie ist das Modell für die Revolution in diesem Lande.“

Der Zeuge Charles Nicodemus, der die Idee des Staatsanwalts konkretisieren wollte, malte mit der Unbeschwertheit eines dienstbeflissenen Idioten ein fürchterliches Bild an die Wand:

„... Die Revolution in Amerika wird das Ergebnis einer Invasion von 500 000 Soldaten der Roten Armee sein, die über Alaska und Kanada nach Detroit marschieren werden.“

USA-Verteidigungsminister James Forrestal, der sein Leben im Irrenhaus beschloß, sah im Wahn Rotarmisten durch die Straßen von Washington marschieren. Jetzt ist diese Wahnvorstellung eines Irrsinnigen Hauptbestandteil der gegen die Leiter der Kommunistischen Partei der USA erhobenen Anklage geworden!

Wenn die Staatsanwaltschaft das Gesetz und die Rechtsnormen so gröblich verletzt, so gewinnt folgende Frage große Bedeutung: wer spricht hier eigentlich Recht, wer sind die Richter?

2

Die Anklageschrift in Sachen der Leiter der Kommunistischen Partei der USA wurde von einer aus 23 Geschworenen bestehenden Jury bestätigt. Ihrem sozialen Stand nach gehören diese Geschworenen zu folgenden Gruppen: 11 Firmendirektoren, 7 hochbezahlte Angestellte, 3 Vertreter freier Berufe, eine Hausfrau (Ehefrau eines Polizeisergeanten) und ein reicher Privatmann, ehemaliger Ingenieur.

Diese Gerichtsjury brachte sogar einen Vertreter der Republikanischen Partei, den Senator William Langer vom Staate Nebraska, in Verlegenheit; er erklärte in einer Senatsrede am 31. Januar 1949:

„Wir rühmen uns vor den Völkern der Welt der Überlegenheit unseres Regierungssystems. Wir erheben Anspruch darauf, eine Demokratie zu sein, in der alle Menschen frei und gleich seien. Wir proklamieren gleiches Recht für alle, unabhängig von der Rasse, den Überzeugungen oder der wirtschaftlichen Lage. Wie können wir diese Behauptungen mit der Tatsache vereinbaren, daß in unserem größten Föderaldistrikt... unser Richterstand die Gesetze so lax handhabt, mit Hilfe sorgfältig ausgesiebter Geschworener, die schwer an ihrem Reichtum und Wohlstand schleppen?“

Der Trupp der mit „Reichtum und Wohlstand“ Beladenen zieht gegen die Kommunistische Partei zu Felde, unter Leitung des Richters Harold R. Medina, dem man weder Mangel an Dienstbeflissenheit noch übermäßige Klugheit zum Vorwurf machen kann.

In einer der ersten Gerichtssitzungen erklärte dieser Richter den Rechtsanwälten: „Das ist einfach ein Kriminalfall wie viele andere. Ich bin erstaunt, daß Sie, meine Herren Rechtsanwälte, versuchen, in ihn noch andere Momente hineinzufragen.“

Das ganze fortschrittliche Amerika protestiert gegen den Feldzug, der gegen die grundlegenden demokratischen Rechte geführt wird, Richter Medina aber tut, als sei nichts vorgefallen. Alles ist so, wie es sich gehört, es fehlt nichts von den Requisiten einer Gerichtsverhandlung: es gibt Angeklagte und Zeugen, Fragen und Antworten, Anträge und Ablehnungen. Man verhandelt eben in „einem Kriminalfall wie viele andere“.

Diese frevelhafte Gerichtsmaskerade kann natürlich niemand täuschen. Richter Medina hielt die Rolle eines Dieners der Themis selbst nicht lange aus, schminkte sich ab und nahm wieder seine übliche Gestalt an: die eines beflissenen

Lakaien, der sich schon vor dem Urteilspruch beeilte, angeklagte Kommunisten ins Gefängnis zu stecken. Richter Medina legte im Hindernislauf die Geschicklichkeit eines Akrobaten an den Tag und setzte sich über die Schranken des Gesetzes hinweg. Die Sache wurde folgendermaßen gedeichelt:

Das Strafgesetz des Staates New York strafft Zeugen wegen „Mißachtung des Gerichtshofs“ mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe bis zu 500 Dollar oder mit beidem. Richter Medina verstieg sich dazu, dieses Gesetz gegen den Sekretär der Kommunistischen Partei für Organisationsfragen, Henry Winston, gegen den Chefredakteur des „Daily Worker“, John Gates, gegen den Vorsitzenden der Parteiorganisation des Staates Ohio, Gus Hall, und gegen den Vorsitzenden der Parteiorganisation des Staates Illinois, Gilbert Green, anzuwenden. Das New Yorker Strafgesetzbuch hat in diesem Fall nur die Zeugen, nicht aber die Angeklagten im Auge. Nach angelsächsischem Recht wird jedoch ein Angeklagter, der den Eid leistet, Zeuge in eigener Sache. So wurden die angeklagten Kommunisten eiligst zu Zeugen gemacht.

Der zweite Teil des Programms, nämlich das Benehmen der kommunistischen „Zeugen“ als „Mißachtung des Gerichtshofs“ hinzustellen, war schwerer auszuführen. Sie tobten nicht, sie verstießen nicht gegen die Ordnung, sie leisteten dem Gericht keinen Widerstand; sie taten, kurz gesagt, nichts, was im New Yorker Strafgesetzbuch vorgesehen ist. Richter Medina hat aber die Gesetze gerade dazu studiert, um sie umgehen zu können. Der Trick wurde folgendermaßen ausgeführt:

Der Staatsanwalt verlangte von Gates, er sollte die Namen der Mitglieder des USA-Komitees der Kriegsveteranen nennen. Die durchsichtige Absicht, mit der diese Frage gestellt wurde, bestand darin, sich in den Besitz von Namen „verdächtiger“ Leute zu setzen, um sie dann zu verfolgen. Gates hielt es selbstverständlich nicht für angezeigt, die Neugierde des Staatsanwalts zu befriedigen. Richter Medina, für den der Plan des Staatsanwalts kein Geheimnis war, schlug Gates vor, zu antworten. Und als Gates sich weigerte, da gab sich Medina den Anschein, gekränkt, beleidigt und erniedrigt zu sein, und brachte die Bestimmung des New Yorker Strafgesetzes über „Mißachtung des Gerichtshofs“ in Anwendung.

Das genannte Gesetz sieht Gefängnisstrafe für den Fall vor, daß „hartnäckige und unrechtmäßige Weigerung“ vorliegt, „den Zeugeneid zu leisten oder nach Leistung eines solchen Eides dem Gesetz entsprechende und zur Sache gehörende Fragen zu beantworten“. Es erübrigt sich hier darauf einzugehen, daß dieser Punkt dem

amerikanischen Gericht ein Werkzeug in die Hand gibt, um einen Druck auf die Angeklagten auszuüben und ihnen die notwendigen Aussagen abzu-zwingen. Entscheidende Bedeutung hat hier etwas anderes. Das New Yorker Gesetz sieht kriminelle Belangung nur wegen einer Weigerung vor, „zur Sache gehörende“ Fragen zu beantworten. Die Frage nach Namen von Mitgliedern des USA-Komitees der Kriegsveteranen hatte jedoch nichts mit der Sache zu tun. Mit der gleichen Berechtigung hätte der Staatsanwalt die Angeklagten nach der Zusammensetzung von Fußballmannschaften fragen können...

Folglich war der Richter weder dem Sinn noch dem Wortlaut des New Yorker Strafgesetzes nach berechtigt, die Angeklagten wegen „Mißachtung des Gerichtshofs“ zur kriminellen Verantwortung zu ziehen. Und doch nahm die Operation ihren Lauf: zuerst wurden die Angeklagten zu Zeugen gemacht und dann ihre berechtigte Weigerung, nicht zur Sache gehörende Fragen zu beantworten, als „Mißachtung des Gerichtshofs“ erklärt.

Durch diese juristischen Akrobatentücklein wurden Gates und nach ihm Winston, Green und Hall, sozusagen auf Vorschuß, vom Richter zu Gefängnishaft verurteilt.

3

Es bleibt noch die dritte und letzte Frage zu klären: wer steht in New York vor Gericht?

Auf der Anklagebank sind elf Leiter der Kommunistischen Partei der USA. Sie alle sind Mitglieder des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei. Aber selbstverständlich steht nicht allein diese Gruppe von elf Männern vor Gericht. Und nicht einmal allein die Kommunistische Partei, deren Vertreter sie sind. Der „Prozeß der Elf“ ist lediglich eine Etappe im Feldzug gegen die Überreste der demokratischen Freiheiten in den USA, gegen die Freiheit des Wortes, der Presse, des Denkens. Die „Schrecken“ einer kommunistischen Verschwörung werden ausgedacht, um einen terroristischen Feldzug gegen die demokratische Bewegung, gegen die fortschrittlichen Kräfte überhaupt zu entfesseln.

Es wird dem Staatsanwalt, den falschen Zeugen und den Richtern aber nicht gelingen, ihre falschen Anklagen gegen die Kommunistische Partei zu beweisen. Das tapfere, würdevolle Benehmen der elf kommunistischen Funktionäre vor Gericht, die von der Verteidigung vorgelegten Dokumente zeugen unwiderlegbar davon, daß die Drahtzieher dieses Prozesses das Ziel verfolgen, politische Rache zu üben und mit einer Partei abzurechnen, die eng mit dem Volke verbunden ist.

Gegen Willen und Absicht der Drahtzieher der New Yorker Gerichtskomödie sehen Millionen Amerikaner die Kommunistische Partei als eine Partei dastehen, die die grundlegenden Interessen des amerikanischen Volkes verteidigt. In der am 23. Mai veröffentlichten Erklärung des Führers der Kommunistischen Partei, William Fosters, heißt es:

„Es liegt auch im Geiste der Verteidigung der nationalen Interessen des amerikanischen Volkes, daß die Kommunistische Partei ihr Programm des Endsiegs des Sozialismus verteidigt. Wir weisen mit Verachtung die Behauptung der Landesassoziation der Industriellen zurück, daß nur jene, die den Kapitalismus verteidigen, gute Amerikaner sein können, denn nur durch den Sozialismus können sich unser Volk und die übrige Welt endgültig vom Wirtschaftschaos, vom Faschismus und vom Krieg befreien, den das untergehende kapitalistische Weltsystem immer heftiger heraufbeschwört.“

In Verfolgung eben dieses ihres Endzieles kämpfen die amerikanischen Kommunisten gleichzeitig tagtäglich für die Rechte und Forderungen der Werktätigen der USA. Wie es in der gleichen Erklärung Fosters heißt, bestehen die Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei im jetzigen Moment darin, die Arbeiter durch Sozialversicherung und andere Maßnahmen vor der Katastrophe der heranrückenden Wirtschaftskrise zu verteidigen, sie bestehen in der Vernichtung des sich in den USA ausbreitenden Faschismus und in der Verhütung des neuen Weltkriegs, den die Wall-Street-Magnaten vorbereiten. Hier und nur hier sind die Gründe jener haßerfüllten Hetze zu suchen, die die Reaktionen aller Schattierungen gegen die Kommunisten loslassen.

Seinerzeit betrieben die Anhänger Hitlers unter der Flagge des Kampfes gegen den Kommunismus die Faschisierung des deutschen Staates. Heutzutage versucht die amerikanische Reaktion unter dem gleichen Vorwand — unter der Flagge des Kampfes gegen den Kommunismus — eine ebensolche Faschisierung der USA vorzunehmen. Das ist der politische Sinn des New Yorker Prozesses. Der Prozeß gegen die Leiter der Kommunistischen Partei der USA ist die amerikanische Variante des Leipziger Reichstagsbrandprozesses.

Aber die Geschichte zu wiederholen ist ebenso schwer, wie ihrem Lauf Halt zu gebieten. Die Kräfte der Demokratie wachsen und erstarken in der ganzen Welt, darunter auch in den USA. Die amerikanischen Obskuranten werden mit ihren Versuchen, in den USA eine faschistische Tyrannei zu errichten, nicht weit kommen. Die Zeiten sind nicht danach.

Die Stimme der jugoslawischen Patrioten

(Überblick über die revolutionäre jugoslawische Emigrantenpresse)

A. PIRADOV

DIE EREIGNISSE, die sich abspielten, seit das Informationsbüro der Kommunistischen Parteien die bekannte Resolution über die Situation in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens annahm, haben das wahre Gesicht der jugoslawischen Nationalisten, die die Front der Demokratie und des Sozialismus verraten haben, restlos vor der ganzen Welt entlarvt. Die Verräterclique Tito, die offen ins Lager des Imperialismus übergelaufen ist, tritt als erbitterter Feind der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder auf.

Das konterrevolutionäre Wesen des Titoregimes trat besonders kraß zutage in der Politik des Terrors und der Verfolgungen gegen alle, die die Resolution des Informationsbüros gutheißen und für Freundschaft mit der Sowjetunion — der Befreierin Jugoslawiens vom faschistischen Joch — eintreten. Ehrliche Kommunisten werden von den Janitscharen Ranković vernichtet. Tausende der besten Söhne des jugoslawischen Volkes, die der Idee des proletarischen Internationalismus treu geblieben sind, schmachten im Kerker, ihre Familien aber sind grausamen Repressalien ausgesetzt. Viele jugoslawische Patrioten mußten wegen der Verfolgungen der Spürhunde Ranković ihr Heimatland verlassen.

Die revolutionären Emigranten — treue Söhne Jugoslawiens und wahre Verteidiger seiner Unabhängigkeit — führen einen opfermütigen Kampf gegen das Terrorregime Tito-Ranković, für die Rückkehr Jugoslawiens in die einträchtige Familie der volksdemokratischen Länder. Große politische Bedeutung haben die von ihnen in Prag, Moskau, Bukarest und Sofia herausgegebenen Zeitungen erlangt, und zwar „Nova Borba“, „Za socialističku Jugoslaviju“ (Für ein sozialistisches Jugoslawien), „Pod Zastavom Internacionalizma“ (Unter dem Banner des Internationalismus) und „Napred“ (Vorwärts). Diese Blätter dienen dem Zusammenschluß der Werktätigen Jugoslawiens zum Kampf gegen die volksfeindliche Titoclique. Sie enthüllen die verleumderische Propaganda der Belgrader Presse gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie und die kommunistischen Bruderparteien und bringen umfangreiches Material über die wirkliche innerpolitische, wirtschaftliche und außenpolitische Lage Jugoslawiens. Aus ihren Spalten erklingt die

Stimme der wahren Vertreter des jugoslawischen Volkes, das sich über Tiefe und Folgen des Verrats der Titobande, die sich die Macht im Lande angemahnt hat, immer mehr klar wird.

Bedeutenden Raum in den Zeitungen der revolutionären jugoslawischen Emigranten nimmt die Information über die Errungenschaften und Erfolge der Völker der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder ein. Diese Materialien zeigen den tagaus, tagein durch die Propaganda der Titoclique irreführten Völkern Jugoslawiens die Wahrheit über die Sowjetunion und die Länder, die den Sozialismus aufbauen. Diese Wahrheit ist dem Herzen der jugoslawischen Leser teuer, sie erkennen besser als jeder andere die Tragik des krassen Kontrastes zwischen der Blüte, zu der die Länder des einzigen Lagers des Sozialismus und der Demokratie gelangt sind, und der katastrophalen Situation in ihrem eigenen Lande, das von seinen Machthabern in die Knechtschaft des englisch-amerikanischen Imperialismus gestürzt worden ist.

Zahlreiche Berichte aus Städten und Dörfern Jugoslawiens, Briefe von Lesern aus dem Lande selbst und andere Materialien geben ein unerquickliches Bild von der schweren wirtschaftlichen Lage der Werktätigen. Die Politik der Titoclique verursacht einen völligen Zusammenbruch der Volkswirtschaft, sie verschlechtert die materielle Lage der Arbeiterklasse und Bauernschaft immer mehr und führt zu einer Verstärkung der Großbauernschaft.

Die Titoclique, die den Weg zur Wiederherstellung des Kapitalismus im Lande betreten hat, hat die Großbauernschaft sowie die Schieber in den Städten zu ihrer Hauptstütze gemacht. Trotz des Geschwätzes ihrer Vertreter über „Siege an der Arbeitsfront“ besagen die Tatsachen, daß die „Pläne“ zur Industrialisierung des Landes und zur Umbildung der rückständigen Landwirtschaft, für die so lärmend Reklame gemacht wurde, gescheitert sind. Die schwere Ernährungslage wird durch das ungerechte, die Arbeiterklasse zurücksetzende Versorgungssystem noch verschärft.

Die Zeitung „Nova Borba“ bringt einen langen Brief aus Belgrad über die Ernährungslage und den Zustand der Versorgung in Stadt und Land. Der Briefschreiber zeigt, daß die Maßnahmen der

Titoclique im Dorf von der Großbauernschaft ausgenutzt werden zu

„noch größerer Bereicherung, Festigung ihrer Positionen und noch stärkerer Ausbeutung der Dorf- und Stadtbevölkerung“.

Als Beweis führt der Verfasser zahlreiche Beispiele an. Ein Großbauer, der eine reiche Ernte einbringt, erhält die Möglichkeit, im Rahmen der Kontrakterfüllung einen bedeutenden Teil seiner Erzeugnisse zu erhöhten Preisen abzusetzen und eine große Anzahl von Marken zum Ankauf von Industriewaren zu bekommen. Die Belgrader „Borba“ und andere jugoslawische Blätter bezeichnen jeden Großbauern, der sein Lebensmittel abgeliefert hat, lobend als ehrlichen Arbeitermann und Patrioten. Der Briefschreiber fährt fort:

„Mit anderen Worten, die Djilaspresse treibt einen Kult mit dem großbäuerlichen Patrioten, mit dem großbäuerlichen Stotzarbeiter, statt gegen ihn anzukämpfen und ihn von den Massen zu isolieren.“

In der dritten Nummer der Zeitung „Za Socijalističku Jugoslaviju“ erschien ein umfangreicher Aufsatz von M. Ješić, „Der wahre Sinn der Titopolitik für den Aufbau des Sozialismus im Dorfe“. Der Verfasser entlarvt die jämmerlichen Theoretiker Titos, die behaupten, der Großbauer sei „überhaupt kein Klassenfeind“. M. Ješić führt eine charakteristische Erklärung des Großbauern Gordun aus dem Dorfe Gordunec bei Karlovac an. Er forderte seine Freunde auf, Tito zu helfen, und sagte:

„Wir müssen ihm dankbar sein, daß wir existieren. Ohne Tito würde man in Jugoslawien den wahren Sozialismus aufbauen, und wir wären verloren.“

Am Schluß seines Aufsatzes schreibt Ješić:

„Der Kampf für den Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien ist ein Kampf gegen die Titobande. Ohne die Macht dieser Clique zu stürzen, ist es unmöglich, einen Kampf gegen die Großbauern zu führen, dies aber ist die notwendige Voraussetzung für die Umwandlung der Arbeitsgenossenschaften in sozialistische Wirtschaften und für eine Verbesserung der unerträglichen Lebensbedingungen der Arm- und Mittelbauern.“

Die „Nova Borba“ brachte in Nummer 10 einen redaktionellen Artikel mit der Überschrift: „Die Resultate der Politik Titos im Dorfe“. In diesem Artikel werden Tatsachen angeführt, die für den völligen Zusammenbruch der von der Belgrader Clique betriebenen Politik zeugen. Selbst nach den im Artikel angeführten offiziellen Angaben wurde der Herbstsaatplan 1948 in Serbien nur zu 50 Prozent, in Bosnien und der Herzegowina zu 20 Prozent, in Mazedonien zu 30 Prozent, in Kroatien nicht einmal zu 50 Prozent und selbst in der Vojvodina, die als Kornkammer Jugoslawiens gilt, nur zu 71 Prozent erfüllt. Der Mangel an Saatgut, so schreibt das Blatt, das Fehlen von Triebren, Sortiermaschinen und qualifizierten

Arbeitskräften sowie die unbefriedigende Arbeit der Maschinen- und Traktorenleihstellen, sämtlich Faktoren, die zur Nichterfüllung des Aussaatplans führten, sind die direkten Folgen der Politik Titos im Dorf. Die Großbauernschaft, die über vollkommenere landwirtschaftliche Geräte und Maschinen als die werktätige Bauernschaft verfügt, benutzt die Landwirtschaftsgenossenschaften und Komitees zur gemeinsamen Bodenbestellung für Zwecke der persönlichen Bereicherung und für die Ausbeutung der werktätigen Bauernschaft.

Die Stärkung der Großbauernschaft, die Ausbeutung der Dorfarmut durch die kapitalistischen Elemente hat sich sehr nachteilig auf die Lage nicht nur der Bauernschaft, sondern vor allem der Arbeiterklasse ausgewirkt, deren Lebensstandard im laufenden Jahr stark gesunken ist.

In der Sparte „Man schreibt uns aus unserem Lande“ brachte die Zeitung „Pod Zastavom Internacionalizma“ eine Reihe von Briefen aus Jugoslawien, die von der außerordentlich schweren Lage der Arbeiterklasse zeugen. Ein Arbeiter aus der Stadt Pančevo schreibt z. B., daß er und seine Kollegen, die einen Elendslohn erhalten, zehn und mehr Stunden am Tag arbeiten und gezwungen sind, Lebensmittel zu horrenden Preisen auf dem Schwarzen Markt zu kaufen, da sie sonst Hungers sterben müßten. Der Verfasser des Briefes erzählt, daß man nach ermüdendem Arbeitstag die Arbeiter gewaltsam zu Versammlungen zusammenholt, wo man sie zwingt, Resolutionen mit Lobeshymnen auf Tito anzunehmen, der mit Hitlerscher Ungeniertheit von sich selbst sagt: „Ich bin der Staat, ich bin die Partei, ich bin das Volk.“

Die Belgrader Machthaber verfolgen grausam alle Gewerkschaftsfunktionäre, die für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten. Wie „Nova Borba“ meldet, verhaftete die Geheimpolizei Ranković kürzlich zehn populärste Gewerkschaftsführer, Mitglieder des Hauptgewerkschaftsrats Mazedoniens. Sie alle wurden nur deshalb verfolgt, weil sie die Interessen der Arbeiterklasse verteidigten und die volksfeindliche Politik der Titoclique kritisierten. Auf die Posten der verhafteten Gewerkschaftsfunktionäre Mazedoniens wurden Offiziere aus Ranković Geheimpolizei gesetzt, die „Verwaltung für Staatssicherheit“ (Uprava deržavne bezbednosti — UDB) genannt wird.

Die von den jugoslawischen politischen Emigranten herausgegebenen Blätter zeigen, wie Jugoslawien immer mehr in eine Halbkolonie des englisch-amerikanischen Imperialismus verwandelt wird. Die Belgrader Machthaber, die die nationale Souveränität und Unabhängigkeit des Landes en gros und en détail verschachern, lassen sich auf Abmachungen mit den amerikanischen

und englischen Monopolherren ein und kommen zum Schaden der Völker Jugoslawiens jeder beliebigen Forderung von ihrer Seite nach. Während das Elend der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft von Monat zu Monat anwächst, hat die Titoclique, wie die Zeitung „Za socialističku Jugoslaviju“ meldet,

„den amerikanischen Imperialisten 17 Millionen Dollar bezahlt und sich zur Zahlung von 4,5 Millionen Pfund Sterling an die englischen Imperialisten verpflichtet für Eigentum, das nach dem Krieg vom jugoslawischen Volk verstaatlicht worden war. Die jugoslawischen Veräter zahlten den USA 38 Millionen Dollar für Schulden, die die volksfeindlichen Regierungen des alten Jugoslawien gemacht haben.“

Die Zeitung „Za socialističku Jugoslaviju“ teilt mit, Tito habe vor kurzem ein Abkommen mit der Regierung de Gasperi über Auszahlung einer Entschädigung an italienische Kapitalisten unterzeichnet, die vor dem Krieg Industriebetriebe in Jugoslawien besessen hatten. In dem betreffenden Artikel heißt es weiter:

„Verhandlungen über den Abschluß analoger Abkommen mit Frankreich und anderen kapitalistischen Staaten, die unser Land vor dem Krieg wie eine Kolonie ausbeuteten, sind im Gange.“

In einem anderen Artikel desselben Blattes werden konkrete Tatsachen darüber angeführt, wie die regierende Oberschicht Jugoslawiens, die zu einer Agentur der Wall Street und der City geworden ist, die Unabhängigkeit des Landes verkauft. Es heißt dort:

„Laut Handelsabkommen mit England sollen 1949 aus Jugoslawien landwirtschaftliche Produkte und Holz im Werte von 15 Millionen Pfund Sterling ausgeführt werden. Diesem Abkommen zufolge sind die englischen Imperialisten berechtigt, Kapitalien in unseren Industriebetrieben zu investieren und einen Teil der Erzeugnisse dieser Betriebe auszuführen. Damit gerät die jugoslawische Industrie wieder in Abhängigkeit von den englischen Kapitalisten.“

Es ist sehr bezeichnend, daß allein in zwei Monaten — im Dezember 1948 und Januar 1949 — Tito Nichteisenmetalle im Werte von 3 676 000 Dollar nach den USA ausfuhrte, d. h. in einem Werte, der dem Gesamtexport Jugoslawiens nach den USA für das ganze Jahr 1947 gleichkommt.

Das Land ist zu einem Lieferanten strategisch wichtiger Rohstoffe für die amerikanischen Kriegsbrandstifter gemacht worden. Die Macht-haber Jugoslawiens, die mit den Naturschätzen des Landes Raubbau treiben, führen nach den USA Kupfer, Zink, Blei und andere Stoffe aus. Das Blatt schreibt:

„Die Titoclique stellt den amerikanischen Imperialisten strategisch wichtige Rohstoffe zur Verfügung, mit deren Hilfe sie gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie, aber auch gegen unser Volk Krieg zu führen gedenken.“

„Nova Borba“ weist unter Berufung auf das Wall-Street-Organ „Newsweek“ und andere amerikanischen Quellen darauf hin, daß man als Antwortgeste der „dankbaren“ USA-Monopolherren die Erlaubnis geben werde, nach Jugoslawien strategisch wichtige Stoffe gemäß der sogenannten Liste I-B auszuführen, die Waren enthält, deren Ausfuhr in die Länder Osteuropas längst verboten ist. Man beabsichtigt auch, den Export von Materialien laut Liste I-A nach Jugoslawien zu gestatten, darunter Flugzeuge und Heeresgut.

Im Leitartikel der ersten Nummer der Zeitung „Napred“ wird darauf hingewiesen, daß die bürgerlich-nationale Titoclique jetzt restlos als Veräterin der Lebensinteressen der Völker Jugoslawiens und als Agentur des englisch-amerikanischen Imperialismus entlarvt ist. Das Blatt schreibt:

„Aber die Arbeiterklasse und die Völker Jugoslawiens werden niemals zulassen, daß die finsternen Pläne der Titoleute gegen die Sowjetunion und die antiimperialistische Front zur Ausführung gelangen. Sie werden noch beharrlicher gegen das Grüppchen Titos, für die Rückkehr unserer Partei und unseres Landes in die Familie der kommunistischen Bruderparteien und der demokratischen Länder kämpfen, an deren Spitze die große Sowjetunion steht. In diesem Kampf finden sie die Unterstützung und Sympathie der ganzen fortschrittlichen Menschheit. Deshalb werden sie siegen.“

Aus Furcht vor dem gerechten Volkszorn hat die Titoclique den Terror in letzter Zeit noch mehr verstärkt. Die Zeitungen der revolutionären jugoslawischen Emigranten bringen zahlreiche Materialien und Dokumente, die das in Jugoslawien aufgerichtete Polizeiregime charakterisieren. Die außer Rand und Band geratenen Janitscharen Ranković verfolgen ehrliche Kommunisten, die den Verrat der Titoclique verurteilen; sie wenden ihnen gegenüber Methoden an, die der Gestapo Himmlers würdig gewesen wären.

In Nummer 2 der Zeitung „Pod Zastavom Internacionalizma“ ist ein Artikel von I. Dobrašinović erschienen, „Die UDB — ein volksfeindliches Werkzeug in den Händen der Titoleute“. Der Verfasser bringt eine lange Aufzählung der von den Henkern der UDB zu Tode gequälten treuen Söhne des jugoslawischen Volkes. In dieser Aufzählung findet man Generaloberst Arso Jovanović, einen Volkshelden Jugoslawiens, Božo Ljumić, den Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Montenegros, Generalmajor Branko Petričević, Ilija Bulatović, einen Deputierten der Skupschtina Montenegros, und viele andere.

Tito, der die hervorragendsten Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei Jugoslawiens physisch vernichtet oder ins Gefängnis oder Zuchthaus sperrt, hat die Türen der Partei für Groß-

bauern, Schieber, Cetniki und Ustaši weit aufgetan. Wie neue Mitglieder für die Kommunistische Partei Jugoslawiens gewonnen werden, berichtet Oberstleutnant Ratimir Andrić, Deputierter der Skupschtina, in Nummer 9 der „Nova Borba“. Er schreibt:

„Auf einer Parteiversammlung des Militärkreises Nišu erklärte der Parteiorganisator, Major Obrad Dragaš, der die Direktiven des Zentralkomitees über Massenaufnahmen in die Partei darlegte: 'Es gibt in der Partei schwankende Elemente, die zum Zentralkomitee kein Vertrauen haben. Sie müssen samt und sonders ausgeschlossen und auf Zwangsarbeit geschickt und statt ihrer müssen Leute — unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit und Vergangenheit — aufgenommen werden, die der Parteileitung ergeben sein werden.'“

In Nummer 8 der „Nova Borba“ erschien eine Korrespondenz aus Belgrad, deren Verfasser schreibt:

„Mitglieder der Partei, das ganze Volk haben mit Entrüstung die Erklärung Titos auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei Kroatiens aufgenommen, von jetzt ab würde gegen Leute, bei denen Überredung nichts helfe, der Knüttel angewandt werden... Tito verwandelt sich allmählich in einen neuen 'Vater Serbiens' vom Schlage Milan Nedić und wird bald Himmel übertrumpfen.“

Infolge der imperialistenfreundlichen, volksfeindlichen Politik Titos und seiner Clique wächst und erstarkt im jugoslawischen Volk der Haß gegen diese Verräter. Immer größer wird die Liebe

zur großen Sowjetunion. „Nova Borba“ bringt ein Lied, das die Jugoslawen singen, wenn Agenten Ranković außer Hörweite sind. Es lautet:

„Solange Sowjetrußland lebt,
Lacht Sonne immerdar und Glück.
Sie schien uns einst, sie scheint uns stets,
Hoch unsre junge Republik!“

Aus den Materialien, die in den Blättern der revolutionären jugoslawischen Emigranten veröffentlicht sind, geht hervor, daß die in weiten Schichten der werktätigen Bevölkerung, in der Masse der einfachen Mitglieder der Kommunistischen Partei anschwellige Empörung gegen den Verrat der bürgerlich-nationalen Tito-Gruppe bereits die Form offenen Protestes annimmt. In Briefen aus Jugoslawien wird mitgeteilt, daß dieser Protest sich zu Streiks auswächst, daß er die Form der Nichtbefolgung von Vorgesetztenbefehlen und in einzelnen Bezirken sogar die Form eines offenen Partisanenkampfes annimmt.

Die Zeitungen der revolutionären jugoslawischen Emigranten, die das Banner des proletarischen Internationalismus hochhalten und systematisch die bürgerlich-nationalistische Gruppe Tito-Ranković entlarven, leisten einen wesentlichen Beitrag zum Kampf für die Rückkehr Jugoslawiens ins Lager des Sozialismus und der Demokratie.

Internationale Umschau

(Notizen)

ATTLEE ALS TOTENGRÄBER DER UNO

Der englische Premierminister Attlee nahm die Gelegenheit wahr, bei einem Festessen aus Anlaß der Dreißigjahrfeier des Königlichen Instituts für internationale Beziehungen seine Philosophie der Gegenwart darzulegen.

Man könnte nicht sagen, daß sich diese Philosophie durch Ideenreichtum auszeichnet. Attlees Rede enthält nur drei kümmerliche Gedanken.

Erstens: Bevin (der dem Festessen gleichfalls beiwohnte) hatte immer und in jeder Hinsicht recht und ist unfehlbar wie der Papst oder wie Mohammed. Wie Attlee sagte, „versuchte er“ (Bevin) „mit außerordentlicher Geduld, der UNO

zum Erfolg zu verhelfen“. Und so etwas sagte er von Bevin, der bereits selber erklärte, die UNO sei eine veraltete Einrichtung und müsse durch den Atlantikpakt ersetzt werden.

Zweitens: die Ursache aller Mißerfolge der UNO bestehe darin, daß sie von den Sowjetvertretern als „Propagandatribüne“ ausgenutzt werde. Diese Platte wird jedesmal aufgelegt, wenn nichts Sachliches zu sagen ist.

Drittens und letztens: die UNO müsse von einer „Organisation gleichgesinnter Staaten“ abgelöst werden. Dazu gehören die Gruppierungen der Westlichen Union, des Nordatlantischen Vertrags, des Europäischen Rats. Attlee beschreibt mit Begeisterung die wunderbare „Zusammen-

arbeit“ von Ländern die durch „gemeinsame Grundsätze“ und „gemeinsame Konzeptionen“ vereint werden, nämlich durch die Grundsätze der englisch-amerikanischen Weltherrschaft und die auf die Rettung der zusammenbrechenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung abzielenden Konzeptionen.

Verstellung ist schon lange gleichsam der sechste Sinn der regierenden Spitzenschicht in England. Nur mit solch angeborener Verstellungskunst ist es zu erklären, daß Attlee das Komische an seiner Lage nicht begreift, wenn er, der sich doch eben erst gegen die UNO und für ihre Ersetzung durch einen aggressiven Block „gleichgesinnter Staaten“ ausgesprochen hat, unmittelbar darauf pharisäisch aufruft, die Staaten mögen „jede Gelegenheit wahrnehmen, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen“, und hinzufügt: „Einer der Wege dazu besteht in besserer Kenntnis der Tatsachen.“

Von welcher „Kenntnis der Tatsachen“ kann die Rede sein, wenn jede freie Diskussion über internationale Fragen im Forum der UNO als „Propaganda“ hingestellt und der Kurs auf Ersetzung dieses Forums durch die Geheimdiplomatie aggressiver Blocks proklamiert wird?

In diesem Zusammenhang sieht es geradezu wie eine Verhöhnung der einfachen Menschen Englands aus, wenn Attlee in bezug auf die Länder der Nordatlantikgruppierung behauptet: „Die internationalen Beziehungen hören auf, ein Mysterium zu sein, dessen Geheimnisse nur wenigen bekannt sind; der einfache Staatsbürger hat die Möglichkeit, sich selbst über die wirklichen wirtschaftlichen und politischen Tatsachen der Weltlage zu informieren.“

In der Tat aber unternehmen die Westmächte alles, was sie können, um die gefährlichen Giftmethoden der Geheimdiplomatie beizubehalten. Ihr Apparat zur Vergiftung der öffentlichen Meinung — ihre Presse und ihr Rundfunk, die im Dienste der Monopole stehen — betrügt und desinformiert tagtäglich Millionen Menschen, indem er die wichtigsten Tatsachen verschweigt, die Wahrheit verheimlicht und notorische Lügen verbreitet.

In seiner von Pharisäertum durchtränkten Rede priest Attlee die „Verdienste“ des Königlichen Instituts für internationale Beziehungen. Diese Organisation hat tatsächlich vor dem britischen Imperialismus nicht geringe „Verdienste“ auf dem Gebiet der Geschichtsfälschung zum Vorteil der Wolfsgier dieses Imperialismus.

Der neueste Versuch Attlees, aus Schwarz Weiß und aus Weiß Schwarz zu machen, ist nicht besser geglückt als seine früheren Versuche.

ERFOLGLOSE BEMÜHUNGEN DES BUNDESKANZLERS FIGL

„Neue internationale Gruppen“ (Nouvelles équipes internationales), das ist der pompöse Name einer internationalen Vereinigung christlich-demokratischer Parteien, die in letzter Zeit unter der Schirmherrschaft New Yorker Bankiers und der heiligen Väter aus dem Vatikan eine aktive Tätigkeit entfaltet. Hauptaufgabe dieser „Gruppen“ ist es, die Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern zu behindern. Dabei bedienten sie sich in erster Linie der Demagogie. Besonders eifrig sind die „Nouvelles équipes internationales“ bemüht, die Jugend zu beeinflussen, die am schwersten unter dem Druck der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu leiden hat.

Am 11. Juli fand in Hofgastein (USA-Besatzungszone Österreichs) ein Kongreß der Jugendorganisationen der „Nouvelles équipes internationales“ statt, auf dem der österreichische Bundeskanzler Figl eine lange Rede hielt. Er wagte es nicht, offen für den Schutz der einheimischen Bourgeoisie und der amerikanischen Monopole einzutreten, sondern begab sich auf den Umweg historischer Untersuchungen und Parallelen.

Figl erklärte, Kapitalismus und Marxismus seien Ausdrucksformen wirtschaftlicher und sozialer Ideen, die im vorigen Jahrhundert wurzeln. Beide hätten ihre historische Aufgabe schon erfüllt. Das kapitalistische System existiere heute nicht mehr in der Form, wie es im 19. Jahrhundert bestanden habe. ... Andererseits habe sich die Lage der Arbeiterklasse dank der fortschrittlichen Sozialpolitik in den letzten Jahrzehnten derart verbessert, daß der Kampf der Marxisten lediglich als Kampf gegen die Schatten der Vergangenheit bezeichnet werden könne. ...

Wie man sieht, hat Bundeskanzler Figl das Problem des Kampfes gegen die Verbreitung der Ideen des Marxismus auf entzückend einfache Weise gelöst: er erklärt den Kapitalismus für tot und begraben und beseitigt auf dieser „Basis“ den Marxismus, da er nicht mehr nötig sei. Bekanntlich aber ist manche Einfachheit schlimmer als Gaunerei.

Das kapitalistische System in seinem jetzigen imperialistischen Stadium zeichnet sich bei weitem nicht durch die „fortschrittliche Sozialpolitik“ aus, die ihm Figl so liebenswürdig zuschreibt, sondern durch verstärkte, brutale Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Kolonialvölker. Selbstverständlich ist der Kapitalismus ein historisch überlebtes System, aber die Kapitalistenklasse hat gar nicht die Absicht, ihre Positionen freiwillig abzugeben. Der Marxismus führt seinen erbitterten Kampf absolut nicht mit „Schatten“ der

ZWEITER WELTGEWERKSCHAFTS KONGRESS

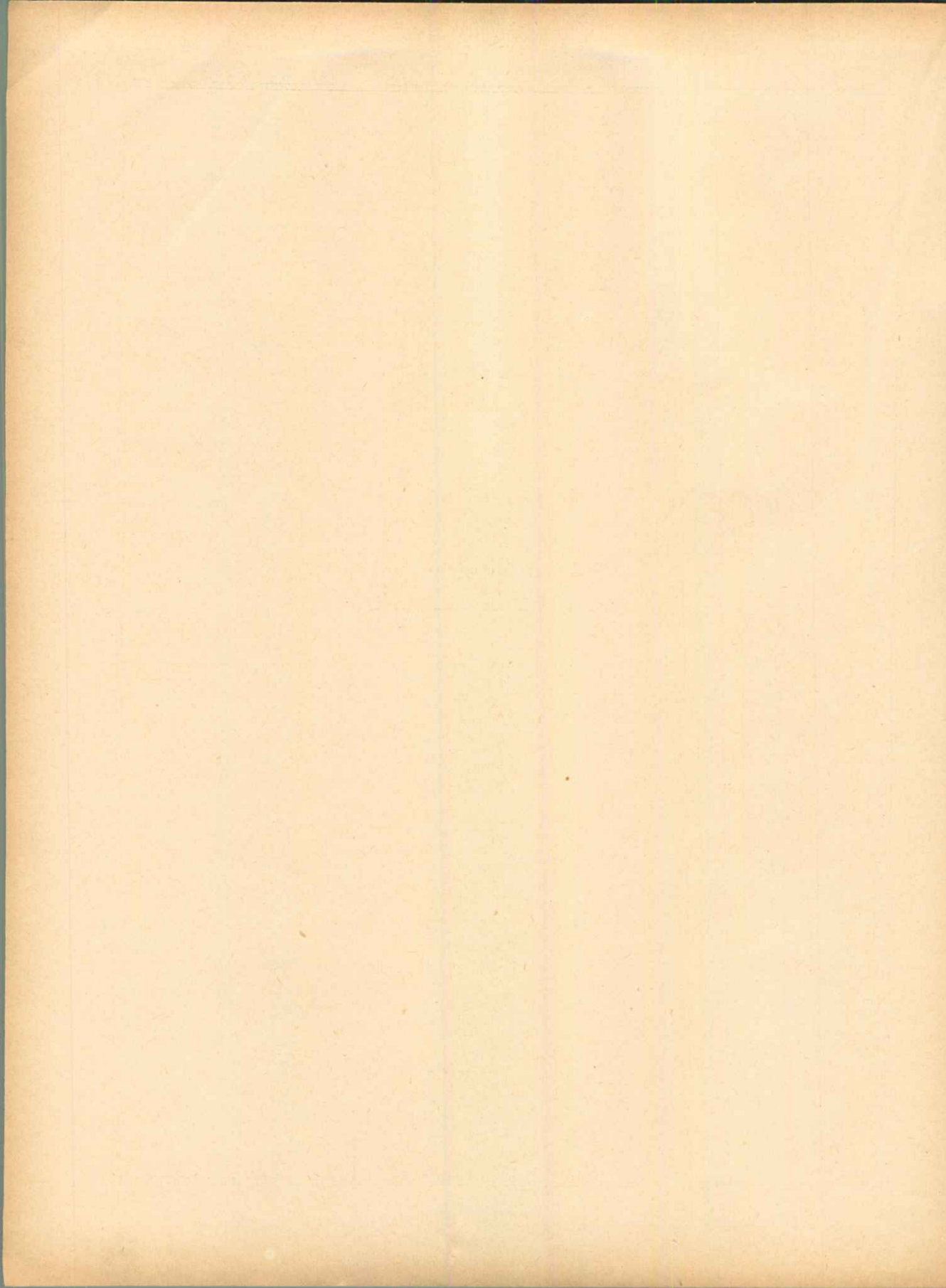
M a i l a n d

29. Juni — 9. Juli 1949

(MANIFEST UND RESOLUTIONEN)

BEILAGE zur „**NEUEN ZEIT**“

Nr. 30 vom 20. Juli 1949



Zum Schutz des Friedens, der demokratischen Rechte und Wirtschaftsinteressen der Arbeiter, für die Festigung der Einheit der Arbeiterklasse

Manifest des zweiten Weltgewerkschaftskongresses

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Werktätige aller Länder!

An Euch wenden sich die Vertreter von mehr als 71,5 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, die sich in Mailand auf dem zweiten Weltgewerkschaftskongreß versammelt haben.

Wir sind auf diesem Kongreß aus allen Teilen der Welt zusammengekommen, um die wichtigsten Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, Fragen einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werkstätigen, einer Sicherstellung ihrer demokratischen Rechte, Fragen des Friedens und der Völkerfreundschaft zu erörtern.

Fast vier Jahre sind seit dem Tage vergangen, an dem im Oktober 1945 der erste Weltgewerkschaftskongreß in Paris einberufen wurde. Die von ihm gegründete Weltföderation der Gewerkschaften vereint in ihren Reihen Gewerkschaften fast aller Länder der Welt, ohne Unterschied der Rasse, Nationalität, Konfession und politischen Einstellung. Zum erstenmal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung wurde mit den vereinten Kräften der Werkstätigen der Welt eine wahrhaft von Massen getragene, mächtige, allumfassende Gewerkschaftsvereinigung geschaffen.

Da die Weltföderation der Gewerkschaften keinerlei Diskriminierung — weder politische noch nationale oder religiöse — anwendet und Werkstätige aller Länder und Kontinente vereinigt, ist und bleibt unsere Föderation die einzige wahrhaft internationale Gewerkschaftsorganisation. Niemand und niemand kann unserer Organisation ihren repräsentativen Charakter und den Namen einer internationalen Gewerkschaftsföderation nehmen.

Die Weltföderation der Gewerkschaften ist eine gewaltige Errungenschaft der Arbeiterklasse, denn die Kraft der Arbeiterklasse liegt in ihrer Einheit begründet.

Durch ihre gesamte Tätigkeit zum Schutz der Lebensinteressen der Werkstätigen hat die Föderation bewiesen, daß sie eine zuverlässige Verteidigerin der Interessen der werktätigen Massen ist.

Die Weltföderation der Gewerkschaften verteidigt die Rechte der Gewerkschaften, sie kämpft für Festsetzung gleichen Lohns für gleiche Arbeit, gegen jede wie immer geartete Diskriminierung.

Die Weltföderation der Gewerkschaften führt einen unermüdlichen Kampf für Befriedigung der lebenswichtigen Forderungen der Arbeiterklasse: Einführung einer fortschrittlichen Sozialgesetzgebung, einer Sozialversicherung auf Kosten des Staates und der Unternehmer, Versorgung aller mit Arbeit, Abschaffung der arbeiterfeindlichen Gesetze.

Die Weltföderation der Gewerkschaften tritt entschieden gegen die Verfolgung der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsführer in den kapitalistischen und kolonialen Ländern auf und verteidigt diejenigen, die für die Sache der Arbeiter kämpfen. Sie unterstützt die Werkstätigen der Kolonialländer in ihrem gerechten Kampf für Freiheit und nationale Unabhängigkeit.

Die Weltföderation der Gewerkschaften entwickelt und verstärkt die Zusammenarbeit und die internationale Solidarität der Arbeiter, sie schafft internationale Gewerkschaftsfachverbände (Industrieabteilungen) zwecks wirksameren Schutzes der Interessen der Werkstätigen verschiedener Berufe.

Im Interesse des Friedens und der allgemeinen Sicherheit tritt die Weltföderation der Gewerkschaften energisch gegen die faschistischen Staatssysteme in Spanien und Griechenland auf und strebt eine rasche und wirkliche Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands und Japans an, was eine notwendige Voraussetzung für den Frieden und die Sicherheit der Völker ist.

Die Weltföderation der Gewerkschaften hat sich aktiv in die Völkerbewegung der Friedensanhänger eingeschaltet, sie hat sich an die Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse für einen dauerhaften und lang währenden Frieden, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges gestellt.

Physisch und geistig Schaffende! Die Tätigkeit der Föderation vollzieht sich jetzt in einer komplizierten internationalen Lage, in einer Lage, wo

die Imperialisten erneut mit einem Weltkrieg drohen.

Die freiheitliebenden Völker, die um des Sieges über den Faschismus willen ihr Blut vergossen haben, erhofften eine bessere Zukunft und einen Fortschritt, sie hofften darauf, daß sich die Welt endlich von der drohenden Gefahr eines neuen Krieges befreien werde. Sie glaubten daran, daß eine freundschaftliche internationale Zusammenarbeit zustande kommen werde, daß volle Beschäftigung der Werktätigen und Unantastbarkeit der demokratischen Rechte und Freiheiten sichergestellt werden würden.

Aber die kapitalistischen Regierungen brachen ihre während des Krieges feierlich gegebenen Versprechungen. Noch sind die Tränen der Witwen und Waisen nicht getrocknet, noch liegen Städte und Dörfer, die die Faschisten zerstört hatten, in Trümmern da, aber schon wieder bereiten die Imperialisten einen neuen Krieg vor, bestrebt ihre Herrschaft über die Welt aufzurichten.

Für die Kapitalisten ist ein Krieg eine Quelle beispielloser Bereicherung. In den USA, in England und anderen kapitalistischen Ländern betreiben sie erneut ein Wettüben. Die schwere Bürde der militärischen Ausgaben wird von den Kapitalisten gänzlich auf die Schultern der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen abgewälzt. Die Inflation wächst an, die Steuern steigen, die Preise für wichtigste Gebrauchsgüter schnellen katastrophal in die Höhe. Zugleich sinkt der Lohn unaufhörlich, rasch vergrößert sich die Armee der Arbeitslosen, die schon jetzt Dutzende Millionen umfaßt.

Die Politik der Imperialisten, die in dem sogenannten, den Zielen der wirtschaftlichen und politischen Knechtung der Völker dienenden Marshallplan und im Nordatlantikpakt am krassesten zum Ausdruck kommt, ist ein Werkzeug zur Ausführung der aggressiven Absichten der Brandstifter eines neuen Krieges.

Der Marshallplan bedeutet Stilllegung von Fabriken und Werken, er bedeutet ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit, der Entbehrungen und des Elends der breiten Massen, er bedeutet für die westeuropäischen Länder den Verlust der Unabhängigkeit und die schamlose Verletzung ihrer Souveränität. Der Marshallplan bedeutet neue Lasten und Entbehrungen auch für die Arbeiter der USA.

Der Nordatlantikpakt ist ein Pakt der Vorbereitung eines neuen Weltkriegs durch die aggressiven Kräfte. Er ist ein Komplott gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, ein Pakt zur Drosselung der demokratischen Bewegung sowie der nationalen Befreiungsbewegung in der ganzen Welt.

Bei Vorbereitung eines neuen Krieges suchen die Imperialisten die demokratische Bewegung und vor allem die Arbeiterbewegung abzuwürgen.

Sie führen arbeiterfeindliche Gesetze ein und wenden gegen die Gewerkschaften grausamen Polizeiterror an.

Zwecks Ausführung ihrer verbrecherischen Absichten sind die Imperialisten bemüht, die Welteinheit der Werktätigen zu zerstören, Zwietracht und Zersetzung in die Reihen der Arbeiterklasse jedes Landes hineinzutragen.

Innerhalb der Weltföderation der Gewerkschaften haben sich Leute gefunden, die sich vergebens bemühten, die Politik und die Handlungsweise der imperialistischen Kreise ihrer Länder, die die Kriegsbrandstifter sind, zu verteidigen. Die Vertreter des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände der USA, die diese volksfeindliche Politik unterstützten, suchten die Arbeit der Föderation zu lähmen. Sie widersetzten sich in jeder Weise einem Zusammenschluß der Gewerkschaften Deutschlands, sie störten die Hilfeleistung an die Arbeiterbewegung der Kolonialländer, stellten der Schaffung internationaler Industrievereinigungen (Industrieabteilungen) Hindernisse in den Weg und traten gegen eine Verwirklichung des Prinzips gleichen Lohns für gleiche Arbeit auf.

Sie strebten nach Liquidierung der Weltföderation der Gewerkschaften, nach Spaltung der internationalen Arbeitervereinigung. Als aber diese Versuche scheiterten, erklärten Deakin und Carey, unter gröblicher Verletzung der Demokratie und ohne die Arbeiter ihrer Länder nach deren Meinung zu befragen, den Austritt aus der Föderation.

Jetzt suchen sie als Gegenpol zur Weltföderation ihre eigene Wühlorganisation aufzuziehen, um die Reihen der Arbeiterklasse angesichts der Offensive der Monopole auf die Lebensinteressen der Werktätigen in Unordnung zu bringen und zu desorganisieren.

Aber diese Umtriebe zur Spaltung der Arbeiter, die die Feinde des Friedens und der Arbeiterklasse unternehmen, sind zum Scheitern verurteilt. Es wird niemand gelingen, die Weltföderation der Gewerkschaften zu zerstören.

Der Kongreß gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß alle Ränke der Feinde der internationalen Arbeiterereinheit mit einem schmachvollen Fiasko enden werden.

Den verbrecherischen Plänen der Imperialisten und ihrer Lakaien steht der unbeugsame Wille hunderter Millionen von Männern und Frauen aller Länder zum Frieden, zur Einheit und zur Zusammenarbeit gegenüber. Die für den Frieden eintretenden Kräfte der Demokratie sind groß und mächtig. Sie sind viel stärker als die Kräfte der Reaktion und sind fähig, sie zu bändigen. Die Kräfte der Friedensschützer stützen sich auf die mächtige demokratische Arbeiterbewegung, auf die wachsende nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern, auf den

Beistand aller ehrlichen Menschen, die Anhänger des Friedens und des Fortschritts sind.

Unsere gemeinsame Aufgabe — die Aufgabe der Werktätigen der ganzen Welt — besteht darin, eine unübersteigbare Schranke gegen die Ränke der Kriegsbrandstifter aufzurichten und die niederträchtigen Pläne der Imperialisten zu durchkreuzen.

Physisch und geistig Schaffende! In einmütiger Unterstützung der Beschlüsse des Weltkongresses der Friedensanhänger wenden wir uns an Euch mit dem eindringlichen Aufruf, eine ausgedehnte Tätigkeit zum Schutz des Friedens zu entfalten und ein konkretes Programm für diese Tätigkeit auszuarbeiten, das den breiten werktätigen Massen verständlich ist. Vereint Euch ohne Unterschied der Rasse, der Nation, der politischen oder religiösen Anschauung!

Dort, wo es die Verhältnisse gestatten, schafft Friedensschutzkomitees in Betrieben und Büros, schließt in ihnen alle Arbeiter, alle, die körperlich und geistig schaffen, zusammen.

Der Weltgewerkschaftskongreß, der den Beschluß gefaßt hat, im ständigen Komitee des Weltkongresses der Friedensanhänger den Antrag nach möglichst baldiger Einführung eines internationalen Tages des Friedensschutzes, eines Tages von Volksdemonstrationen zu stellen, ist überzeugt, daß dies völlig dem Willen der Völker und ihrem Streben nach Bekämpfung der Kriegsbrandstifter entspricht.

Der Weltgewerkschaftskongreß ruft alle Werktätigen auf, an diesem Tag Volksdemonstrationen unter der Losung des Kampfes gegen die faschistischen Staatssysteme, gegen die Kolonialkriege, gegen Verletzung der Gewerkschaftsrechte, für Frieden, Freiheit und Demokratie, für die Festigung der internationalen Einheit der Arbeiterklasse zu organisieren!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Seid wachsam! Denkt daran, daß die Feinde der Einheit, die uns

fremden Interessen dienen, ihre Versuche, die Reihen der Arbeiterklasse zu stören, nicht einstellen, daß sie jedes beliebige Mittel, jede beliebige Provokation anwenden werden, um die Einheit der Werktätigen zu sprengen. Diese Einheit fußt auf der freiwilligen und freien Zusammenarbeit der Gewerkschaften, die parteilose Organisationen der Arbeiterklasse sind. Die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen und sozialen Ziele der Werktätigen steht über allen Unterschieden — den ideologischen, den politischen und den religiösen.

Physisch und geistig Schaffende! Denkt stets daran, daß unsere Waffe Einheit, Organisiertheit, Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung sind. Einheit und gegenseitige Unterstützung sind das Hauptunterpfand eines erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen für ihre Interessen. Solange wir einig sind, brauchen wir keinerlei Feinde zu fürchten. Geeint und fest zusammenhaltend, werden wir fähig sein, unsere Rechte zu verteidigen. Zersplittert und getrennt wären wir kraftlos im Kampf mit dem Kapitalismus. Denkt daran, daß die Spaltung der internationalen Arbeiterklasse in der Vergangenheit dem Faschismus seinen Machtantritt sowie die Entfesselung des zweiten Weltkrieges erleichtert hat.

Genossen und Freunde! Festigt unermüdlich Eure Reihen, verstärkt die Weltgewerkschaftseinheit!

Mögen die Imperialisten und ihre Lakaien wissen, daß nichts den Willen der Arbeiterklasse zur Einheit im Kampf für Frieden und Freiheit, für ihre Lebensinteressen brechen wird.

Es lebe die Welteinheit der Arbeiterklasse! Es lebe die Weltföderation der Gewerkschaften, die aktive und konsequente Kämpferin für einen dauerhaften Frieden und für Völkerfreundschaft, für eine bessere Zukunft der werktätigen Menschheit!

Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zum Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften

1. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß erklärt, daß die WFG im Laufe der 45 Monate, die seit ihrem Gründungskongreß verstrichen sind, in völligem Einklang mit den in ihren Statuten verkündeten Aufgaben und Zielen gehandelt hat; ihr Hauptziel war die Durchführung der wichtigsten Beschlüsse, die auf der Londoner Weltgewerkschaftskonferenz und auf dem Pariser Kongreß sowie auf den Tagungen des Generalrats und des Exekutivkomitees angenommen worden waren. In dieser ganzen Zeit befaßte sich die WFG mit aktuellen, für die Werktätigen aller Länder lebenswichtigen Problemen.

2. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß billigt die Politik und die Tätigkeit des Exekutivkomitees und des Exekutivbüros seit Gründung der Föderation. Der Kongreß vermerkt die Bemühungen der WFG: a) zur energischen Bloßstellung der Verfolgungen, denen die Gewerkschaften und ihre Führer in einer Reihe kapitalistischer, kolonialer und halbkolonialer Länder ausgesetzt sind; b) zur praktischen Hilfeleistung an Organisationen, die der WFG angehören; c) bezüglich Maßnahmen zwecks Schaffung internationaler Gewerkschaftsvereinigungen nach Industriezweigen (Industrieabteilungen).

3. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß billigt die Maßnahme, die die WFG getroffen hat, um zu erreichen, daß sie in der UNO vertreten ist. Trotz des ununterbrochenen Widerstands der Regierungen der USA, Großbritanniens und anderer kapitalistischer Länder konnte die WFG nach beharrlichen, wiederholten Aktionen gewisse Rechte im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO erringen, wo sie gegenwärtig den offiziellen Status einer internationalen, keine Regierung vertretenden Organisation genießt. Die WFG hat dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO Fragen zur Erörterung unterbreitet, die für die Werktätigen der ganzen Welt lebenswichtig sind, und zwar: a) Garantien für die Ausübung und Fortentwicklung der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten; b) Verletzungen der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten; c) Verwirklichung des Prinzips gleicher Arbeitsentlohnung für werktätige Männer und Frauen; d) konkrete Bekämpfung der Inflation und Wahrung der Kaufkraft der Löhne; e) Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen in den wirtschaftlich

schwach entwickelten Ländern; f) Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Durchführung einer Politik der vollen Beschäftigung.

In allen diesen Fragen vermerkt der zweite Weltgewerkschaftskongreß die Bemühungen der WFG im UNO-Wirtschafts- und Sozialrat, die auf Durchsetzung befriedigender Beschlüsse für die Werktätigen abzielten. Der Kongreß ist der Ansicht, daß die WFG zu jedem dieser Probleme einen Kampf führen muß, ohne vor den Schwierigkeiten haltzumachen, weder vor den bereits vorhandenen noch vor denen, die in Zukunft sowohl in der UNO als auch in den gemischten Körperschaften verschiedener Regierungen und in spezialisierten Körperschaften entstehen können, in denen die WFG vertreten ist. Zugleich erhebt der Kongreß entschiedenen Protest gegen das Vorgehen gewisser Regierungen in der UNO, die die gesetzmäßigen Rechte der WFG verletzen und die Erörterung von der WFG angeschnittener, für die Werktätigen lebenswichtiger Fragen vereiteln.

4. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß vermerkt, daß die WFG gegen das faschistische Diktaturregime in Spanien und Griechenland, gegen die Kolonialkriege in Indonesien und Vietnam wiederholt den energischen Protest der Weltgewerkschaftsbewegung vorgebracht hat. Die WFG ist eingetreten für rasche und vollständige Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands, für die Entmilitarisierung und Demokratisierung Japans sowie dafür, daß in diesen Ländern demokratische Gewerkschaften gebildet werden, die weitgehend den Willen der Werktätigen vertreten und auf der Grundlage restloser Gewerkschaftseinheit organisiert sind. Alle diese Maßnahmen waren ein konsequenter und konkreter Ausdruck des Kampfes der WFG für Frieden und Demokratie in der ganzen Welt.

5. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß billigt die Maßnahmen des Exekutivbüros der WFG auf seiner Washingtoner Tagung vom September 1946 zur Warnung der Werktätigen der ganzen Welt vor den aggressiven Zielen, die sich die Weltreaktion kaum ein Jahr nach Abschluß des zweiten Weltkrieges erneut gesetzt hatte. Die WFG hat wiederholt die Anschläge reaktionärer Regierungskreise und Unternehmer auf die gesetzmäßigen Rechte der Werktätigen

und ihr Lebensniveau gebrandmarkt. Unermüdlich hat die WFG die Arbeiter und Arbeiterinnen aufgerufen, energisch gegen jegliche Anschläge auf ihre Rechte und Freiheiten anzukämpfen. Diese unmittelbare Einwirkung auf die öffentliche Meinung in ihrer Gesamtheit wie auch die Tätigkeit in den Reihen der Arbeiterklasse bildeten eine notwendige Ergänzung zu der Tätigkeit, die die WFG in der UNO zum Schutz der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten entfaltet hat.

Der zweite Kongreß stellt fest, daß die Offensive der reaktionären imperialistischen Kräfte nichtsdestoweniger verstärkt wird. Trotz des dauernden, ununterbrochenen Widerstands der Gewerkschaftsorganisationen und der Arbeiterklasse ist die Kaufkraft der Löhne in den kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern im Laufe der letzten Jahre zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit ist angewachsen, die Ausbeutung ist verstärkt worden und das Lebensniveau der Werktätigen ist gesunken.

Versuche der Werktätigen und ihrer Gewerkschaftsorganisationen, eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse durchzusetzen, stoßen ununterbrochen auf den Widerstand der besitzenden Klassen und der Regierungen, die die Interessen der Kapitalisten vertreten.

Trotz der immer stärker werdenden Repressalien dehnt sich die Streikbewegung unaufhörlich aus. Um der Ausbreitung dieses umfangreichen sozialen Kampfes Einhalt zu gebieten, werden arbeiterfeindliche und antigewerkschaftliche Gesetze erlassen. Aber der Kampf geht in allen Ländern, wo es zu sozialen Konflikten kommt, weiter; die Gewerkschaften führen, unabhängig von den politischen Tendenzen und religiösen Anschauungen ihrer Mitglieder, in der Praxis unausbleiblich einen Kampf für die Forderungen der Werktätigen auf Grund des Programms wirtschaftlicher und sozialer Forderungen, das der erste Weltgewerkschaftskongreß aufgestellt hat.

6. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß billigt die 1947 vom Generalrat der WFG abgegebene Erklärung, der zufolge „die Kräfte der kapitalistischen Monopole überall bestrebt sind, die Einheit der Arbeiterklasse zu zerschlagen, sie zu entzweien und zu schwächen und ihre politische Macht zu vernichten. Gelänge das diesen Kräften, so wäre der dauerhafte Friede mit wirtschaftlicher Sicherstellung und besseren Lebensbedingungen für alle unerreichbar, und die Welt würde erneut den tragischen Weg betreten, der zur wirtschaftlichen Depression, zu internationalen Konflikten und unausbleiblich zu einem neuen Krieg führt, der noch schrecklicher wäre als der vorige.“

Die Politik der aktivsten kapitalistischen Monopole kommt in den Maßnahmen des USA-Imperialismus zum Ausdruck. Der Plan der Hegemonie, der Plan der wirtschaftlichen, finanziellen, politi-

schen und militärischen Herrschaft, Marshallplan genannt, ist eine Erscheinungsform dieser Gewaltpolitik der kapitalistischen Monopole, die der Generalrat der WFG auf seiner Prager Tagung im Juni 1947 bloßgestellt hat.

Die WFG behauptet, was für alle werktätigen Gewerkschaftsmitglieder der ganzen Welt völlig offenkundig ist, daß die Durchführung des Marshallplans in den Ländern, denen er aufgezwungen worden ist, eine bedeutende Erhöhung der Steuern und der Kapitalistengewinne, eine Einengung der freien Entwicklung einheimischer Industriezweige und im Ergebnis eine bedeutende, progressierende Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge hat, durch die die ohnehin schon schweren Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung noch mehr verschlimmert werden.

7. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß vermerkt folgendes: um ihre Ziele der Herrschaft und der sozialen Reaktion zu erreichen, betreiben die imperialistischen Kräfte eine ausgedehnte Propaganda, die eine dem Ausbruch eines neuen Weltkriegs günstige Situation schaffen soll. Um zu diesem Ziel zu gelangen, suchen die reaktionären Kräfte die Arbeiterklasse zu schwächen, ihre Reihen zu spalten und damit einen organisierten Widerstand gegen ihre verbrecherischen Absichten auf die Menschheit zu verhindern.

8. Die WFG ist den imperialistischen Kräften eins der ernstesten Hindernisse bei der Ausführung ihrer verbrecherischen Absichten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß diese Kräfte und ihre Agenten wütende Attacken gegen die WFG führen, um sie zu verunglimpfen, um sie zu spalten und ihre Liquidierung zu erreichen.

9. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß billigt restlos die Haltung der Mehrheit des Exekutivbüros und des Exekutivkomitees, die im Januar d. J. den ehrlosen Antrag der Führer des britischen TUC und des amerikanischen CIO abgelehnt haben, die WFG solle ihre Tätigkeit einstellen, wodurch diese Weltgewerkschaftsorganisation vernichtet werden sollte.

Das Exekutivbüro und das Exekutivkomitee der WFG haben dadurch, daß sie die WFG aufrechterhielten und fortführen, die Beschlüsse der Londoner Weltgewerkschaftskonferenz und des Pariser Gründungskongresses auszuführen, den reaktionären Kräften und Kriegsbrandstiftern eine Niederlage bereitet. Die Letztgenannten hatten bei Anstrengung der Ziele der englisch-amerikanischen imperialistischen Politik in den Reihen der internationalen Gewerkschaftsbewegung tatsächlich alle Hoffnungen auf die Offensive der AFL-Führer und mancher Führer des TUC-Generalrats und des CIO gesetzt.

10. Der Kongreß verurteilt diese spalterischen Führer, die auf Anweisung imperialistischer

Kreise gegen die Interessen der Werktätigen und gegen ihre mutig das Programm und die Politik der WFG verteidigenden Organisationen vorgehen. Diejenigen Mitglieder des Exekutivkomitees, die vom ersten Weltkongreß für diesen Posten gewählt wurden, aber auf dem zweiten Kongreß nicht erschienen sind, um Rechenschaft über die Ausübung ihres Mandats abzulegen, haben ihre Verachtung für die Demokratie und für die gemeinsam übernommenen Verpflichtungen gezeigt. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß ist restlos über die Versuche der Führer des TUC und des CIO informiert, die Durchführung der wichtigsten Beschlüsse der WFG zu unterbinden (Beschlüsse über Schaffung von Industrieabteilungen und über Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens, über die Politik der WFG in Deutschland und Japan, den demokratischen Zusammenschluß der Gewerkschaften in diesen Ländern usw.). Der Kongreß beurteilt die Tatsache, daß sie die Sitzung des Exekutivbüros vom 19. Januar 1949 verlassen haben, als Geständnis des Fiascos ihrer Politik, die darauf ausgerichtet war, die WFG zu lähmen.

11. Mit Genugtuung stellt der Kongreß fest, daß die Führer des britischen TUC und des CIO mit den Versuchen, die WFG zu vernichten, eine völlige Niederlage erlitten haben. Obwohl der TUC, der CIO und einige andere Landeszentralen aus der WFG ausgetreten sind, ist sie dennoch nach wie vor eine starke und kampffähige Gewerkschaftsorganisation, welche Gewerkschaften in den allermeisten Ländern der Erde ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität, des Glaubensbekenntnisses und der politischen Tendenz ihrer Mitglieder vereinigt. Die Berichte der Revisions- und der Mandatskommission haben die gesunde Finanzlage der Föderation überzeugend dargetan und haben bestätigt, daß die überwiegende Mehrheit der organisierten Arbeiter der Welt in der WFG verblieben ist.

Der zweite Weltgewerkschaftskongreß billigt im Namen der 71 786 515 WFG-Mitglieder die Tätigkeit der leitenden Organe — des Exekutivbüros, des Exekutivkomitees und des Generalrats. Der Kongreß bestätigt die Notwendigkeit, die Gewerkschaftspolitik der WFG noch straffer durchzuführen, die darauf gerichtet sein soll, die Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung zu wahren und zu stärken und in den Reihen der Föderation selbst einen weiten Kreis werktätiger Gewerkschaftsmitglieder ohne jede Diskriminierung zusammenzufassen.

Der Kongreß empfiehlt den leitenden Organen der WFG, in ihrer ganzen zukünftigen Tätigkeit die Heranziehung aller Werktätigen zum gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse auf Grund des wirtschaftlichen und sozialen Programms der WFG mit besonderer Aufmerksamkeit zu betreiben, darunter auch die Heranziehung der Mitglieder solcher Gewerkschaften, die sich von der WFG abgespalten haben.

12. Der zweite Kongreß, der die Tätigkeit der WFG in der UNO billigt, legt dem Exekutivbüro und dem Exekutivkomitee nahe: a) die in Angriff genommene Arbeit energisch fortzusetzen, um die vollen Vertretungsrechte der WFG im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO und in spezialisierten, aus Vertretern verschiedener Regierungen bestehenden Körperschaften sicherzustellen; b) beharrlich und energisch in allen internationalen Körperschaften, namentlich im Internationalen Arbeitsamt, die lebenswichtigen Interessen der Werktätigen zu verteidigen.

13. Der zweite Kongreß beauftragt das Exekutivbüro, die Arbeit der WFG zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Verbindungen mit allen Landesgewerkschaftszentralen und mit sämtlichen einzelnen Gewerkschaftsorganisationen auszubauen, die die WFG unterstützen. Er ruft alle diese Organisationen auf, die WFG durch Ausführung eines umfangreichen Propagandaplans (Rundfunksendungen, Vorlesungen, Kundgebungen, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren) in ihrer tagtäglichen und ständigen Tätigkeit zum Schutz der Interessen der Werktätigen zu unterstützen, eines Plans, der das Ziel hat, die Rolle und Tätigkeit der WFG in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen zu erläutern, die für die Arbeiterklasse der Welt von erstrangiger Bedeutung sind.

14. Der zweite Weltgewerkschaftskongreß spricht die feste Überzeugung aus, daß die Landesgewerkschaftszentralen, die internationalen Gewerkschaftsvereinigungen jedes einzelnen Industriezweigs (die Industrieabteilungen der WFG) und sämtliche Berufsgewerkschaften in allen Ländern mit jedem ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Herstellung einer ständig funktionierenden und unmittelbaren Verbindung zwischen den Dutzenden Millionen werktätiger Männer und Frauen in der ganzen Welt unter der Leitung der WFG beitragen werden.

Die Verwirklichung der Beschlüsse und Resolutionen des zweiten Weltgewerkschaftskongresses wird die wichtigste Aufgabe des WFG sein.

Die allgemeine Politik und der Kampf der Weltföderation der Gewerkschaften für den Frieden, die demokratischen Rechte der Völker und die internationale Gewerkschaftseinheit

Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zu den Referaten Kusnezows und Santis

Der zweite Weltgewerkschaftskongreß weist mit Genugtuung darauf hin, daß die Weltföderation der Gewerkschaften in einer schwierigen internationalen Lage, trotz Sabotage von seiten der Führer des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände, einen erstrangigen Platz im Lager des Friedens und der Demokratie einnimmt und imstande war, die Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung siegreich zu schützen.

Der Kampf der Arbeiterklasse für ihre Lebensinteressen vollzieht sich heutzutage unter Verhältnissen, die sich stark von der Situation unterscheiden, in der unsere Föderation gegründet wurde. Damals waren die Völker von der Hoffnung erfüllt, daß eine Zeit lange währenden Friedens, eine Zeit der Prosperität anbrechen werde, daß Maßnahmen getroffen werden würden, um eine Erweiterung der demokratischen Rechte der Völker zu gewährleisten und eine Befriedigung der wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Werktätigen durchzusetzen. Diese Hoffnungen sind jedoch in die Vergangenheit hinabgesunken. Die kapitalistischen Staaten haben die während des Krieges gegebenen Versprechungen nicht eingelöst. Noch mehr, die reaktionären Monopolkreise sind zur Vorbereitung eines neuen Weltkriegs geschritten. Der Marshallplan, die Westliche Union, der Nordatlantische Vertrag sind Kettenglieder ein und derselben aggressiven Politik der nach Weltherrschaft strebenden amerikanischen und englischen Imperialisten.

Die Reaktion führt eine wütende Offensive gegen das Lebensniveau der werktätigen Massen durch, während die Arbeitslosigkeit und das Elend anwachsen und systematische Attacken gegen die demokratische Bewegung unternommen werden. In einer Reihe von Ländern — in Metropolen, Kolonien und Halbkolonien — sind die Gewerkschaften in die Illegalität getrieben, die Arbeiter sind des Streikrechts und selbst anderer elementarster demokratischer Rechte beraubt. Tausende von Arbeiterführern sind hingerichtet worden oder befinden sich hinter Gefängnisgittern.

Aber die Bemühungen der Kriegsbrandstifter,

der Würger der demokratischen Freiheiten stoßen unentwegt auf den Widerstand der Völker, die zutiefst an einem dauerhaften Frieden, an freundschaftlicher internationaler Zusammenarbeit sowie daran interessiert sind, daß die Absichten der Reaktion durchkreuzt werden. Dieser Wille der Völker hat auf dem kürzlich in Paris und Prag abgehaltenen Weltkongreß der Friedensanhänger seinen leuchtenden Ausdruck gefunden.

Unter diesen Verhältnissen muß die Weltföderation der Gewerkschaften in den ersten Reihen des Kampfes stehen, der gegen die Brandstifter eines neuen Krieges, für die demokratischen Rechte der Völker, für eine Hebung des Wohls der Werktätigen und für die Einheit der Arbeiterklasse geführt wird.

Der Kongreß beschließt:

1. Die Beschlüsse des Kongresses der Friedensanhänger in Paris und Prag gutzuheißen. Die Föderation, ihre leitenden Organe, die ihr angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und -organisationen müssen sich auf das aktivste an der Arbeit des ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger, an seiner gesamten organisatorischen und propagandistischen Tätigkeit beteiligen.

2. Die Gewerkschaften aller Länder müssen eine umfangreiche Kampagne führen zur Entlarvung der Kriegsbrandstifter, zur Einbeziehung aller Werktätigen — sowohl derjenigen, die Mitgliedsverbänden der Weltföderation der Gewerkschaften angehören, als auch solcher, die Mitglieder anderer Gewerkschaftsorganisationen oder überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert sind — in die breite Bewegung für Frieden und demokratische Freiheiten; je nach den konkreten Verhältnissen in jedem Lande sind entsprechende Formen für diese Kampagne auszuarbeiten. Wo das möglich ist, sollen die Gewerkschaften Komitees der Friedensanhänger in Betrieben und Büros bilden.

3. Der Kongreß beauftragt die Exekutivorgane der Föderation, sofort im ständigen Komitee des Weltkongresses der Friedensanhänger den Antrag zu stellen, möglichst bald einen alljährlichen internationalen Tag des Kampfes und der Volks-

demonstrationen für Frieden und demokratische Freiheiten festzusetzen.

4. Der Kongreß empfiehlt allen der Weltföderation der Gewerkschaften angehörenden Gewerkschaftszentralen, eine tagtägliche Aufklärungsarbeit zu leisten, um die arbeiterfeindliche Spaltungstätigkeit der Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation, des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände bloßzustellen.

5. Angesichts der besonderen Bedeutung des Kampfes für den Frieden, für demokratische Freiheiten und für die Gewerkschaftseinheit hält der Kongreß es für erforderlich, sich an die Arbeiter und die übrigen Werktätigen der Welt mit einem Manifest zu wenden, in dem sie aufgerufen werden, noch aktiver in dieser Richtung zu arbeiten.

6. Der Kongreß beauftragt die Exekutivorgane der Föderation, eine aktive Tätigkeit zu entfalten, um neue Gewerkschaftszentralen für ihre Reihen zu gewinnen, die die internationale Gewerkschaftseinheit als notwendig anerkennen, darunter Gewerkschaftszentralen der Kolonien und abhängigen Länder. Der Kongreß erklärt, daß die Türen der Föderation allen, selbst den zahlenmäßig schwächsten Gewerkschaftsorganisationen offenstehen, die die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Werktätigen und der Gewerkschaften aller Richtungen für die grundlegenden Wirtschaftsinteressen, für Frieden und die demokratischen Freiheiten erkennen.

7. Die Bemühungen der leitenden Organe der Weltföderation der Gewerkschaften sind auch darauf zu richten, die Gewerkschaftseinheit im Landesmaßstab wiederherzustellen, besonders in den Ländern, wo die Feinde der Einheit darauf ausgehen, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten bzw. die vollzogene Spaltung zu vertiefen, wie z. B. in Deutschland, Japan, Indien und in den Ländern Lateinamerikas.

8. Der Kongreß ist der Ansicht, die beste Methode zur Überwindung der Spaltung und zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für eine Festigung der Gewerkschaftseinheit sei eine Politik der Aktionseinheit zum Schutz der allen Werktätigen gemeinsamen Forderungen, wie sie z. B. die Allgemeine Arbeitskonföderation Frankreichs in Werken und unter den Staatsbeamten zustande gebracht hat, ferner die Allgemeine Arbeitskonföderation Italiens, die diese Politik während des kürzlichen erfolgreichen Landarbeiterstreiks mit Erfolg anwandte.

9. Der Kongreß beauftragt die Exekutivorgane der Föderation, Presse, Rundfunk sowie Massenversammlungen weitgehend als Propagandamittel im Kampf für Frieden, internationale Einheit und demokratische Freiheiten anzuwenden.

10. Die Organe der Föderation und die Landesgewerkschaftszentralen werden aufgefordert, „alles Notwendige zu tun, um die weitesten Massen der Werktätigen für den Schutz der von den kapitalistischen Regierungen mit Füßen getretenen Gewerkschaftsfreiheiten aufzubieten. Alle Mittel — Eingaben an die UNO, Petitionen an die entsprechenden Regierungen, Massenaktionen — müssen im Kampf für diese gerechte Sache angewandt werden.“

11. Der Kongreß entbietet seinen brüderlichen Gruß den heldenhaften Gewerkschaften und der Arbeiterklasse Chinas, Malayas, Indonesiens, Vietnams und Griechenlands, die in den ersten Reihen der antiimperialistischen Kämpfer stehen, sowie den Gewerkschaften Spaniens, Portugals, Brasiliens, Chiles, Indiens, Birmas, Siams, des Iran und anderen Gewerkschaften, die in der Illegalität einen beharrlichen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse führen.

Der Kongreß begrüßt wärmstens und herzlichst Dange und andere unserer hinter Gefängnisgittern befindlichen, mutig für die Sache der Gewerkschaften eintretenden Kampfgefährten.

12. Der Kongreß beauftragt die Exekutivorgane der Föderation, der maximalen Hilfeleistung an die junge Gewerkschaftsbewegung in den Kolonien besondere Aufmerksamkeit zu schenken, und zwar sollen sie Regionalkonferenzen einberufen, Bruderdelegationen und Kommissionen zur Untersuchung der Lage der Gewerkschaften entsenden, spezielle Schriften in den Sprachen dieser Länder herausgeben.

In Erkenntnis der Rolle, die die Weltföderation der Gewerkschaften zu spielen hat, und in dem festen Glauben an die gewaltigen Kräfte und Möglichkeiten der Arbeiterklasse wendet sich der zweite Weltgewerkschaftskongreß an alle Landesgewerkschaftszentralen, sowohl an diejenigen, die der Weltföderation der Gewerkschaften angehören, als auch an solche, die ihr nicht angeschlossen sind, und ruft sie auf, alles Erdenkliche zu tun, um die breiteste Einheit zu schaffen als Unterpfand für den sicheren Sieg über die Kriegsbrennstifter, für den Sieg aller, deren Ideal ein glückliches Leben, sozialer Fortschritt und demokratische Freiheiten sind.

Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zu den Referaten über die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften und der Landesgewerkschaftszentralen

1. Der zweite Weltkongreß weist darauf hin, daß die Weltföderation der Gewerkschaften und die Landesgewerkschaftszentralen einen beharrlichen Kampf für die Verwirklichung des von der Londoner Weltkonferenz und vom Pariser Weltkongreß der Gewerkschaften angenommenen Programms zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Werktätigen geführt haben und auch weiter führen.

Die Weltföderation der Gewerkschaften hat in der UNO die Frage gleichen Lohns für gleiche Arbeit angeschnitten, sie hat die Arbeiter verschiedener Länder, die eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse durchzusetzen suchten, unterstützt, sie war die Organisatorin einer internationalen Solidaritäts- und Hilfsbewegung für die streikenden Bergarbeiter Frankreichs, für die amerikanischen Hafenarbeiter, die Seeleute Kanadas und andere Trupps der Arbeiterklasse verschiedener Länder. Die Weltföderation der Gewerkschaften hat den Landesgewerkschaftszentralen der Metropolen die Aufgabe gestellt, den Gewerkschaften der Kolonien in ihrem Kampf für eine bessere wirtschaftliche und soziale Lage in den Kolonien, gegen die Diskriminierung nach Rasse, Geschlecht und Konfession beizustehen.

2. In der ersten Zeit nach Kriegsende hatten die Gewerkschaften einer Reihe kapitalistischer Länder gewisse Erfolge in der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Werktätigen erzielt, was sich darin ausdrückte, daß in einigen Ländern Gesetze über die Schaffung von Arbeiterverwaltungsräten in den Betrieben, über ein Verbot der Entlassung von Arbeitern, über Festsetzung von Teuerungszuschlägen, Einführung von Arbeitslosenunterstützung, Urlaube bei voller Entlohnung usw. angenommen wurden. In letzter Zeit aber hat sich die materielle Lage der Volksmassen in den kapitalistischen Ländern infolge der Offensive, die das Monopolkapital auf das Lebensniveau der Werktätigen unternahm, bedeutend verschlechtert.

3. Der Marshallplan, der den Völkern der westeuropäischen Länder vom amerikanischen Imperialismus aufgezwungen wurde, führt zu Massenarbeitslosigkeit und zur Verelendung der Massen, er führt dazu, daß die marshallisierten Länder

ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit verlieren und daß ihre nationale Industrie eingeschränkt wird.

Der Marshallplan verschlechtert die Lebensbedingungen der amerikanischen Arbeiterklasse.

4. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern ist von einer verstärkten Offensive der Reaktion auf die demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse begleitet. In vielen Ländern sind arbeiterfeindliche Gesetzgebungen nach dem Typ des in den USA geltenden Taft-Hartley-Gesetzes in Vorbereitung, Streiks werden für ungesetzlich erklärt, und die Repressalien gegen die Gewerkschaftsorganisationen werden verstärkt.

Die spalterisch vorgehenden Führer der Gewerkschaftszentralen Englands, der USA, Hollands, Belgiens, Schwedens und Dänemarks haben den Interessen der Arbeiterklasse viel Abbruch getan, indem sie sich für den Marshallplan einsetzten, der den Werktätigen ihrer Länder Arbeitslosigkeit und Elend bringt. Die Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation, des Kongresses der Industrieverbände der USA, des britischen Trade-Union-Kongresses und einiger anderer Gewerkschaftszentralen schwächen durch ihre Politik, die auf Spaltung der Gewerkschaftseinheit hinausläuft, die Kräfte der Arbeiterklasse in ihrem Kampf für ihre Lebensinteressen und sind Vollstrecker der auf Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen ihrer Länder abzielenden Politik der imperialistischen Kreise.

5. Unter besonders schweren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben die Werktätigen in den Kolonien und abhängigen Ländern, wo noch Zwangsarbeit in verschiedenen Formen existiert, wo die grausame Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Diskriminierung nach Geschlecht, Rasse und Alter verstärkt wird, wo die freien Gewerkschaften von den Regierungen verfolgt werden und ihre Führer ungeheuerlichen Repressalien ausgesetzt sind.

Rassenmäßige und nationale Diskriminierung in bezug auf Arbeit und Lohn existiert nicht nur in den Kolonien, sondern auch in den USA. In diesem Lande ist Negern sowie Mexikanern, Bürgern Puerto Ricos, Chinesen und Japanern der Weg zu qualifizierter Arbeit versperrt. Für

die Entlohnung der Neger gelten besondere Tarifbestimmungen, die einen geringeren Lohnsatz als für weiße Arbeiter der gleichen Qualifikation vorsehen.

6. Der Kongreß begrüßt die demokratischen Gewerkschaften Frankreichs, Italiens, Indiens, der Länder Lateinamerikas und anderer kapitalistischer und kolonialer Länder, die einen heldenhaften Kampf zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Werktätigen führen unter den Verhältnissen schwerer Repressalien von seiten der kapitalistischen Regierungen und einer von den Spaltern der Arbeiterinheit, den reformistischen Gewerkschaften sowie den von der Regierung aufgezogenen Gewerkschaften betriebenen Wühlarbeit.

7. Mit Genugtuung stellt der Kongreß fest, daß die Werktätigen in der Sowjetunion materiell und kulturell immer besser gestellt sind.

Diese Erfolge wurden durch die sozialistische Beschaffenheit des Sowjetstaats gewährleistet, wo es kein Privateigentum an Produktionsmitteln und -instrumenten gibt, wo keine Gegensätze zwischen Staat und Arbeitern bestehen.

Die Gewerkschaften der Sowjetunion beteiligen sich aktiv am sozialistischen Aufbau und gewährleisten dadurch eine Hebung des Lebensstandards der Werktätigen des Landes.

Das in der Sowjetunion ohne Auslandshilfe erzielte rasche Tempo der Nachkriegswiederherstellung und Fortentwicklung der Volkswirtschaft zeugt ein übriges Mal von den unzweifelhaften Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems vor dem kapitalistischen.

8. Bedeutende Erfolge bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen und beim Schutz ihrer sozialen Rechte haben die Länder der Volksdemokratie erzielt, die den sozialistischen Entwicklungsweg betreten haben. Diese Erfolge drücken sich aus in einer Verwirklichung des Prinzips gleichen Lohns für gleiche Arbeit, in der Einführung und Fortentwicklung einer staatlichen Sozialversicherung und einer fortschrittlichen Arbeitsgesetzgebung, in der Liquidierung der Arbeitslosigkeit in den Ländern der Volksdemokratie, in einem Ansteigen des Reallohns und des Lebensniveaus der Werktätigen.

9. In den Beschlüssen der Londoner Weltkonferenz und des Pariser Weltkongresses der Gewerkschaften sind die Aufgaben bestimmt, vor die die Gewerkschaftszentralen aller Länder in ihrer Tätigkeit zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Werktätigen gestellt sind.

Der Kongreß ruft die Landesgewerkschaftszentralen, die Gewerkschaften aller Länder der Welt zum entschlossenen Kampf für die Durchführung dieser Beschlüsse, gegen die Versuche der Unter-

nehmer und der kapitalistischen Regierungen auf, die ganzen Lasten der heraufziehenden Wirtschaftskrise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen.

Der zweite Weltkongreß ist der Ansicht, das wichtigste Mittel im Kampf für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Werktätigen, gegen die sich verstärkende Offensive des Kapitals sei eine weitere Festigung der Gewerkschaftseinheit der Arbeiterklasse, eine Stärkung der Weltföderation der Gewerkschaften.

Der Kongreß fordert die Gewerkschaften auf, für die wirtschaftliche Unabhängigkeit ihrer Länder, für die Erhaltung und Fortentwicklung der einheimischen Industrie zu kämpfen, die das einzige Mittel zur erfolgreichen Liquidierung des wirtschaftlichen Ruins der Nachkriegszeit und zur Hebung des Lebensstandards der Volksmassen sowie zur Einschränkung der Militärausgaben ist.

Die Gewerkschaften müssen für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Kolonien und abhängigen Länder, gegen sklavische Zwangsarbeit in den kapitalistischen und kolonialen Ländern, gegen Diskriminierung der Werktätigen nach Alter, Geschlecht, Rasse und Nationalität kämpfen.

Es ist notwendig, daß die Gewerkschaften für eine Abschaffung der arbeiterfeindlichen Gesetze kämpfen und die Annahme einer fortschrittlichen Sozialgesetzgebung durchsetzen, in der eine Verkürzung des Arbeitstags, Festsetzung von Arbeitslosenunterstützung, Einführung einer Sozialversicherung auf Kosten des Staates und der Unternehmer, unentgeltliche ärztliche Betreuung, Urlaube bei voller Entlohnung vorgesehen sind, sie müssen für Vollbeschäftigung aller Werktätigen, gegen Lohnstopps und Lohnkürzungen, für eine reale Lohnerhöhung kämpfen.

10. Der Kongreß beauftragt das Exekutivbüro der Weltföderation der Gewerkschaften, das von der Londoner Weltkonferenz und vom Pariser Weltkongreß der Gewerkschaften angenommene Programm zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Werktätigen weitgehend zu publizieren und darin die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie die Kampferfahrungen zum Ausdruck zu bringen, die die Arbeiterklasse in der verflochtenen Zeitspanne gewonnen hat.

11. Der Kongreß beauftragt das Exekutivkomitee der Weltföderation der Gewerkschaften, aus freiwilligen Beiträgen von Gewerkschaftsorganisationen, Gewerkschaftsmitgliedern sowie Personen und Organisationen, die die Arbeiterklasse im Kampf für ihre Lebensinteressen unterstützen, einen internationalen Fonds der Solidarität der Werktätigen und der Hilfeleistung an Gewerkschaftsorganisationen zu bilden.

Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses über die Industrieabteilungen der Weltföderation der Gewerkschaften

Der zweite Weltgewerkschaftskongreß betont, nachdem er die Referate der Genossen Di Vittorio und Gebert über die Erfüllung von Artikel 13 der Statuten der Weltföderation der Gewerkschaften angehört und erörtert hat, daß die Exekutivorgane der Föderation alles Erdenkliche getan haben, um eine Verständigung mit den Leitern der Internationalen Industriesekretariate über die Beteiligung der Sekretariate an den Industrieabteilungen zu erzielen.

Im Laufe von dreieinhalb Jahren führte die Weltföderation der Gewerkschaften Verhandlungen mit ihnen. Sie kam ihren Forderungen über die Bedingungen ihrer Teilnahme an den Industrieabteilungen entgegen. Am 16. September 1948 schlug das Exekutivkomitee auf einer der gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern der Internationalen Industriesekretariate diesen nochmals vor, mit der Weltföderation auf Grundlage beliebiger für sie annehmbarer Bedingungen zusammenzuarbeiten. Sie beantworteten diesen Vorschlag mit einer Weigerung.

Durch ihr ablehnendes Verhalten zur Frage der Zusammenarbeit mit der Weltföderation der Gewerkschaften bei der Schaffung von Industrieabteilungen, die alle Werktätigen der Welt zusammenfassen, haben die Führer der Internationalen Industriesekretariate bewiesen, daß sie nicht die Interessen der werktätigen Massen wahrnehmen, sondern die imperialistische Politik einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung unterstützen.

Ohne sich an Landesgrenzen zu kehren, entfalten die großen internationalen Truste ihre arbeiterfeindliche, antidemokratische Tätigkeit. In den verschiedenen kapitalistischen Ländern kontrollieren sie ganze Industriezweige. Sie beuten ohne Unterschied alle Werktätigen aus, deren Elend zunimmt, namentlich infolge des Sinkens ihres Reallohns und der Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Der Kongreß billigt die Beschlüsse des Exekutivkomitees vom Januar 1949 und die praktischen Maßnahmen zur Schaffung von Industrieabteilungen. Er spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Fachabteilung der Volksbildungsangestellten

sowie die Industrieabteilungen der Arbeiter des Hüttenwesens, der Textil- und der Lederindustrie zu funktionieren begonnen haben.

Er setzt fest, daß die Industrieabteilungen der Föderation folgende Namen tragen werden: Internationale Gewerkschaftsvereinigungen (Industrieabteilungen der Weltföderation der Gewerkschaften) unter Hinzufügung der Benennung des betreffenden Industriezweigs, z. B. Internationale Gewerkschaftsvereinigung für das Transportwesen.

Der Kongreß erinnert daran, daß die Hauptaufgabe der Internationalen Gewerkschaftsvereinigungen darin besteht, den ständigen Schutz der Lebensinteressen der Werktätigen, brüderliche Zusammenarbeit, internationale gegenseitige Hilfe der Werktätigen und ihre Klassensolidarität ohne irgendwelche Diskriminierung zu gewährleisten, wobei man sich nur auf einen Gedanken zu basieren hat: Organisierung des siegreichen Kampfes der Werktätigen durch unaufhörliches Bestreben, die internationale Einheit der Werktätigen auf gewerkschaftlicher Grundlage zu erzielen.

Er erinnert auch daran, daß die Internationalen Gewerkschaftsvereinigungen die Aufgabe haben, den Kampf zu koordinieren, den die Gewerkschaftsorganisationen führen für Befriedigung der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Werktätigen, für den Schutz der Gewerkschaftsrechte, für die Stärkung schwacher Gewerkschaften, für die Schaffung von Gewerkschaften dort, wo sie noch nicht bestehen, für die Erhöhung des Reallohns und für die Garantie seiner Kaufkraft, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für den Schutz der Werktätigen und ihrer Familien vor Arbeitslosigkeit, für die Gewährung jährlicher Urlaube bei voller Entlohnung, für Hygiene und Gesundheitsschutz im Rahmen einer vollständigen Sozialversicherung, für Anwendung des Prinzips „gleichen Lohns für gleiche Arbeit“. Zum Abschluß drückt der Kongreß seine Überzeugung aus, daß die Internationalen Gewerkschaftsvereinigungen die Werktätigen zum siegreichen Kampf für den Schutz ihrer Forderungen und für den Schutz des Friedens führen werden.

Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zum Schutz der zehn griechischen Seeleute

Der zweite Weltgewerkschaftskongreß tritt entschieden zum Schutz der zehn Seeleute, führender Teilnehmer der griechischen Gewerkschaftsbewegung, ein, die von der monarchistisch-faschistischen Regierung Griechenlands zum Tode verurteilt sind.

Als treue Söhne der Arbeiterklasse waren sie zur Zeit der Hitlerokkupation in Griechenland aktive Kämpfer der Widerstandsbewegung. Nach der Befreiung des Landes kämpften sie für dessen Demokratisierung und für die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen. Für den aufopfernden Dienst an ihrem Volke wurden die griechischen Seeleute 1948 von der Athener monarchistisch-faschistischen Regierung zum Tode verurteilt. Dies niederträchtige Urteil wurde nur deshalb nicht vollstreckt, weil sich demokratische

öffentliche Organisationen und die UNO ins Mittel legten.

Aber die faschistischen Monarchisten Griechenlands lechzen danach, mit den verurteilten Seeleuten, die eingekerkert sind, aufzuräumen.

Der zweite Weltgewerkschaftskongreß erhebt im Namen der in der Weltföderation der Gewerkschaften zusammengefaßten 71,5 Millionen Werktätigen Protest gegen das Todesurteil, das über die zehn griechischen Seeleute gefällt wurde, und fordert sofortige Freilassung dieser unschuldigen Opfer des monarchistisch-faschistischen Terrors.

Der Kongreß beauftragt den Generalsekretär der Föderation, die notwendigen Schritte bei der UNO sowie bei den Regierungen Griechenlands, Englands und der USA im Sinne der vorliegenden Resolution zu unternehmen.

Für die Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung

Aufruf des zweiten Weltgewerkschaftskongresses an die Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder der USA, Großbritanniens und anderer Länder, deren Führer ihren Austritt aus der Weltföderation der Gewerkschaften erklärt haben

Werk tätige Männer und Frauen!

An Euch wenden sich die Delegierten des zweiten Weltgewerkschaftskongresses im Namen von mehr als 71,5 Millionen Werk tätigen verschiedener Länder der Welt. Wir haben im Oktober 1945 mit Euch gemeinsam die erste allumfassende Organisation, die die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt — die Weltföderation der Gewerkschaften — geschaffen. Sie vereint in ihren Reihen gewerkschaftlich organisierte Werk tätige der ganzen Welt ohne Unterschied der Rasse, Nationalität, Konfession oder politischen Anschauung. Im Kampf gegen die schlimmsten Feinde der Menschheit — die Faschisten — ist die internationale Einheit der Werk tätigen herangereift und erstarkt. Die Arbeiter aller Länder haben klar erkannt, daß der Krieg, der unzählige Opfer gekostet und unermessliche Leiden verursacht hat, abgewandt werden konnte, wenn sie früher geeint gewesen wären und mit vereinten Kräften gegen den Faschismus gekämpft hätten.

Die organisierten Arbeiter der ganzen Welt sind eine unbezwingliche Kraft.

Die Weltföderation der Gewerkschaften schützt die ureigensten Interessen der Werk tätigen der ganzen Welt. Zu den Aufgaben der Föderation gehört, wie es in ihren Statuten vermerkt ist: Organisation des allgemeinen Kampfes der Gewerkschaften aller Länder gegen jegliche Anschläge auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Werk tätigen und die demokratischen Freiheiten; Kampf um Arbeitsbeschaffung für die Arbeiter, um Lohnerhöhung, um Verkürzung des Arbeitstages und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werk tätigen; für volle Sozialversicherung der Werk tätigen und ihrer Familien gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit infolge von Unglücksfällen und Alter; für Ergreifung verschiedener anderer Maßnahmen, durch die eine Hebung des sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehens der Werk tätigen sichergestellt wird; Kampf für vollständige Ausmerzung des Faschismus; Kampf gegen den Krieg und seine Ursachen, für einen festgefügt dauerhaften Frieden und freundschaftliche Zusammenarbeit aller Völker, für die demokratischen Rechte und Freiheiten der Werk tätigen.

Gemeinsam mit Euch kämpften und kämpfen wir für eine Erfüllung dieser großen Aufgaben.

Eine neue Wirtschaftskrise, deren ganze Bürde auf den Schultern der Arbeiter lasten wird, zieht drohend herauf. Die kapitalistischen Monopole führen eine verstärkte Offensive gegen die Lebensinteressen, Rechte und Freiheiten der Werk tätigen durch. Unter Führung der USA-Imperialisten werden aggressive Blocks gezimmert, und ein neuer Krieg wird vorbereitet. Unter diesen Umständen ist die Einheit der Werk tätigen der ganzen Welt notwendiger denn je zuvor.

Gerade in dieser Zeit, wo von der Einheit der Werk tätigen nicht nur ihr eigenes Wohlergehen, sondern auch das Geschick der Welt abhängt, stehen wir getrennt da. Vertreter Eurer Gewerkschaftszentralen waren nicht auf dem Weltgewerkschaftskongreß anwesend, der die wichtigsten Fragen des Interessenschutzes der Werk tätigen aller Länder, des Schutzes von Frieden, Freiheit und Demokratie erörtert hat.

Wer ist schuld daran, daß die um so teuren Preis eroberte Einheit unserer Reihen gestört ist? Verantwortlich hierfür sind gewisse Führer Eurer Gewerkschaftszentralen, die aus der Weltföderation der Gewerkschaften ausgetreten sind, ohne die Mitglieder ihrer Organisationen um deren Meinung zu befragen. Sie informieren Euch lügnerrisch und unehrlich über die Tätigkeit der Föderation und verheimlichen ihre eigene spalterische Handlungsweise. Durch diese Heuchelei, diese den Interessen der Arbeiter schädliche Taktik suchen sie bei Euch Billigung für ihre Zerstörungsarbeit zu finden.

Die Spalter erklären Euch verleumderisch, die Föderation sei angeblich schuld daran, daß keine Verständigung mit den Internationalen Industriesekretariaten zustande gekommen ist. Sie behaupten, dies sei der Hauptgrund ihres Austritts aus der Weltföderation der Gewerkschaften gewesen.

Der Weltgewerkschaftskongreß erklärt, daß dies eine Verleumdung der Föderation ist. Die Föderation kam den Wünschen der Internationalen Industriesekretariate entgegen und ließ sich dabei von dem Bestreben leiten, möglichst rasch eine wirkliche, wahrhaft internationale Vereinigung der Fachverbände (Industrieabteilungen) zum Schutz der Interessen der Arbeiter verschiedener Berufe

zu schaffen. Aber gerade dies wollten die Führer der Internationalen Industriekretariate nicht. Absichtlich zogen sie die Verhandlungen in die Länge und weigerten sich dann überhaupt, mit der Weltföderation der Gewerkschaften zu wie immer gearteten Bedingungen zusammenzuarbeiten.

Als die Föderation daranging, die Industrieabteilungen zu schaffen, richtete sie erneut eine Aufforderung an die Internationalen Industriekretariate. Die Türen der Föderation und der Industrieabteilungen bleiben auch weiter allen Gewerkschaftsorganisationen weit geöffnet. Auch jetzt ruft die Föderation die Internationalen Industriekretariate auf, mit der Weltföderation der Gewerkschaften zu Bedingungen zusammenzuarbeiten, die für die Sekretariate annehmbar sind. Zwischen den Arbeiterorganisationen gibt es keine Gegensätze, die nicht behoben werden könnten, und es kann auch gar keine solchen Gegensätze geben, wenn diese Organisationen ehrlich vom Standpunkt der Verteidigung der ureigensten Interessen der Werktätigen ausgehen.

Die Führer Eurer Gewerkschaftszentralen haben Euch ferner betrogen, als sie erklärten, die Weltföderation sei gegen Wirtschaftshilfe der einen Staaten an andere, die Föderation sei gegen Wiederherstellung der durch den Krieg verwüsteten Wirtschaft.

Der Kongreß erklärt, daß das eine Lüge ist.

Alle der Föderation angehörenden Gewerkschaftsorganisationen hielten und halten es für normal und wünschenswert, daß wirtschaftlich starke Länder schwächeren Hilfe leisten. Hierbei aber dürfen die hilfeleistenden Länder keinen Anschlag auf die nationale Unabhängigkeit der hilfeempfangenden Länder verüben. Wie der Pariser Weltgewerkschaftskongreß hervorhob, darf es keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten bedürftiger Länder geben, es darf nicht vorkommen, daß man sie dem Einfluß internationaler Truste und Kartelle unterwirft.

Diesen wichtigsten Prinzipien entspricht der Marshallplan keineswegs.

Unter den Delegierten des Weltgewerkschaftskongresses sind Vertreter Frankreichs, Italiens, Hollands, Luxemburgs und anderer Länder, auf die sich der Marshallplan erstreckt. Die Werktätigen dieser Länder kennen die schweren Folgen des Marshallplans aus eigener bitterer Erfahrung. Er hat ihre Lebenslage keineswegs erleichtert, sondern ihnen neue Entbehrungen, Elend und Arbeitslosigkeit gebracht. Senkung des Lebensstandards und Lohnstopp hat dieser Plan den Arbeitern Englands beschert. Auch für die Werktätigen der USA bedeutete der Marshallplan eine neue Bürde. Er konnte dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht Einhalt gebieten und hat die Lage der Arbeiter verschlechtert. Deshalb sind wir gegen diesen imperialistischen Knechtungsplan, wir sind für Aufrechterhaltung und Fort-

entwicklung der nationalen Wirtschaft, für Freiheit und Unabhängigkeit eines jeden Landes.

Mit den demagogischen Erklärungen, die Kommunisten hätten in der Weltföderation der Gewerkschaften die Oberhand, suchen Eure Führer ihr diktatorisches Vorgehen zu tarnen. Sie verlangten in ultimativer Form, die Föderation solle den Marshallplan billigen. Als sie aber sahen, daß es ihnen nicht gelingen werde, der Mehrheit ihren Standpunkt aufzuzwingen, da weigerten sie sich, diese Frage in der Föderation zu erörtern. Euch aber belügen sie, die Föderation sei gegen eine Erörterung des Marshallplans aufgetreten.

Der Weltgewerkschaftskongreß bestätigt nochmals, daß die Einheit in der Weltföderation auf freiwilliger und freier Zusammenarbeit der Gewerkschaften beruht. Den der Föderation angehörenden Gewerkschaftszentralen steht es frei, eigene Ansichten über verschiedene Fragen zu haben, und einzelne Gewerkschaftszentralen können ihren Standpunkt ändern nicht aufzwingen.

Die Führer des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände wollten ihre antidemokratische Politik der Arbeitdiskriminierung anderen aufzwingen, sie sabotierten die Ausführung der wichtigsten Beschlüsse der Londoner Konferenz und des Pariser Weltkongresses der Gewerkschaften.

Die Weltföderation der Gewerkschaften, die sich an die Beschlüsse des Pariser Kongresses hält, strebt konsequent eine Einheit der deutschen Gewerkschaften an. Zu diesem Zweck verlangte sie von den Besatzungsbehörden dringend, daß in Berlin ein Verbindungsbüro der Weltföderation und der Gewerkschaften Deutschlands eingerichtet werde, um ihnen zu helfen, eine einheitliche Gewerkschaftszentrale zu bilden und die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands aktiver zu gestalten. Die Besatzungsbehörden der Westmächte ignorierten die Forderungen der Weltföderation, Deakin und Carey aber erklärten sich mit diesem Verhalten einverstanden. Sie förderten die Spaltung, indem sie sich gegen einen Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaften wandten.

Die Weltföderation der Gewerkschaften setzte nicht wenig Mühe daran, den Bruderkrieg in Griechenland zum Stillstand zu bringen, sie trat konsequent für die demokratische Entwicklung des Landes ein. Die Weltföderation half den griechischen Gewerkschaften, eine demokratische Konföderation der Werktätigen, die Allgemeine Arbeitskonföderation Griechenlands, zu bilden. Aber die monarchistisch-faschistischen Behörden Griechenlands zerschmetterten die Konföderation mit Hilfe der amerikanischen und englischen Imperialisten, warfen ihre Führer ins Gefängnis und ermordeten auf niederträchtige Weise den Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands, Pappas. An Stelle der demokratischen Konföderation gründeten die faschistischen Häuptlinge

eine pseudogewerkschaftliche nationale Organisation, die Führer des Kongresses der Industrieverbände und des britischen Trade-Union-Kongresses aber arbeiten mit ihr zusammen, obwohl sie die auf dem achten Landesgewerkschaftskongreß gewählten Delegierten früher offiziell als die einzigen und wahren Vertreter der griechischen Allgemeinen Arbeitskonföderation anerkannt hatten.

Die Leiter des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände der USA traten gegen die Hilfeleistung an die Gewerkschaften der Kolonien auf, die unter den Verhältnissen der grausamsten Ausbeutung und des Terrors für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter, für ihre Gewerkschaftsrechte eintreten. Die Führer des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände verteilten eine Erfüllung der Beschlüsse des Pariser Weltgewerkschaftskongresses über Entsendung einer Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften in die Länder Asiens und über Einberufung einer Konferenz der Gewerkschaften ganz Asiens.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Fragt die Führer Eurer Gewerkschaften, wessen Willen sie folgten, als sie den Schutz der ureigensten Interessen der Arbeiterklasse störten und in Griechenland, im Iran, in Indien, Malaya und anderen Ländern der Welt Kämpfer der Arbeitersache verrieten.

Lügen den Führern Eurer Gewerkschaftszentralen die Interessen der Werktätigen und die Arbeitereinheit am Herzen, ließen sie sich wirklich von dem „guten Willen“ leiten, über den sie sich jetzt so pharisäerhaft auslassen, so hätten sie die Tätigkeit der Föderation nicht sabotiert, sie hätten nicht versucht, diese zu liquidieren.

Die Führer Eurer Gewerkschaftszentralen haben sich geweigert, auf dem Weltgewerkschaftskongreß zu erscheinen, um einer offenen Diskussion aus dem Wege zu gehen. Sie fürchteten, daß ihre Handlungsweise als Partner der Imperialisten vor

den Werktätigen aller Länder bloßgestellt werden würde. Nur den Imperialisten bringt es Nutzen, wenn die Kräfte der Werktätigen zersplittert, wenn die Arbeiter der einen Länder gegen diejenigen anderer Länder aufgehetzt werden. Dann ist es leichter, Feindschaft zwischen den Völkern zu stiften, leichter, einen Krieg zu entfesseln.

Werktätige Männer und Frauen! Die Führer Eurer Gewerkschaftszentralen zimmern unter der Flagge des Antikommunismus gemeinsam mit den Führern der Amerikanischen Arbeitsföderation ihre Streikbrecherorganisation zusammen zum Kampf gegen die Weltföderation der Gewerkschaften, gegen die demokratische Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Verhindert die Schaffung einer spalterischen Streikbrecherorganisation!

Organisiert überall, wo dies möglich ist, Komitees der Zusammenarbeit und Verbindung mit der Weltföderation der Gewerkschaften. Diskutiert und verbreitet das Manifest und die Beschlüsse des zweiten Weltgewerkschaftskongresses.

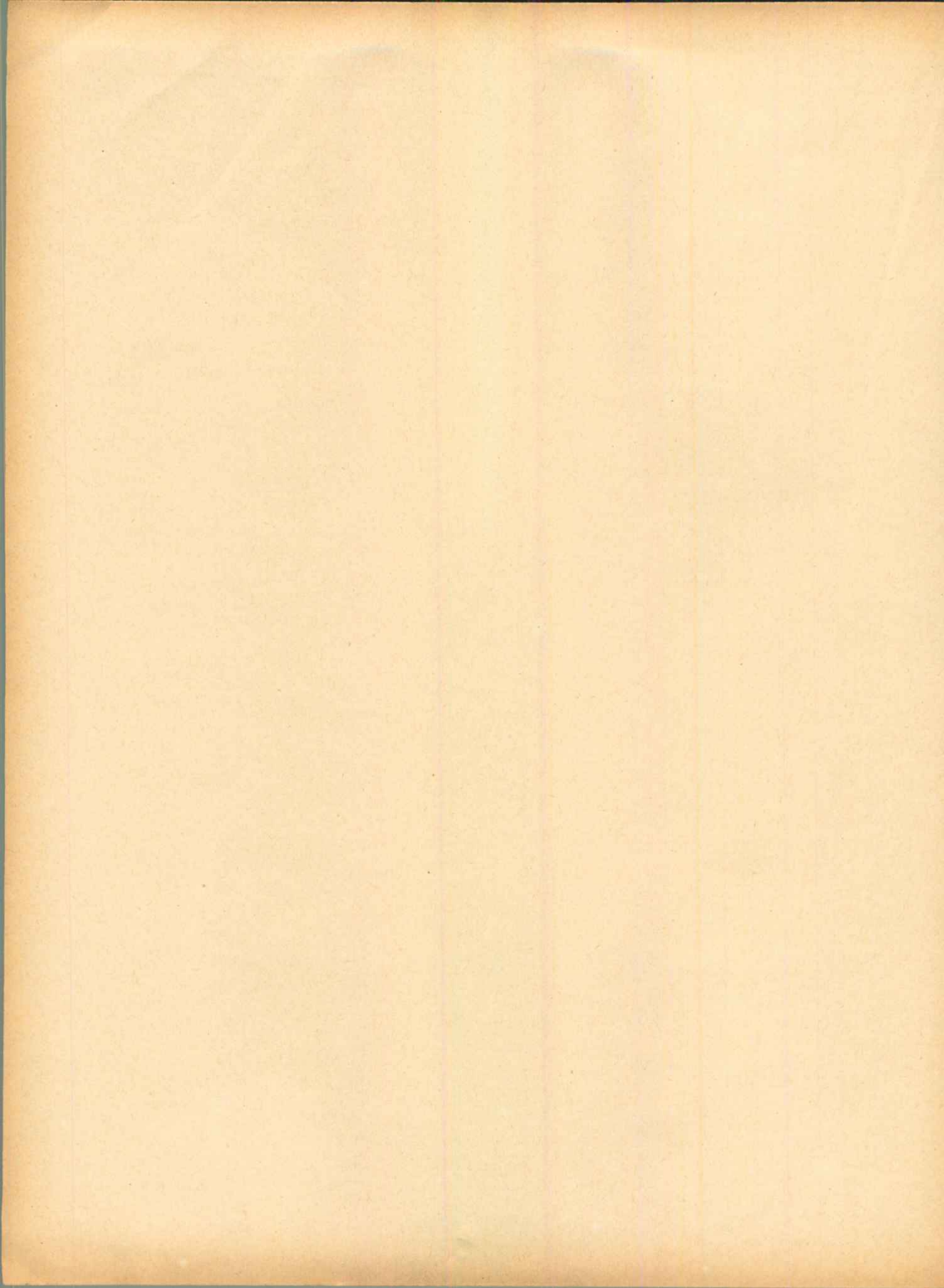
Fordert von Euren Gewerkschaftsorganisationen Beitritt zu den Internationalen Fachverbänden (Industrieabteilungen), die von der Föderation zum Schutz der Lebensinteressen der Werktätigen verschiedener Berufe, zur Organisation des internationalen Zusammenwirkens der Arbeiter geschaffen worden sind.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Strebt eine Rückkehr Eurer Gewerkschaftszentralen in die Reihen der Weltföderation der Gewerkschaften an, die die Lebensinteressen der Werktätigen hütet, die demokratischen Rechte der Gewerkschaften schützt, für einen dauerhaften, lang währenden Frieden, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges kämpft.

Es lebe die brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit der Werktätigen der ganzen Welt! Es lebe die Welteinheit der Arbeiter! Es lebe die Weltföderation der Gewerkschaften!

I N H A L T

Zum Schutz des Friedens, der demokratischen Rechte und Wirtschaftsinteressen der Arbeiter, für die Festigung der Einheit der Arbeiterklasse Manifest des zweiten Weltgewerkschaftskongresses	1
Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zum Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften	4
Die allgemeine Politik und der Kampf der Weltföderation der Gewerkschaften für den Frieden, die demokratischen Rechte der Völker und die internationale Gewerkschafts- einheit Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zu den Referaten Kusnezows und Santis	7
Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zu den Referaten über die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften und der Landesgewerkschaftszentralen	9
Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses über die Industrieabteilungen der Welt- föderation der Gewerkschaften	11
Resolution des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zum Schutz der zehn griechischen Seeleute	12
Für die Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung Aufruf des zweiten Weltgewerkschaftskongresses an die Arbeiter und Gewerkschafts- mitglieder der USA, Großbritanniens und anderer Länder, deren Führer ihren Aus- tritt aus der Weltföderation der Gewerkschaften erklärt haben	13



Vergangenheit, sondern mit dem ganz realen System des Monopolkapitalismus, der noch einen großen Teil der Menschheit in seinen blutigen Klauen hält.

Figl, der sich als Lakai des Monopolkapitals betätigt, ist mit seinen Versuchen, den Marxismus zu begraben, gar nicht originell: einige Generationen von Lakaien der Bourgeoisie waren schon bemüht, das zu tun. Aber der Marxismus-Leninismus lebt, und seine Ideen bemächtigen sich immer neuer Millionen Menschen.

Als letzte Neuheit schlägt Figl vor, den Marxismus durch den „Solidarismus“ zu ersetzen. Doch hinter diesem durchsichtigen Schleier verbergen sich gleichfalls die seit langem bekannten Ideen der Lakaien des Kapitalismus: Interessen- und Zweckgemeinschaft von Arbeitern und Kapitalmagnaten, Propaganda des „Klassenfriedens“ und der Zusammenarbeit der Klassen“. Das Modeschlagwort „Solidarismus“ ist aber nicht nur in der internationalen Arena, sondern auch in Österreich selbst kaum imstande, ein irgendwelches nennenswertes Auditorium irreführen.

Die Methoden und Früchte des Wirtschaftens von Figl selber zeigen dem Volk und vor allem der Arbeiterklasse Österreichs mit genügender Überzeugungskraft, daß der Kapitalismus noch am Leben ist. Die Marxisten-Leninisten sind es gerade, die an der Spitze des Kampfes für die Interessen des Volkes stehen, für Interessen, mit denen weder die kapitalistischen Monopole noch ihre Lakaien „solidarisch“ sind.

DER GENERALSTREIK DER AUSTRALISCHEN BERGARBEITER

Nachdem die Grubenbesitzer sich geweigert hatten, den elenden Lohn der Bergarbeiter zu erhöhen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, traten die australischen Bergarbeiter am 27. Juni in den Generalstreik. Der Kampf dauert immer noch an. Sein erstes und wichtigstes Ergebnis aber ist jetzt schon klar. Der Streik hat erwiesen, daß die Geschlossenheit und Einheit der Werktätigen Australiens im Kampf gegen die Reaktion eine Waffe von unüberwindlicher Gewalt ist.

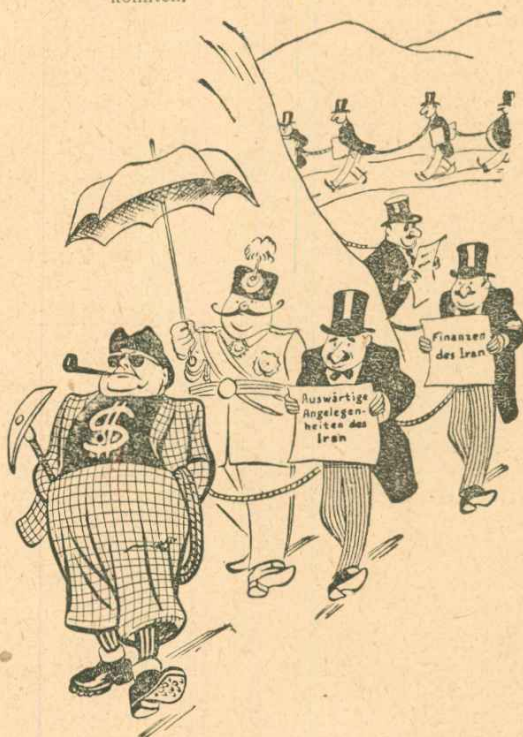
Die Grubenbesitzer und die Labourregierung Chilleys bemühten sich von Anfang an auf jede Weise, den Werktätigen diese Waffe aus der Hand zu schlagen und dadurch die Voraussetzungen zur Niederwerfung der Bergarbeiter zu schaffen. Schon vor Beginn des Streiks drosselten die Behörden die Gas- und Stromlieferung an die Bevölkerung und Unternehmen, sie schlossen sogar einige Fabriken und Werke und warfen so tausende Arbeiter aufs Pflaster. Das geschah, um die

Bevölkerung gegen die Bergarbeiter aufzubringen, die sich zum Streik vorbereiteten, und um die Solidarität der Arbeiterklasse zu untergraben. Insgesamt wurden mehr als 600 000 Arbeiter ausgesperrt. Die ausgesperrten Arbeiter erklärten jedoch, sie würden die Bergarbeiter unterstützen.

Die Regierung griff im Kampf gegen die Bergarbeiter zu den brutalsten und gemeinsten Mitteln. Ein drakonisches Gesetz, das eiligst im Parlament durchgepeitscht wurde, zeigt den Klassen-

EIN AMERIKANISCHER „BERGSTEIGER“ IM IRAN

Im Iran traf ein gewisser William Douglas aus den USA als Vergnügungsreisender und Bergsteiger ein. Dieser „Bergsteiger“ bereist das Land in Begleitung des Generals Dschahbani. Er hatte eine Zusammenkunft mit dem iranischen Ministerpräsidenten und dem Außenminister. Nach Meldungen der iranischen Presse hat Douglas den Auftrag der USA-Regierung, einen „privaten“ Bericht über die Lage im Lande und in der Armee vorzulegen. Wie die Zeitungen feststellen, läßt die Marschroute Douglas' auf sein besonderes Interesse für Gebiete schließen, in denen militärische Stützpunkte angelegt werden könnten.



Zeichnung von BORIS JEFIMOW

charakter dieses Kampfes in seiner ganzen Nacktheit. Ziel dieses Gesetzes ist es, die streikenden und ausgesperrten Arbeiter auszuhungern. Alle Bankkonten der Gewerkschaften, d. h. die Gelder, die sich die Arbeiter abgespart haben, werden gesperrt. Es ist allen Organisationen verboten, für den Gewerkschaftsfonds zu spenden oder den Streikenden zu helfen. Das Gesetz verbietet es sogar, Geld und Geschenke von Freunden anzunehmen!

Gegen die Arbeiterklasse wird der Polizei-, Gerichts- und Propagandaapparat der australischen Pseudodemokratie eingesetzt. Die Führer der Bergarbeiterföderation, Williams und Grant, wurden zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt wegen „Mißachtung des Gerichtshofs“, die in der Weigerung zum Ausdruck kam, dem Gericht anzugeben, wo sich die zur Unterstützung der Streikenden von den Bankkonten abgehobenen Gewerkschaftsgelder befinden. Auch gegen andere Gewerkschaftsführer sowie gegen die Kommunistische Partei sind Gerichtsverfahren anhängig gemacht worden.

Aber der Streik dauert auch unter diesen drakonischen Bedingungen an, und die Arbeitersolidarität triumphiert. Die Verbände der Metallarbeiter, der Eisenbahner, der Hafenarbeiter, der Seeleute u. a. unterstützen die Bergarbeiter.

Die Verfolgung der Streikenden hat unter den breitesten Massen der australischen Werktätigen Empörung und Protest hervorgerufen. Im ganzen Lande finden zur Besprechung der Lage Kundgebungen und Versammlungen statt, welche Entschließungen annehmen, in denen von der Regierung die Kassierung der ungerechten Urteile sowie die Einstellung der Repressalien und der Verfolgung der Gewerkschaften gefordert wird.

NEUER AKT EINER ALTEN KOMÖDIE

Bekanntlich sind die USA ein Land, in dem es für die Willkür der Truste keine Schranken gibt. Ebenso ist bekannt, daß es in den USA schon seit langem Antitrustgesetze gibt. Eine solche Kombination müßte als wirkliches Mirakel angesehen werden, wäre nicht die Allmacht der Monopole eine reale Lebensgegebenheit in den USA, während die Gesetzgebung gegen die Truste lediglich eine Fiktion ist. Diese Fiktion dient als Mittel plumpen Betrugs an dem leichtgläubigen „Durchschnittsamerikaner“. Seine Leichtgläubigkeit beginnt sich übrigens unter dem Einfluß der harten Lehren des Lebens allmählich zu verflüchtigen.

Eine solche Lehre wird ihm in nächster Zeit wieder erteilt werden. Laut Pressemeldungen ist ein besonderer Unterausschuß „zur Untersuchung

der Monopole und der Antimonopolgesetze“ unter Führung des Vorsitzenden des juristischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, des Demokraten Celler, gebildet worden. Truman wandte sich mit einem Schreiben an Celler, in dem er dessen Plan billigt und erklärt:

„Es gibt für unser Land und seine freien Einrichtungen kein ernsthafteres Problem als die Mißbildungen und Mißbräuche, zu denen es in unserem Wirtschaftssystem kommt, wenn sich das unaufgeklärte freie Unternehmertum auf den Weg der Monopole begibt.“

Die ganze Welt weiß, daß die „unaufgeklärten“ Monopolherren unumschränkte Herren über den Kurs der Außen- und Innenpolitik der USA sind. Der Mann im Weißen Hause aber gibt sich den Anschein, als sei er berufen, die ungekrönten Könige Amerikas zu belehren und sogar zu kontrollieren.

Die neue Celler-Kommission wird den Schauplatz für eine widerliche Komödie abgeben. Die Ladenschwengel der Monopole werden dort im Auftrage ihrer Herren schallende Anklagereden gegen die Truste und Banken halten. Und nach diesen Drohreden zur Täuschung vertrauensselliger Leute werden sie zu ihrem Alltagsdienst am Kapital zurückkehren.

Das ist der Mechanismus der plutokratischen Pseudodemokratie mit ihren berüchtigten „freien Einrichtungen“.

EIN KLEINER ANSTANDSUNTERRICHT

Die chinesischen Blätter melden, daß sich in Schanghai am 7. Juli folgender Zwischenfall abspielte. Durch die Straßen der Stadt zog eine Demonstration der Bevölkerung, die die Befreiarmee und die neue demokratische Macht begrüßte. An einer Straßenecke kreuzte sich der Weg dieser Demonstration mit dem des amerikanischen Vizekonsuls William Olive. Nach alter Gewohnheit glaubte der amerikanische Vizekonsul, die Demonstrantenkolonne müsse vom Wege abweichen, um ihm ehrerbietig freie Bahn zu geben. Vergeblich winkte ihm der Verkehrspolizist, daß er umkehren und durch eine andere Straße fahren müsse, da hier während der Demonstration die Durchfahrt gesperrt sei. Der amerikanische Vizekonsul versuchte, die Kolonne zu durchbrechen. Er fuhr mitten in die Demonstranten hinein und drängte sie mit seinem Kraftwagen zur Seite.

Als Mr. Olive wegen Verletzung der Verkehrsregeln festgenommen wurde, bekam er einen Wutanfall, beleidigte die Polizisten, weigerte sich, seine Personalien anzugeben, und versuchte handgreiflich zu werden. Er wurde ins Polizeirevier gebracht. Aber auch dort randalierte er weiter

und schlug alles kurz und klein, was er in den Amtsräumen des Reviers zu fassen bekam. Mr. Olive mußte in Gewahrsam genommen werden. Es wurde ihm erläutert, daß auch die vornehmsten Ausländer in Schanghai nicht berechtigt sind, gegen die Gesetze und die öffentliche Ordnung zu verstoßen.

Eine dreitägige Haft dämpfte das feurige Temperament Mr. Olives ein wenig. Anscheinend wurde er sich darüber klar, daß er sich nicht im kampflos von der Wall-Street-Agentur eroberten Kuomintangchina befindet. Mr. Olive gab sein Vergehen zu und entschuldigte sich schriftlich für die Verletzung der Verkehrsregeln, die Beleidigung der Polizisten wie auch für die Beschädigung gesellschaftlichen Eigentums im Polizeirevier. Er erklärte nicht nur, daß er sein schlechtes Benehmen bedaure, sondern versprach auch, in Zukunft die Gesetze des Landes zu achten. Am 9. Juli wurde Mr. Olive auf freien Fuß gesetzt.

Die vor dem Polizeirevier versammelten amerikanischen Berichtersteller knipsten eifrig. Sie schrieben nachher in ihren Blättern, daß sie nach Spuren von Verletzungen im Gesicht Mr. Olives geforscht hätten. Aber Mr. Olive war heil und gesund, was die Berichtersteller auch in ihren Meldungen bestätigten. Sie wiesen nur darauf hin, daß dieser kräftige, robuste 32jährige Mann einen etwas verlegenen Gesichtsausdruck zur Schau trug. Es ist absolut klar, daß dieser Anstandsunterricht für ihn eine völlige Überraschung war. Wie die chinesische Presse mit Recht konstatiert, hat Mr. Olive nun zum erstenmal erfahren, daß er die Gesetze des Landes, in dem er lebt, zu achten hat.

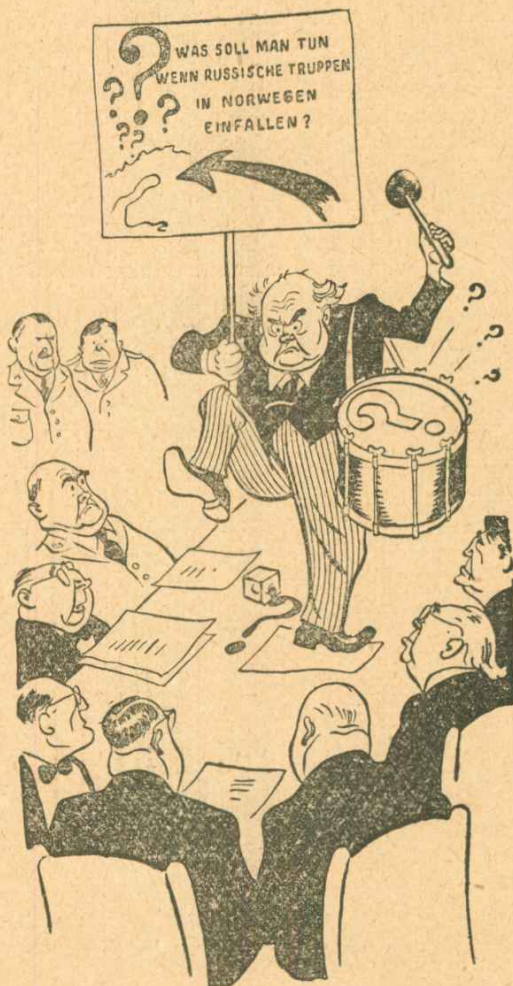
MEISTER DER ERPRESSUNG UND DES BLUFFS

Dieser Tage erklärte Senator McMahon, der Vorsitzende der Vereinigten Atomenergiekommission des USA-Kongresses, die Vereinigten Staaten hätten im Jahre 1947, als die entsprechenden Anlagen vom Kriegsministerium der USA-Atomenergiekommission übergeben wurden, keine einzige Atombombe gehabt. Die früher vorhandenen „Exemplare“ waren schon aufgebraucht“, setzte McMahon hinzu.

Wie sie aufgebraucht wurden, ist gut bekannt. Erstens zu der in militärischer Hinsicht ganz unnötigen und unmenschlichen Bombardierung der friedlichen japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Zweitens zu den abscheuerregenden Demonstrationen auf dem Atoll Bikini, die von unglaublichem Reklamelärm und einer Hochflut von Spekulationen begleitet waren.

DIE „INVASION“ SENATOR DONNELLS

Senator Donnell aus dem Staat Missouri brachte in den Sitzungen des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten 18 Tage lang ununterbrochen Anfragen ein, was die USA zu unternehmen gedächten, wenn „die Russen ihre Truppen in Norwegen einmarschieren lassen“. Die fixe Idee, die Donnell in solche Unruhe versetzt hat, brachte sogar viele erzreaktionäre Senatoren aus der Fassung, und einer von ihnen erklärte: „Donnell hat die Russen so oft in Norwegen ein- und ausmarschieren lassen, daß sie schon todmüde sein müssen.“



Zeichnung von BORIS JEFIMOW.

Das verspätete Eingeständnis des Senators McMahon entbehrt nicht eines gewissen Interesses. Die amerikanischen Kriegsbrandstifter und ihre Presse behaupteten 1947, sie hätten Dutzende, ja hunderte Atombomben. Jetzt stellt sich heraus, daß dies nichts anderes als Erpressung und Bluff war. Wie sollte man sich da nicht an Hitlers prahlerisches Geflunker von der „Wunderwaffe“ erinnern! Die amerikanischen Atomanbeter imitieren die Berliner Vorbilder ohne irgendwelches Talent.

SPIEL MIT VERTEILTEN ROLLEN

Der englische Finanzminister, Sir Stafford Cripps, weiß vor Sorge nicht, wo ihm der Kopf steht. Kaum war der USA-Finanzminister Snyder aus London abgereist, da erhielt Cripps Besuch von Führern des Generalrats der britischen Gewerkschaften. Nach Pressemeldungen hatten sie ein frommes Gespräch über die Erleichterung der Steuerbürde und eine Untersuchung der Profite der Monopole.

Von dieser Demarche der Gewerkschaftsführer berichtet die konservative Wochenschrift „Observer“ ebenso ungezwungen, wie die Herren gewöhnlich von den Streichen ihrer Lakaien reden:

„Nicht etwa, daß die Mitglieder des Generalrats mit irgend etwas, was der Finanzminister gesagt oder getan hat, nicht einverstanden wären. Was die Mehrheit von ihnen zu empfinden scheint, ist, daß sie ihre einfachen Mitglieder nicht überzeugen können... Sie erklären, wenn sie die Regierungspolitik, soweit diese den alten Kurs weiter verfolgt, unterstützen, könnte dies nur dazu führen, daß sie ihr Ansehen unter den Mitgliedern verlieren.“

Demnach ist alles klar: Deakin und Tewson sind mit Leib und Seele für die von Cripps und dem hinter ihm stehenden Sendboten der Wall Street, Snyder, betriebene Hungerpolitik. Sie sind aber genötigt, sich den Anschein zu geben, als seien sie um die Senkung der Lebenskosten besorgt. Ihr Unglück besteht nur darin, daß es so unendlich schwer ist, irgend jemand davon zu überzeugen, daß ihre demonstrativen Bemühungen nicht mehr sind als der Trick eines Taschenspielers, der die Arbeitermassen betrügen will.

ARBEITSAMT FÜR HITLERFASCHISTISCHE BANDITEN

Walter Stennes' Karriere war nicht immer besonders glücklich. Ursprünglich ging es ihm als einem der nächsten Trabanten Hitlers recht gut. In den dreißiger Jahren wurde er SA-Führer von Berlin, orientierte sich aber zu seinem Pech auf

Röhm und entging nur durch einen Zufall dem „Blutbad“ vom 30. Juni 1934. Er konnte aus Deutschland entkommen.

Bald fand er auch ein Pöstchen, das ihm behagte: Stennes kam nach China und wurde dort Chef der Leibgarde von Tschiangkaischek. Aber jetzt ist der Stern des neuen Chefs von Stennes verblichen. Im Mai 1949 ließ Walter Stennes die Kuomintang-Leibgarde im Stich. Er verschaffte sich einen Platz in einem amerikanischen Militärflugzeug und flüchtete aus China.

Die englischen Behörden nahmen Anteil am Schicksal des hitlerfaschistischen Abenteurers. Der Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Deutschland, General Robertson, stellte Stennes ein besonderes Einreisevisum nach Bizonien aus. Wie Associated Press am 8. Juli berichtete, ist Stennes in Frankfurt am Main aufgetaucht. Er wurde von einem der westdeutschen Ersatzminister, Schlange-Schöningen, offiziell empfangen. Dann erklärte Stennes Pressevertretern, er wolle ruhig seine „Entnazifizierung“ abwarten...

Vorläufig aber gibt Stennes Korrespondenten Interviews als Fachmann für den Kampf gegen die demokratische Bewegung in Europa und Asien.

Die geschlagenen, aber nicht vernichteten Faschisten aus allen Weltteilen geben sich jetzt in Bizonien ein Stelldichein.

DER STOLZ DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Wir erwähnten bereits (siehe Nr. 25, Jahrgang 1949) Herbert Kriedemann, einen der nächsten Handlanger Kurt Schumachers. Die deutsche demokratische Presse entlarvte diesen Herrn als Gestapospitzel, der den Hitlerschergen Antifaschisten auslieferte. Kriedemann hatte sich um Reinwaschung an das Gericht gewandt. Nachdem das Gericht aber die vorgelegten Dokumente studiert hatte, kam es zu dem Schluß, daß das Wort „Spitzel“ in bezug auf Kriedemann mit voller Berechtigung angewendet werden könne. Diese Tatsache beeindruckte die einfachen SPD-Mitglieder, und sie verlangten die Einsetzung einer Untersuchungskommission in Sachen Kriedemann. Die Parteihäuptlinge stellten sich stocktaub.

Das Nachrichtenblatt der CDU versuchte, die Gründe dieser Taubheit zu klären, und schrieb in diesem Zusammenhang, viele seien der Ansicht, daß Kriedemann nur deswegen von Schumacher und dessen Klüngel verteidigt werde, weil ihm von der Vergangenheit der leitenden SPD-Funktionäre zu vieles bekannt sei.

In diesem Zusammenhang nannte das Nachrichtenblatt die Namen der Parteifunktionäre Fritz Heine und Waldemar von Knöringen, die

sozusagen Kollegen Kriedemanns bei dessen früherer Tätigkeit im Spitzeldienst waren. Der Schumacherklüngel stellte sich aus einem höchst einfachen Grunde taub: aus Furcht, Kriedemann könnte, falls man die Schleusen seiner Beredsamkeit aufsperrt, der Öffentlichkeit interessante Einzelheiten aus der früheren und jetzigen Tätigkeit der leitenden SPD-Funktionäre mitteilen, was das politische Ansehen dieser Partei untergraben müßte. Soweit das Nachrichtenblatt der CDU.

Nunmehr kommen zu den bisherigen Enthüllungen über die Gestapoabenteuer Kriedemanns noch neue Enthüllungen über seine Tätigkeit für ausländische Spionagedienste hinzu. Die Zeitung „Neues Deutschland“ veröffentlichte am 9. Juli die Photokopie eines Schriftstücks aus Archivbeständen, die beweist, daß Kriedemann vom englischen Spionagedienst ausgehalten wurde. Zudem war er vor dem Krieg auch Agent des polnischen Geheimdienstes.

Der sozialdemokratische Henker der deutschen Arbeiter, Gustav Noske, nannte sich vor 30 Jahren mit der Offenherzigkeit eines Schergen selbst den „Bluthund“ der deutschen Bourgeoisie. Die jetzigen Nachkommen Noskes sind auf dem Weg des Verrats noch tiefer gesunken: sie sind berufsmäßige Agents provocateurs, die noch dazu ein Doppelspiel als Spione betreiben.

DULLES — NUN SENATOR

Der Gouverneur des Staates New York, Thomas Dewey, beeilte sich nach dem aus Altersrücksichten erfolgten Rücktritt Senator Wagners, John Foster Dulles an seiner Stelle zu ernennen. Der verhinderte Präsidentschaftsanwärter, den Dulles

auf jede Weise für den hohen Posten protegierte, hat also seinen geriebenen Lehrmeister nicht vergessen. Allerdings ist Dulles nur für eine bestimmte Frist zum Senator ernannt worden; am 8. November finden Ersatzwahlen zur Besetzung des frei gewordenen Postens statt. Aber dieser Umstand unterstreicht nur den Sinn dieser Ernennung.

Man sieht, daß die Beherrscher der Wall Street das Bedürfnis hatten, Dulles gerade jetzt im Senat zu sehen. Im Lauf der Debatte über den aggressiven Nordatlantischen Vertrag tritt die Zweitracht in den Regierungskreisen Washingtons immer offensichtlicher zutage. Die Urheber der gescheiterten „Zweiparteienpolitik“ und Verfechter des berüchtigten „kalten Krieges“ müssen mit jeder Stimme rechnen.

Aber schon der erste Schritt des neugebackenen Senators war recht ungeschickt. In einer Rede, die er am 12. Juli zur Verteidigung des Nordatlantischen Vertrages hielt, plauderte er aus, daß er sehr fürchte, die Entspannung in den internationalen Beziehungen könnte „eine entsprechende Entspannung im amerikanischen Volke nach sich ziehen, das künstlich im Zustand der Unruhe gehalten werden muß“.

Dulles hat also vorerst die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht gerechtfertigt. Auf jeden Fall hat seine Offenherzigkeit Staatssekretär Acheson nicht wenig Unannehmlichkeiten bereitet, denn auf der jüngsten Pressekonferenz mußte dieser sich wie ein Aal drehen und wenden, um irgendwie den Eindruck zu mildern, den das allzu offenherzige Geständnis eines der Urheber der „Zweiparteienpolitik“ gemacht hat.

Puerto Rico — eine Kolonie der Vereinigten Staaten

(Geographische Notizen)

I. LAPIZKI

PUERTO RICO, „reicher Hafen“, so nannten die Spanier ein kleines Land im östlichen Teil der Großen Antillen bei der Einfahrt ins Karibische Meer. Diese Inselkette erstreckt sich von Kuba aus gleichsam als Umrahmung des Karibischen Meeres nach Osten und Süden und findet an der Küste von Venezuela mit der Insel Trinidad ihren Abschluß. Außer den drei kleinen

Republiken Kuba, Haiti und Santo Domingo liegen hier Kolonialbesitzungen der USA, Englands, Frankreichs und der Niederlande.

Die größte USA-Besitzung ist die Insel Puerto Rico, die Kolumbus im Jahre 1493 während seiner zweiten Seefahrt in die Neue Welt entdeckte. Die Urbewohner der Insel, Indianer, nannten sie zu jener Zeit Borinquén. Die spanische Kolonisierung

der Insel zu Beginn des 16. Jahrhunderts, die von der Ausrottung der 60 000köpfigen Eingeborenenbevölkerung begleitet war, führte bald zum nahezu völligen Verschwinden der Indianer. Im Jahre 1797 zählte man auf Puerto Rico nicht einmal 2000 Indianer. Die Insel wurde mit Spaniern und afrikanischen Negerklaven besiedelt.

Die unbeschränkte Machtherrschaft der spanischen Militärgouverneure dauerte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, als die Bevölkerung Puerto Ricos die ersten Siege im Befreiungskampf errang. Zu jener Zeit unterhielt die Insel verhältnismäßig rege Handelsbeziehungen zu vielen Ländern Europas und Südamerikas, denen sie im Austausch gegen fremde Waren Kaffee, Früchte, Zucker, Tabak und die verschiedensten Gewürze verkaufte.

Unter dem Druck der Volksbewegung wurde Puerto Rico im Februar 1898 eine autonome Verwaltung verliehen. Acht Monate später aber drangen die amerikanischen Imperialisten auf die Insel ein und „befreiten“ sie vom spanischen Joch. An die Stelle der spanischen Zwingherrschaft trat die Unterdrückung durch die USA-Truste. Die Invasion war von plumper und heuchlerischer Propaganda begleitet, die die imperialistischen Ziele der Kolonisatoren verhüllen und den Widerstand der Bevölkerung gegen die Okkupanten schwächen sollte. Generalmajor Nelson A. Miles, der Befehlshaber der USA-Landungstruppen in Puerto Rico, erklärte, die USA-Truppen kämen einzig als „Bannerträger der Freiheit“ und es sei ihr alleiniges Ziel, den Inselbewohnern „die Segnungen der liberalen Einrichtungen unseres Staates“ zu schenken. Wie diese Versprechen erfüllt wurden, zeigt die Geschichte der fünfzigjährigen Herrschaft der USA-Monopole auf Puerto Rico.

* * *

Puerto Rico ist ein kleines Land. Es hat ein Territorium von nur 8897 Quadratkilometer und zählt 2 113 000 Einwohner. Ihm gehören zwei kleine Inseln, die Vieques und Culebra, auf denen die USA Stützpunkte für ihre Kriegsmarine und ihre Luftstreitkräfte angelegt haben. Unter der weißen Bevölkerung der Insel, die 76 Prozent ausmacht, überwiegen die Nachkommen der spanischen Ansiedler, 20 Prozent der Bevölkerung bestehen aus Negern und Mulatten.

An Bodenschätzen gibt es Gold, Zinn, Silber, Platin, Blei, Nickel, Kupfer, Quecksilber, andere nutzbare Mineralien und hochwertigen Marmor. Die USA hemmten jedoch absichtlich die Entwicklung der Industrie dieser Insel, da sie sich Puerto Rico als Kolonialanhängsel, als Lieferanten billiger Rohstoffe erhalten wollten.

Die Zuckertruste der USA verkrüppelten die Wirtschaft des Landes. Als die Amerikaner in Puerto Rico eindringen, war der Kaffeeanbau die Grundlage der Volkswirtschaft, zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung wurden aber auch Nahrungsmittel erzeugt. Der Anteil der Zuckerrohrfelder an der bebauten Fläche betrug höchstens 15 Prozent. Die USA-Monopole machten auf ihrer Profitjagd die Insel zu einer einzigen Plantage für billiges Zuckerrohr. Sie taten alles Erdenkliche, um sich die Bevölkerung Puerto Ricos für immer tributpflichtig zu machen und in ihr einen ständigen Erzeuger von Rohstoffen und einen Konsumenten amerikanischer Industrie- und Landwirtschaftswaren zu haben.

Nachdem die amerikanischen Zuckergesellschaften 50 000 Landwirte von der Scholle vertrieben hatten, bemächtigten sie sich der besten Landflächen in den fruchtbaren Niederungen. Trotz äußersten Landmangels kamen über 100 000 Acre in die Hände von Leuten, die entweder überhaupt niemals auf der Insel waren, oder sie nur selten zur Inspektion ihrer Besitzungen besuchen, aus denen sie gewaltige Einkünfte beziehen.

Nach der Zählung von 1940 gibt es im Lande 55 200 Bauernwirtschaften, aber 42 Prozent des nutzbaren Bodens gehören den Großplantagenbesitzern, die mit vier Zuckertrusten der USA und einigen Banken verbunden sind. Der gesamte bestellte Boden wird von Zuckertrusten aus der Morganfinanzgruppe kontrolliert. Diese betreiben ihre Politik der Knechtung der Bauernschaft und der Landarbeiter mit Hilfe von rund 20 reichen Gutsbesitzerfamilien der Insel. Der Hauptteil der Bauernschaft bildet, jeden Landbesitzes bar, Reserven an billiger Arbeitskraft, die auf den Zuckerplantagen und in den wenigen Industrieunternehmen aufs rücksichtsloseste ausgebeutet wird. John Hawes schreibt in der Zeitschrift „Reader's Scope“:

„Wir haben die Wirtschaft Puerto Ricos, die auf seinem Exporthandel begründet war, in echt imperialistischer Weise zerstört... Wir haben uns eines Landes bemächtigt, das im Begriffe war, seine Wirtschaft auf der Grundlage eines mannigfaltigen Exports in zahlreiche Länder zu entwickeln... Wir haben systematisch um der Steigerung der Zuckerlieferung willen die Produktivkräfte des Landes zerstört und es zu einer Monokulturwirtschaft verurteilt.“

Die USA-Monopole widersetzen sich sogar der Entwicklung von Raffinerien auf der Insel. Nach einem 1948 auf Drängen der Zuckertruste angenommenen USA-Gesetz ist für Puerto Rico eine Quote für Zuckerausfuhr nach den USA in Höhe von 910 000 Tonnen festgesetzt worden; es ist jedoch ausdrücklich vorgesehen, daß davon nur 126 000 Tonnen Zucker raffiniert sein dürfen. Der übrige Zucker muß als Halbfabrikat zur Weiterverarbeitung in den USA-Fabriken selbst geliefert

werden. Es ist ermittelt worden, daß das Volkseinkommen Puerto Ricos allein durch diese Machenschaften jährlich um 20—30 Millionen Dollar verringert wird und daß über 4000 Einwohner Puerto Ricos durch sie zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind.

Die Obstmagnaten Kaliforniens und Floridas haben, bestrebt, sich vor Konkurrenz zu schützen, Bestimmungen durchgesetzt, die die ausgezeichneten Apfelsinen, Grapefruits und Zitronen Puerto Ricos als „untauglich“ für den Import in die USA erklären. Die amerikanischen Großimporteure von Brasilien- und Guatemalakaffee, die ihre Position als Monopolbesitzer verteidigen, haben den Kaffee aus Puerto Rico vom USA-Markt verdrängt.

So ist die Bevölkerung der Insel zu Arbeitslosigkeit und Hunger verurteilt. José Lameiro, ein Sozialpolitiker aus Puerto Rico, schreibt:

„Die nordamerikanische Regierung wiederholt in Puerto Rico die gleichen Methoden zur Ausrottung des Volkes, die sie auf dem Festland gegen die Indianer anwandte. Zuerst unterdrückte sie ihren Widerstand mit Waffengewalt, dann beraubte sie sie der Existenzmittel... Es ist ganz offensichtlich, daß das unbotmäßige Volk, unter die Herrschaft des USA-Reiches gelangt, im Schatten des Sternenbanners dahinsieht und ausstirbt.“

* * *

„Wunderbares Klima, blauerster Himmel, 300 Meilen herrlichsten Strandes“, „Ein Paradies für den Fremdenverkehr“, mit diesen Worten wird das Land von bunten Plakaten wohlhabenden Globetrottern angepriesen.

Der reiche Vergnügungsreisende kommt auf einem komfortablen Dampfer über die tropische See in die Inselhauptstadt San Juan. Die herrliche Tropennatur und das Hotel „Condado“, von einem New Yorker Kohlen- und Eisenbahnmagnaten als Wintersanatorium für seine mit dicken Scheckbüchern versehenen Landsleute erbaut, bestärken den Fremden in der Ansicht, daß die Insel blühe und gedeihe. Das Hotel liegt außerhalb der Stadt, weit weg von den aus Holzkästen und Blechkisten zusammengeschlagenen kläglichen Behausungen. Der Gast ist entzückt vom Strand, dem Escambrón Beach, wo noch weitere moderne Hotels und Cocktailbars, Spielhöhlen, der Klub der hiesigen vornehmen Welt, das Kasino und luxuriöse Badeanlagen liegen. Nachdem der Fremde aus den Fenstern des Automobils einen flüchtigen Blick auf die schmalen Straßen mit den überfüllten Häusern geworfen hat, in denen die überwiegende Mehrheit der Einwohner der Hauptstadt unter grauerregenden, gesundheitsschädlichen Verhältnissen wohnt, begibt sich der Fremdling auf die Plaza Colón, um das Kolumbusdenkmal zu besichtigen. Dann schickt man ihn in die Kathedrale, wo er das Grabmal des Konquistadors



Ponce de León betrachtet. In der Oberstadt von San Juan sieht der Vergnügungsreisende die reichen Villen der USA-Millionäre, all dieser Zuckerfabrikbesitzer und Bankiers, Textil- und Spirituosenmagnaten. Einige Villen sind im neuenglischen Kolonialstil erbaut, andere im Stil der „Kansas-Renaissance“. Schließlich kehrt der Gast nach Besichtigung der Residenz des Gouverneurs, La Fortaleza genannt, und der altertümlichen Festung El Morro oder des San Cristóbal-Forts, in dem eine USA-Garnison liegt, nach New York oder Chicago, nach Detroit oder Kansas-City zurück, durchaus befriedigt von seiner Vergnügungsreise.

Das wirkliche Leben Puerto Ricos hat aber mit der auf Anlockung reicher Besucher berechneten kitschigen Reklame der Reisebüros nicht das geringste gemein. Der Korrespondent der Agentur „Federated Press“ Richard Sasuly warnt:

„Wenn Sie hierherkommen, entfernen Sie sich nicht zu weit vom Strande. Sonst könnte ein Bewohner Puerto Ricos direkt vor Ihren Augen ohnmächtig hinfallen. Sollte dies passieren, so besteht der einfache Grund im Hunger. Puerto Rico hat mehr als 2 Millionen Einwohner, und die meisten von ihnen sind am Verhungern...“

Die Bevölkerung fristet ein Elendsdasein. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters auf der Insel beträgt 108 Dollar im Jahr. Ein Landarbeiter, der saisonweise (in der Regel nur vier Monate im Jahr) auf einer Zuckerplantage beschäftigt ist, erhält 5 Dollar die Woche. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Preise für Brot, Reis und

andere Lebensmittel sowie Industriewaren des Massenbedarfs in Puerto Rico noch viel höher sind als selbst in den USA.

Massenarbeitslosigkeit ist in Puerto Rico eine ständige Erscheinung. Obwohl es nach den amtlichen Angaben, die der USA-Delegierte der UNO vorlegte, in Puerto Rico „nur“ 65 000 Arbeitslose gibt, irren in Wirklichkeit 200 000—300 000 Arbeiter und Saisonlandarbeiter auf ständiger Arbeitssuche über die Insel.

Erwerbslosigkeit, Elend, Hunger, Seuchen und Krankheiten — das hat der USA-Imperialismus dem Volke Puerto Ricos gebracht. Es ist höchst kennzeichnend, daß selbst der Bericht der USA-Regierung an die UNO vom vorigen Sommer, ein Bericht, der die Lage der abhängigen Territorien und Kolonien der USA im günstigsten Lichte schildert, zugeben mußte, daß die Bevölkerung Puerto Ricos „chronisch unterernährt“ ist. Im Bericht heißt es:

„Eine erschreckend große Anzahl von Leuten, die an Unterernährung leiden, wendet sich an die Sanitätsstellen.“

Hier wäre hinzuzufügen, daß der Bevölkerung auch keine ärztliche Hilfe gewährleistet wird, da es auf der Insel, wie im Bericht selbst zugegeben werden muß, an Ärzten, Krankenschwestern und Spitalbetten fehlt. Das Land leidet an Bodenerschöpfung sowie Wassermangel. Diarrhöe, Darmentzündungen, Schwindsucht, Malaria und Geschlechtskrankheiten sind weit verbreitet...

Nach Presseberichten ist der Prozentsatz der Tuberkulosekranken in Puerto Rico zehnmal höher als im Staate Nordkarolina und die Kindersterblichkeit (besonders aber die Säuglingssterblichkeit) zwanzigmal höher als in den USA.

Auf der Suche nach Verdienst und Brot wandern zehntausende Einwohner Puerto Ricos alljährlich nach den Vereinigten Staaten aus, insbesondere in die finsternen Elendsviertel von New York, wo sie ihr trauriges Dasein weiterfristen. Um sich davon zu überzeugen, genügt es zu sehen, unter welch furchterlichen Verhältnissen 400 000 solcher Auswanderer im Unteren Harlem, im untern Teil von Ost-Bronx und in den anliegenden Bezirken wohnen. In halberfallenen Häusern hausen in schmutzigen kleinen Zimmern je 3—4 Familien. Vom ersten Tag ihres Aufenthalts in den USA verfolgt sie die Rassendiskriminierung. Die langen Monate der Suche nach Verdienst enden bestenfalls damit, daß sie eine schwere, schlechtbezahlte Arbeit finden. Die Zehntausende, die aus Puerto Rico nach New York kommen, füllen ständig die ohnehin wachsende Arbeitslosenarmee auf.

Der USA-Journalist Willard Price schildert in seinem neuen Buch „Streifzug südwärts: vom

Rio Grande bis Patagonien“ (Roving South: Rio Grande to Patagonia) einige seiner Eindrücke, die er beim Besuch Puerto Ricos gewann. Price lernte die Wirtschaftslage dieser USA-Kolonie nur flüchtig kennen und wurde doch von Schrecken ergriffen; er kommt zu der Schlußfolgerung, daß selbst eine massenhafte Auswanderung die Bevölkerung nicht vor dem Hunger retten könnte. Nach langen Ergüssen über das hoffnungslose Schicksal dieses vom Dollarreich versklavten Volkes schlägt der Verfasser zynisch eine Lösung vor: weitgehendste Geburtenbeschränkung zwecks künstlicher Herabsetzung der Bevölkerungszahl. Price weist darauf hin, daß auf Tahiti seinerzeit zum Kampf gegen das Elend der Kindermord angewendet wurde, und schreibt dann, kühl bis ans Herz hinan:

„Das war vielleicht nicht ganz der richtige Weg... Aber es hat keinen Sinn, die Tatsache zu verkennen, daß die ausschlaggebende und endgültige Antwort in einer Geburtenregelung besteht.“

Die amerikanischen Geschäftsleute haben übrigens anderes zu tun, als sich den Kopf über solche kannibalischen Ideen zu zerbrechen. Sie sind es gewöhnt, Puerto Rico als ein Gebiet zu betrachten, wo sie ihr Kapital vorteilhaft anlegen können. Das Antreibersystem, die Bettelöhne und die ungeheure Arbeitslosenarmee locken in letzter Zeit viele USA-Industrielle, die vom Vorgefühl der Wirtschaftskrise erfaßt sind, nach Puerto Rico. Sie hoffen, sich hier verschanzen und sich mit Hilfe weitgehender Senkung der Gestehungskosten ihrer Erzeugnisse durch Ausbeutung der örtlichen Bevölkerung über Wasser halten zu können, wenn die „schwere Zeit“ anbricht.

Voriges Jahr fand sich in einem Luxusviertel der Inselhauptstadt, im Bankierklub von San Juan, eine kleine Gruppe amerikanischer Fabrikanten und Bankiers zusammen. Ein Industrieller, der beschlossen hatte, einige seiner Textilfabriken in Neuengland zu schließen und sie nach Puerto Rico zu verlegen, brachte einen Toast auf die Erfolge des amerikanischen Busineß in Puerto Rico aus und sagte:

„Diese Insel ist wohl der letzte Zufluchtsort des freien Unternehmerteistes. Ich kenne kein anderes Gebiet in der Welt, wo ein Geschäftsmann so viel aus seinem Geld herausholen könnte...“

Die Agenten der USA-Monopole in der gesetzgebenden Versammlung von Puerto Rico haben tatsächlich aus diesem Land ein wirkliches Paradies für die Truste und Korporationen der Wall Street gemacht. Den USA-Industriellen werden auf Kosten der lokalen Finanzen Subsidien für den Bau neuer Unternehmen gewährt. Ihre Handelstätigkeit ist auf 12 Jahre voraus von allen und jeglichen Steuern befreit.

Die USA-Propaganda macht in letzter Zeit viel Aufhebens vom Programm der „Industrialisierung“ Puerto Ricos. Da aber schon 8 Jahre vergangen sind, seitdem dieses Programm in Angriff genommen wurde, ist es angebracht, ein gewisses Fazit zu ziehen. Nach Angaben, die Ende Mai in die USA-Presse gedrungen sind, leitet die von der Regierung gegründete Gesellschaft für industrielle Entwicklung (Industrial Development Co.) jetzt fünf Fabriken mit einer Gesamtanzahl von ... 992 Arbeitern. Alle diese Fabriken arbeiten mit großer Unterbelastung, nur wenige Tage in der Woche, da sie nicht instande sind, mit den völlig zollfrei nach Puerto Rico eingeführten Erzeugnissen der USA-Monopole zu konkurrieren.

Man muß auch die sogenannte Boden„reform“ erwähnen, die vor einigen Jahren unter großem Lärm verkündet wurde. Mit Hilfe der von den USA-Trusten ans Ruder gebrachten „Volks“-partei beabsichtigten die Wall-Street-Vertreter von Anfang an, die „Reform“ zur eigenen Bereicherung auszunutzen. Wie jetzt schon völlig klar ist, läuft das ganze Vorhaben darauf hinaus, daß die Zuckertruste die unfruchtbarsten Parzellen aus ihrem Bodenbesitz zu märchenhaft hohen Preisen verkaufen. Die wenigen Bauern, denen es gelang, sich ein Stückchen Land anzuschaffen, gerieten in noch knechtendere Abhängigkeit von den Zuckertrusten als vor der „Reform“.

Ebenso sieht auch die im vorigen Jahr durchgeführte „politische Reform“ aus, durch welche die Insel ein marionettenhaftes Regierungshaupt erhielt, das, vom Kolonialstatus an Händen und Füßen gebunden, ganz im Dienste der Zuckermonopole steht.

Die von den USA eingesetzten Kolonialbehörden versuchen, das nationale Selbstbewußtsein des Volkes zu ersticken. Sie vernichten die nationale Kultur. Die spanische Sprache, viereinhalb Jahrhunderte lang und auch heute noch die Umgangssprache der Bevölkerung Puerto Ricos, wird ausgemerzt. Fast in allen Schulen wird englisch unterrichtet.

Die Bevölkerung leistet der Amerikanisierung hartnäckigen Widerstand.

* * *

Das sind die Verhältnisse, unter denen sich der Kampf der Bevölkerung Puerto Ricos um ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte, um Freiheit und Unabhängigkeit entfaltet. Im zweiten Weltkrieg, als 150 000 Bürger Puerto Ricos den Streitkräften der USA angehörten und der Insel Unabhängigkeit versprochen wurde, hat sich dieser Kampf merklich verstärkt. Das Versprechen wurde nicht gehalten. Im Gegenteil, die Schraube des Kolonialregimes wurde noch fester angezogen.

Im Februar dieses Jahres besuchte Präsident Truman die Inselhauptstadt. Damals fanden im Karibischen Meer große Manöver der USA-Kriegsmarine statt, für die Puerto Rico einer der wichtigsten Stützpunkte in der westlichen Hemisphäre ist. Der Präsidentenbesuch war von dem üblichen Pomp begleitet: es gab Empfänge, Festreden, Begrüßungsansprachen. Der Tag, an dem Truman eintraf, wurde zum Feiertag erklärt. Die ganze Polizei der Insel war in der Hauptstadt zusammengezogen worden. Aber trotz aller Vorsichtsmaßnahmen organisierte die Bevölkerung eine antiimperialistische Demonstration, an der sich die Arbeiter, Studenten und andere Intellektuellen beteiligten. Die Demonstranten forderten Unabhängigkeit, protestierten gegen die Kriegspropaganda und den Marshallplan, gegen die Einmischung der USA in die Angelegenheiten der Länder Lateinamerikas.

Die Unabhängigkeitsbewegung hat alle Städte und selbst die entferntesten Dörfer der Insel erfaßt. Am 50. Jahrestag der Invasion der USA-Truppen in Puerto Rico berief die kürzlich gebildete Unabhängigkeitspartei — Partido Independista — im Stadion einen imposanten Kongreß ein, dem 15 000 Delegierte aus mehreren hundert Ortschaften beiwohnten. Es wurde ein fortschrittliches Programm angenommen, in dem eine wirkliche Bodenreform und Entwicklung der Industrie verlangt werden. Der Kongreß forderte die Unabhängigkeit Puerto Ricos.

Die für die Unabhängigkeit kämpfenden Organisationen veranstalteten in Rio Piedras eine Kundgebung, an der nicht weniger als 50 000 Ortseinwohner und Bauern aus den nahe liegenden Dörfern teilnahmen. Zur gleichen Zeit wurden stark besuchte Kundgebungen in Mayaguez, Ponce, Aguadilla, Santurce und anderen Städten abgehalten.

Die Kommunistische Partei Puerto Ricos, die trotz härtesten Repressalien und Terror heldenmütig um die Befreiung ihres Landes vom Kolonialjoch kämpft, spielt eine hervorragende Rolle im Kampf für die Unabhängigkeit. Die Kommunistische Partei unterstützt die Partido Independista und deren fortschrittliche Forderungen.

Im Jahre 1948 zog eine Streikwelle über die ganze Insel. Die Arbeiter der Zuckerplantagen und zahlreicher Industrieunternehmen traten in den Ausstand. Im Sommer streikten 8000 Hafenarbeiter, wodurch die ganze Schifffahrt stillgelegt wurde.

In diesem Jahr nahm die Streikbewegung einen noch größeren Aufschwung. Im März entbrannte ein Streik von 150 000 Arbeitern aller

Zuckerplantagen der Insel; die Streikenden verlangten Erhöhung des Hungerlohns und Verbesserung der außerordentlich schlimmen Arbeitsbedingungen.

Die studierende Jugend beteiligt sich aktiv an der antiimperialistischen Bewegung. Als im vorigen Jahr 6000 Studenten der Hauptstadt einen Streik organisierten, drangen 500 Polizisten mit Tränengasbomben in die Universität ein. Siebzig Studenten wurden verhaftet und 300 relegiert. Die Universität wurde bis zum Ende des Unterrichtsjahrs geschlossen. Das neue Unterrichtsjahr begann unter Aufsicht von Polizeiposten.

Die USA-Imperialisten haben die unter dem Kolonialjoch ächzende Inselbevölkerung in Eisen geschlagen.

Die Lage Puerto Ricos zeigt anschaulich, was die sogenannte Entwicklung der rückständigen Gebiete der Welt, die zu einem Hauptpunkt des außenpolitischen USA-Programms proklamiert wurde, in der Praxis bedeutet. Puerto Rico ist seit 50 Jahren eine Kolonie der USA. Diese Kolonie wird mit rein imperialistischen, unbarmherzigen Raubmethoden ausgebeutet. Und gerade diese Methoden sind es, die das USA-Kapital auf die ganze Kolonialwelt ausdehnen will.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Warum sie über die Sowjetstatistik erbost sind

Die Sowjetstatistik wirkt auf die Propagandisten der „amerikanischen Lebensweise“ ungefähr so, wie rotes Tuch auf einen Stier. Die USA-Presse und der amerikanische Rundfunk ziehen immer wieder gegen die Sowjetstatistik zu Felde.

Was ist denn so schlecht an dieser Statistik? Anscheinend mißfällt es den amerikanischen Geschäftemachern an der Börse, in der Politik und in der Presse vor allem, daß die Sowjetstatistik das rasche Tempo des Wachstums der sozialistischen Wirtschaft, ihren planmäßigen und mächtigen Aufschwung widerspiegelt. Diese Erfolge heben sich ja besonders ausdrucksvoll vom Wirtschaftschaos der kapitalistischen Welt mit ihrem gescheiterten Marshallplan und ihrer Währungsrauferei ab.

Aber über diese wirkliche Ursache ihrer Unzufriedenheit sprechen die amerikanischen Journalisten und Rundfunkkommentatoren natürlich nicht. Sie suchen die Sowjetstatistik anzuschwärzen: warum, fragen sie, gibt diese Statistik das Wachstum der Produktion meistens in Prozenten an? Wo, sagen sie, seien die „absoluten Zahlen“?

Die in diesem Zusammenhang üblichen Gehässigkeiten gaben die Kommentatoren der „New York Times“ und der „Stimme Amerikas“ zu ein und derselben Zeit von sich, als das UNO-Sekretariat den Bericht über die Weltwirtschaftslage im Jahre 1948 und im ersten Kalenderviertel von 1949 veröffentlichte, der unter anderem auch die Wirtschaftskennziffern der Sowjetunion enthält. Beide Kommentatoren sind

höchst unzufrieden damit, daß die Sowjetwirtschaft die Wirtschaft der marshallisierten Länder weit hinter sich zurückläßt. Sachlich können sie gegen diese feststehende Tatsache nichts einwenden. Also stürzen sie sich auf die Statistik: man möge ihnen die „absoluten Zahlen“ her-schaffen.

Wollte man für einen Augenblick annehmen, daß die Herren der „Stimme Amerikas“ oder die Aktionäre der „New York Times“ wirklich am Studium der Sowjetwirtschaft interessiert wären, so könnte man sie daran erinnern, daß außer den Prozenten, die das rasche Tempo des wirtschaftlichen Wachstums der Sowjetunion außerordentlich klar veranschaulichen, viele durchaus amtliche und höchst interessante „absolute Zahlen“ veröffentlicht worden sind. Hier einige Beispiele: in den Jahren 1946, 1947 und 1948 sind in der Sowjetunion gegen 4000 staatliche Industrieunternehmen errichtet oder wiederhergestellt und in Betrieb genommen worden; in den gleichen Jahren sind in den ländlichen Ortschaften über 1 600 000 Wohnhäuser aufgebaut oder wiederhergestellt worden; im Jahre 1948 wurden die Anbauflächen im Vergleich zum Vorjahr um 13,8 Millionen Hektar ausgedehnt; im Jahre 1948 absolvierten 122 000 junge Fachleute die Hochschulen, 20 000 mehr als 1940.

All das sind absolute Zahlen. Und wenn aus Erwägungen der staatlichen Sicherheit keine Angaben über die Herstellung dieser oder jener Arten von Erzeugnissen in absoluten Zahlen

veröffentlicht werden, so ist doch jedem vernünftigen Menschen begreiflich, zu welchem Zweck sich die Kreise, die sich offen mit der Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion befassen, für solche Angaben interessieren. Das wäre ad eins. Ad zwei aber zeigen Berechnungen in Prozenten mit der größtmöglichen Exaktheit das Grundlegende und Wichtigste: die Richtung, in der sich die Wirtschaft entwickelt, das Tempo, in dem sie wächst. In dem gleichen Bericht des UNO-Sekretariats wird ein erstaunlicher Kontrast zwischen dem Wachstumstempo der Industrieproduktion in der Sowjetunion und dem in den USA festgestellt.

Sowjetindustrie: der Umfang der Gesamtproduktion übertraf 1948 den Stand von 1947 um 27 Prozent; USA: der Zuwachs der industriellen Produktion machte 1948 gegenüber 1947 insgesamt 3 Prozent aus.

Im ersten Vierteljahr 1949 sank die Industrieproduktion in den USA um 5 Prozent, während sie in der Sowjetunion um 23 Prozent stieg!

Es wäre natürlich naiv, wollte man annehmen, daß irgendwelche Angaben, die, sei es in absoluten Zahlen oder in Prozenten, die Erfolge der sozialistischen Wirtschaft und das Wachstum des materiellen Wohlstandes der Sowjetbevölkerung charakterisieren, die Kommentatoren der „New York Times“ und der „Stimme Amerikas“ zufriedenstellen könnten. Das Ziel dieser Kommentatoren besteht gar nicht darin, die Amerikaner wahrheitsgetreu über das Sowjetland zu informieren, sondern ganz im Gegenteil darin, das Sowjetland zu verleumden. Beliebige Angaben über die Erfolge der Sowjetwirtschaft rufen die Wut der amerikanischen Reaktion hervor, denn diese Angaben veranlassen unvermeidlich Millionen einfache Menschen zu Vergleichen, die für die kapitalistische Wirtschaft nicht vorteilhaft ausfallen.

Ist es nicht bemerkenswert, daß die „New York Times“ und die „Stimme Amerikas“ am meisten darüber erbost sind, daß es in der Sowjetunion keine Arbeitslosigkeit gibt? Allein diese Tatsache wirft den komplizierten Aufbau von Falschmeldungen über den Haufen, die die Propa-

gandisten der „amerikanischen Lebensweise“ aufstürzen.

Die Kavallerieattacken gegen die Sowjetstatistik im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des UNO-Berichtes über die Weltwirtschaftslage wurden zur gleichen Zeit geritten, zu der der Bericht des Präsidenten Truman an den USA-Kongreß über die Wirtschaftslage im Lande erschien. Dieser Bericht ist im Ton des amtsmäßigen Optimismus eines Politikers gehalten, der hartnäckig seine Augen vor den recht häßlichen Tatsachen verschließt. Der Präsident versichert, daß er ruhig in die Zukunft blicke. Aber in seiner für die Amerikaner bestimmten Information über die Wirtschaftslage nannte Truman keine Zahlen, weder absolute Größen noch Prozente, die bekräftigen könnten, daß seine Versicherungen begründet wären.

Die prägnanteste der in seinem Bericht angeführten Zahlen sind die 3,2 Millionen Arbeitslosen. Prägnant ist diese Zahl vor allem deswegen, weil sie gefälscht ist. In Wirklichkeit kommt die Zahl der völlig oder teilweise Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten der Zahl weit näher, die die USA-Gewerkschaften nennen, nämlich 15 Millionen.

Trumans Bericht wird die Unruhe, die der einfache Amerikaner wegen der um sich greifenden Wirtschaftskrise empfindet, in keiner Weise besänftigen. Dieser Bericht kann die Unruhe nur verstärken, denn er zeigt, daß die USA-Regierung eher bestrebt ist, die Gefahr zu vertuschen, als irgendwelche wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, um der Hauptmasse der werktätigen Bevölkerung, die unmittelbar unter den Folgen der Krise zu leiden haben wird, ihr Schicksal zu erleichtern.

Deswegen sind die amerikanischen Reaktionäre auch so erbost, wenn sie die sowjetische Wirtschaftsstatistik sehen. Diese Statistik erinnert sie unbarmerzig daran, wie verschiedenartig die Perspektiven sind, die sich vor der Wirtschaft des Kapitalismus und vor der Wirtschaft der sozialistischen Welt eröffnen.

N. Sergejew

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Eine Erzählung vom chinesischen Dorf

J. SWETLOW und M. UKRAINEZEW

ZU den literarischen Neuerscheinungen des demokratischen China gehört Tschaoschulis Erzählung „Die Veränderungen in Likiatschueng“*. Tschaoschuli ist ein junger Schriftsteller. Im Jahre 1943 erschien seine erste Novelle „Die Hochzeit des jungen Erhei“. Dann schrieb er eine Erzählung, betitelt „Die Mär des Lijoutsai“. Beide Werke haben den Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer, für die Bodenreform, für die demokratische Umgestaltung des chinesischen Dorfs zum Thema.

Tschaoschulis neue Erzählung umfaßt einen weiten Fragenkreis. In künstlerischer Form schildert der junge Schriftsteller wahrheitsgetreu die Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des chinesischen Volks während der letzten 15 Jahre. Die Bedeutung der Erzählung besteht nicht nur darin, daß sie das reaktionäre Wesen des Kuomintangregimes entlarvt und die gewaltige schöpferische Tätigkeit der Kommunistischen Partei Chinas zeigt, sondern auch darin, daß sie mit großer künstlerischer Wahrhaftigkeit dem Leser vor Augen führt, wie das Bewußtsein des chinesischen Volks erwacht und seine politische Aktivität zunimmt. Die Erzählung gibt eine Vorstellung von dem komplizierten Prozeß, in dem sich die sittlichen Wesenszüge der Menschen des demokratischen China ausprägen.

Der Verfasser hatte sich die Aufgabe gestellt, ein Buch zu schreiben, das den Leser das wirklich moderne China gewahren und empfinden läßt. Diese Aufgabe hat Tschaoschuli gelöst. Seine Erzählung rückt das heutige Leben und den heutigen Kampf des chinesischen Volks dem Leser tatsächlich in fühlbare Nähe. Einen wichtigen Schlag versetzt der Verfasser den pseudowissenschaftlichen Erdichtungen reaktionärer westeuropäischer „Chinakenner“ über den „rätselhaften Charakter“ des chinesischen Volks, über dessen angeblich traditionellen Konservatismus, über seine „instinktive Antipathie gegen alles Neue“ und über die Trägheit Chinas.

Tschaoschulis Erzählung hat in den literarischen Kreisen des demokratischen China hohe Anerkennung gefunden. Der Kritiker Tschaujang schreibt, diese Erzählung sei eine große Errun-

genschaft der Belletristik des befreiten China und zeige das Leben des modernen China wie in einem Spiegel.

Die Erzählung beginnt mit der Darstellung des Lebens und Treibens in dem Dorf Likiatschueng, Provinz Schansi. Das ist ein einfaches chinesisches Dorf, wie es ihrer viele Tausende gibt. Die Handlung spielt sich drei Jahre vor dem Beginn der japanischen Aggression ab.

Eine Reihe Episoden zeigt die Willkür und das gesetzwidrige Verhalten der Gutsbesitzer, Großbauern und Kuomintangbürokraten sowie die Rechtlosigkeit der Bauernmassen.

Im Dorf findet eine Gerichtsverhandlung statt. Der Gutsbesitzer Lijutschen hält mit seinen Spießgesellen sowie einer Rote von Großbauern und Wucherern Gericht über den Bauern Wengtiesso, weil dessen Frau einen Baum gefällt hat, der angeblich Litschikan, einem Vertrauten des Gutsbesitzers, gehörte. Obwohl es ganz offensichtlich ist, daß der Baum Wengtiessos Eigentum gewesen war, verurteilt der Gutsbesitzer ihn zu einer unmaßigen Strafe. Seine vom Vater ererbte Parzelle kommt unter den Hammer, Litschikan eignet sich das baufällige Häuschen an. Dramatisch bewegt beginnt die Geschichte vom Leben und von den Irrfahrten des ruinierten Bauern.

Wengtiesso ist die Hauptfigur der Erzählung. Der Verfasser hebt mehrmals hervor, daß er in China „hunderte Millionen solcher Wengtiessos“ gesehen hat. Die Gestalt dieses Bauern ist symbolisch. Sein Leben ist für Chinas einfache Menschen typisch.

Wengtiesso macht viel durch, nachdem er gezwungen worden war, das Heimatdorf zu verlassen. Überall sieht er Leid und Elend. Er fängt an, über seine Umgebung nachzudenken, träumt von einem besseren Leben, weiß jedoch nicht, wie man es erreicht. Als der gehetzte, gepeinigte, hungrige Wengtiesso zu dem Schluß kommt, daß das „Leben zu Ende sei“, begegnet er in Taijüen, der Hauptstadt der Provinz Schansi, dem jungen Kommunisten Tschang. An ihn wendet er sich mit der Frage:

„Was ich ganz und gar nicht begreifen kann: wie kommt es, daß dem Lijutschen nichts etwas anhaben kann? Warum kommt dieser Sanje für seine ungesetzlichen Handlungen nicht vor Gericht, sondern ist im Gegenteil ein großer Herr? Oder solche Leute

* Tschaoschuli: Likiatschuengdi bjantsjan. 1948. Verlag Talian-tatschungshufen.

wie Tschungsi und sein Bruder Sjaosi. Die kommen immer trocken aus dem Wasser, alle ihre schmutzigen Geschäfte vertragen sich mit dem Gesetz. Noch ein Beispiel: dieser Banditenhüptling, der aus Honan gekommen ist und den man nicht festnimmt und nicht ins Gefängnis setzt, sondern im Gegenteil wie einen Ehrengast behandelt?... Sind etwa die ganz oben auch so?"

„Das ist es ja eben“, sagt Tschang. „Wenn denen keiner von da oben unter die Arme griffe, könnten sie ihre Gesetzwidrigkeiten ja nicht begehen. Man muß dies ganze Pack, das sich auf Gewalt stützt und das Volk bedrückt, hinunterstoßen, stürzen, wir einfachen und ehrlichen Menschen jedoch müssen Herr unseres Lebens werden. Dann wird es bei uns Wahrheit und Gerechtigkeit geben.“

„Aber wer kann sie hinunterstoßen?“ fragt Wengtiesso verwundert.

„Wir selber“, erwidert Tschang. „Wir müssen nur gemeinsam vorgehen, alle wie ein Mann. Die da oben sind ja nur eine winzige Minderheit.“ (S. 38/39.)

Die Begegnung mit Tschang hinterließ in Wengtiessos Bewußtsein untilgbare Spuren. Er sah, daß die Kuomintangbehörden die Kommunisten verfolgen, weil diese dem Volk die Wahrheit sagen und ihm den Weg zur Befreiung aus Knechtschaft und Elend weisen. Nach seiner Rückkehr ins Heimatdorf erzählt Wengtiesso den Bauern von dem, was Tschang ihm gesagt hat.

Damals wütete die Kuomintangreaktion in China.

„Überall wurde befohlen, die Bekämpfung der Kommunisten zu verstärken. In dem Befehl hieß es: ‚Lieber versehentlich tausend Menschen aus dem einfachen Volk töten, als einen einzigen Kommunisten laufen lassen.‘ Der Kreisvorsteher wurde, als er diesen Befehl erhalten hatte, förmlich toll, Polizei und Sondertruppen zur Bekämpfung der Kommunisten schnüffelten überall herum und verhafteten alle, die verdächtig waren. Fanden sie bei irgend jemand ein paar alte Kupfermünzen, ein Drahtbündel, irgendein Spiegelchen von ungewöhnlicher Form oder sonst etwas in dieser Art, so erklärten sie unverzüglich, die Kupfermünze, der Draht oder das Spiegelchen seien ein kommunistisches Geheimzeichen. Bei wem man solche ‚Zeichen‘ fand, dem erging es übel.“ (S. 56.)

Die Bauern des Dorfes Likatschueng weigerten sich, mit den sogenannten „antikommunistischen Volkstruppen“ gemeinsame Sache zu machen. Wengtiesso und viele andere wurden prokommunistischer Gesinnung bezichtigt und ins Gefängnis geworfen.

Es verging ein Jahr. Der Krieg gegen die japanischen Landräuber begann. Die Kommunistische Partei gab die Parole aus, eine einheitliche antijapanische Nationalfront zu schaffen. Unter dem Einfluß der wachsenden politischen Aktivität der Volksmassen war die Kuomintang genötigt, auf die Zusammenarbeit einzugehen.

Der Kommunist Tschang, der ebenso wie Wengtiesso das letzte Jahr im Gefängnis zugebracht hatte, gelangte in das Dorf Likatschueng. Zusammen mit Wengtiesso, Lengjwan, Paigou und

anderen Armbauern organisierte er Hilfeleistungen für die Front. Der Kampf gegen die japanischen Landräuber war für das chinesische Volk, insbesondere für die Bauernschaft, eine grandiose politische Schule, ein Ansporn besonderer Art, der den Prozeß der Gestaltung einer neuen, progressiven Volksideologie beschleunigte. Dem Volk, so schreibt Tschaoschuli,

„fiel es wie Schuppen von den Augen, und es begann das zu sehen, was es früher nicht hatte sehen können, als es den von den Wänden seiner Elendshütte begrenzten Raum für das Ende der Welt hielt“ (S. 60).

In der Erkenntnis, daß es unmöglich sei, ohne Kampf gegen die feudalen Überreste im Dorf, die die Entwicklung des Landes jahrhundertlang gehemmt hatten, die Abwehr der japanischen Aggression zu organisieren, suchten die Kommunisten eine Erleichterung des Loses der Bauern, insbesondere die Herabsetzung des Pachtzinses und der Wucherzinsen, zu erzielen. Jene Seiten der Erzählung, die die Rolle der Kommunistischen Partei Chinas im Kriege gegen die japanischen Aggressoren sowie bei der Erringung der demokratischen Umgestaltungen für das chinesische Dorf widerspiegeln, sind besonders wertvoll, wenn man all die Lügen, Verleumdungen und Falschmeldungen in Betracht zieht, die von der reaktionären Auslandspresse verbreitet werden. Am Beispiel des Nachkriegslebens im Dorf Likatschueng zeigt der Verfasser, daß die zielbewußte Politik der Kommunisten und ihr durch und durch nationaler Charakter die Herzen von Millionen Menschen magnetisch anzogen.

Die Gutsbesitzer, Großbauern und Kuomintangbürokraten suchten die halbfeudalen Verhältnisse im Dorf zu verankern. Sie widersetzten sich nicht nur den demokratischen Umgestaltungen, sondern auch jedem Versuch, die Bürde der Bauern zu erleichtern. Als die beunruhigten Gutsbesitzer sich wegen der formalen Erklärung der Kuomintangleute, sie unterstützten die von den Kommunisten aufgestellte Lösung einer Herabsetzung der Pacht und der Wucherzinsen, an den Kreisvorsteher wandten, beantwortete dieser ihre Fragen wie folgt:

„Uns wie auch den Verfassern der Erklärung ist es klar, daß das nur leere Worte sind. Die Macht ist ja in unseren Händen. Man muß nachschauen, von welchen Schuldnern sowieso nichts zu bekommen ist, diesen die Zinsen ermäßigen und die Verzeichnisse veröffentlichen. Auf diese Weise werden wir sowohl dem Erlaß nachkommen als auch keinerlei Verluste erleiden.“ (S. 69.)

Der Kampf der Kuomintangleute gegen die Kommunistische Partei hörte auch in den Jahren 1937—1945, während des Krieges gegen die japanischen Landräuber, nicht auf. Während die Kommunistische Partei alle Kräfte zur Organi-

sierung des Volkskampfes gegen den Feind aufbot, unternahmen die Kuomintangarmeen nicht nur keinerlei aktive Kampfhandlungen, sondern versetzten der 8. und der 4. Armee, die die Hauptlasten des Kriegs gegen Japan zu tragen hatten, des öfteren Dolchstöße in den Rücken. All dies spiegelt sich in der hier besprochenen Erzählung deutlich wider.

Die Gutsbesitzer und die Großbauern warteten ganz offen auf den Einzug der Japaner. Als die japanischen Truppen das Dorf kaum eingenommen hatten, setzten Lijutschen und seine Helfershelfer eine blutige Abrechnung mit den Bauern ins Werk und machten sämtliche kleinen Zugeständnisse rückgängig, auf die sie in den ersten Kriegsjahren eingehen mußten. Tschang zog mit einer Gruppe von Dorfkämpfern ins Gebirge und organisierte eine Partisanenabteilung.

Nicht lange herrschten die Japaner und die Gutsbesitzer in Likiatschueng. Aber als die 8. Armee das Dorf befreit hatte, stellte es sich heraus, daß dort kaum die Hälfte der Einwohnerschaft übriggeblieben war. Dem Gutsbesitzer Lijutschen und seinen Helfershelfern gelang es nicht, der Strafe zu entgehen: die Bevölkerung des Dorfs verfuhr mit ihnen, wie sie es verdient hatten. Die Macht lag nun in den Händen des Volks. Wengtiesso wurde zum Vorsitzenden der Kreisleitung gewählt, Paigou zum Dorfältesten von Likiatschueng.

Der Verfasser der Erzählung zeigt, wie aus den vormals rückständigen, unwissenden Bauern allmählich tapfere, selbstbewußte Menschen werden, für die die Staatsinteressen, die Volksinteressen erstrangige Bedeutung gewinnen. Diese neuen Charakterzüge des chinesischen Bauern bildeten sich unter den außerordentlich komplizierten und schwierigen Verhältnissen des nationalen Befreiungskampfes gegen die japanischen Landräuber und gegen die Kuomintangreaktion heraus.

Tschaoschulis Erzählung widerlegt die reaktionären Erdichtungen, die im Ausland jetzt im Schwange sind und denen zufolge der Aufbau der Volksdemokratie in China eine Utopie sein soll. Das Gegenteil ist der Fall. Die Demokratie hat in China eine feste Basis, sie findet beim chinesischen Volk allseitige Unterstützung.

Die Kapitel der Erzählung, die die demokratischen Umgestaltungen im Dorf skizzieren, kann man für die gelungensten erachten. Der Autor hat viel Tatsachenmaterial beigebracht, das die hervorragenden Ergebnisse der demokratischen Umgestaltungen auf dem von der 8. und 4. Armee kontrollierten Territorium, den einmütigen Beistand, den die Bauern den Maßnahmen der demokratischen Behörden zuteil werden ließen, sowie ihre Hilfe an die Volksbefreiungsarmee zeigt.

Großartig sind die Veränderungen, die sich im Leben des Dorfs Likiatschueng nach der Errichtung der Volksmacht vollzogen.

„Das Leben im Dorf verlief in ganz anderer Weise. Bald wurde ein Bauernbund unter Leitung eines Komitees der Dorfarmut geschaffen. Dies Komitee verteilte die bei den Gutsbesitzern, Großbauern und Verrätern beschlagnahmten Ländereien, Vermögenswerte und landwirtschaftlichen Geräte unter den Armbauern und Tagelöhnern. Die ruinierten Bauern, die Boden erhalten hatten, gewannen ihren Mut wieder und begannen menschenwürdig zu leben; sie hatten jetzt zu essen und konnten sich Kleidung zulegen. Der erste Herbst brachte die Angelegenheiten der Bauern vollends ins reine. Sie organisierten eine Genossenschaft und beschlossen nach langer Diskussion, fünf Gruppen gegenseitiger Arbeitshilfe zu gründen, denen fast die gesamte Dorfbewölkerung beitrug. Die Resultate aller dieser Maßnahmen ließen auch nicht auf sich warten: im nächsten Herbst heimten die Bauern eine bis dahin nie gesehene Ernte ein.“

Und weiter:

„Nicht nur die Einwohner von Likiatschueng konnten auf ihre Erfolge stolz sein. Aus den Nachbardörfern liefen Meldungen von großen Erfolgen der Nachbarn ein.“ (S. 137.)

Die Einwohner von Likiatschueng eröffneten eine Tagesschule für Kinder und eine Abendschule für Erwachsene, sie gründeten einen Schauspielspielzirkel. Unter den neuen Verhältnissen „kann-ten die Tatkraft und der Erfindungsgeist der Menschen keine Grenzen“. Sie, die in alten Zeiten vom Lernen nicht einmal zu träumen gewagt hatten, saßen jetzt an den langen Winterabenden im Dorfklub und malten emsig Hieroglyphen, wie dies ihre Kinder den Tag über taten.

Die Feinde hatten sich verkrochen. Aber ihre Bosheit kam zum Durchbruch. Einer der nicht entlarvten Verräter machte in einem Gespräch mit Wengtiesso die vielsagende Andeutung, all dies sei „eine vergängliche Sache“. Wengtiesso erwiderte schroff:

„Kann eine Mutter, die ihr Kind unter Schmerzen geboren hat, es dem Schimpf und der Vergewaltigung preisgeben? Eher wird sie selber sterben und es mit ihrem Leib schützen, aber das Kind wird leben.“ (S. 147.)

Der Verfasser zeigt den Kampf für die Volksdemokratie in China vom historischen Blickpunkt aus. Er gelangt zu der Schlußfolgerung, daß die Etappe, auf der sie sich heute befindet, durch die gesamte frühere Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Lande vorbereitet wurde. Die Vorwärtsbewegung der Volksdemokratie kann man, wie Wengtiesso sagt,

„nicht durch Feuer verbrennen, nicht durch Wasser ertränken, keine Macht kann sie zum Stillstand bringen“ (S. 152).

Der Held der Erzählung weiß, daß das Volk seine Errungenschaften mit Leib und Leben ver-

teidigen wird. Der Gang der Ereignisse bestätigt dies. Im Dorf trifft die Nachricht ein, die Kuomintangleute hätten „den japanischen Truppen befohlen, vor der 8. und 4. Armee nicht zu kapitulieren und ihnen die Waffen nicht abzuliefern“. Außerdem ist bekannt, daß die Kuomintangtruppen den Befehl erhalten haben, „den Huangho zu überschreiten und einen Schlag gegen die demokratischen Gebiete zu führen“. Das ist die Situation, in der sich die Handlung der letzten Kapitel der Erzählung abspielt.

„Die Meldung von dem Feldzug der Kuomintangtruppen gegen die demokratischen Gebiete verbreitete sich unter den Einwohnern des Dorfs Likitschueng wie ein Lauffeuer. Die Bauern standen in Gruppen beieinander und erörterten das Ereignis. Eine Frage interessierte alle: was kann man für die Volksarmee tun?... Am Abend kannte schon ein jeder seinen Platz: die Jugend machte sich nach der Kreisstadt auf, um sich in die Volksarmee einzureihen, jede Bauernfamilie brachte alles, was sie nur konnte, zum Dorftempel. Reis, Sesam, Bohnen, manche auch irgendein Kleidungsstück. Auf dem Platz vor dem Fenster begannen die Übungen der Kämpfer des Selbstschutzes. An diesem Tage waren die Dorfstraßen bis in die späte Nacht ungewöhnlich belebt und bevölkert, sie erinnerten an einen Ameisenhaufen, dessen Bewohner die Annäherung einer Gefahr spüren.“ (S. 147–149.)

Die Geschichte des Dorfes Likitschueng illustriert die enge Verbundenheit des Volkes mit der Volksbefreiungsarmee. Die im Bewußtsein der Chinesen jahrhundertlang verwurzelte unfreundliche Einstellung zur Armee hatte ihren Ausdruck in dem Sprichwort gefunden: „Aus teurem Metall macht man keine Nägel, aus einem guten Menschen keinen Soldaten.“ In den Augen des Volkes

war die Armee die Personifizierung der Gewalttätigkeit, der Mordbrennerei und der Exzesse. Völlig andere Wechselbeziehungen entstanden zwischen der Bevölkerung und der Volksbefreiungsarmee. Das Volk unterstützt sie vorbehaltlos, nicht nur darum, weil sie die Hauptlast des Kampfes gegen die japanischen Eindringlinge getragen hat, sondern vor allem deshalb, weil diese Armee vom Volk als „ein Symbol der Kraft und Unbesiegbarkeit der Volksdemokratie“ angesehen wird.

Die Truppen der Kuomintangreaktion, die mit amerikanischen Waffen und Kampfwagen ausgerüstet und von amerikanischen Instruktoren unterwiesen sind, können der Volksbefreiungsarmee aus dem gleichen Grund nicht standhalten, aus dem sie die wachsende demokratische Bewegung nicht zu unterdrücken vermögen.

„Hinter der Volksarmee stehen alle ehrlichen Menschen Chinas. Diese gesamt nationale Unterstützung und die starke Einheit von Armee und Volk sind Giganten, gegen die die buntscheckige, von Ausländern gedrehte und ausgerüstete Armee der Kuomintangreaktion zwerghaft wirkt.“ (S. 152.)

Tschaoschulis Erzählung „Die Veränderungen in Likitschueng“ zeigt wahrheitsgetreu sowohl die unferne Vergangenheit als auch die heutige Wirklichkeit Chinas. In künstlerischer Form reproduziert sie die Geschichte der großen chinesischen Umwandlungen während der letzten anderthalb Jahrzehnte, und zwar durch Darstellung der Volksmassen und des Alltags ihres opferwilligen Kampfes. Darin liegt ihre Stärke und Überzeugungskraft.

9. Juli

Das Kriegsgericht in Larissa (Griechenland) verurteilt 30 des Hochverrats angeklagte Demokraten zum Tode.

10. Juli

Abschluß der am 8. Juli begonnenen Londoner Verhandlungen der Finanzminister Englands, der USA und Kanadas.

In Rom findet ein Landeskongreß der italienischen Jugend für Freiheit und Frieden statt.

11. Juli

Eröffnung des dritten Weltkongresses für Forstwirtschaft in Helsinki.

Im Zusammenhang mit dem Streik der Londoner Hafenarbeiter wird durch königlichen Erlaß der Ausnahmezustand verhängt.

Das Gericht von Sydney verurteilt Williams, den Vorsitzenden der Föderation australischer Bergarbeiter, sowie Grant, den Sekretär dieser Föderation, zu einem Jahr Gefängnis, weil sie sich weigerten, dem Gericht anzugeben, wo sich die von der Bank zu Hilfszwecken für die streikenden Bergarbeiter abgehobenen Gewerkschaftsgelder befinden. Zugleich verhängte das Gericht über den Verband eine Geldstrafe von 2000 Pfund Sterling.

In Manchester beginnt ein Lohnstreik der Eisenbahnlastträger.

12. Juli

Die Regierung Polens richtet an die englische Regierung eine Protestnote gegen die Niederschlagung des Verfahrens, das gegen die Hitlergenerale und Kriegsverbrecher von Rundstedt und Strauß angestrengt worden war.

Mehr als eine Million Bauarbeiter Italiens treten in einen Proteststreik gegen die Weigerung der Unterneh-

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Juli 1949

mer, die kollektiven Tarifverträge zu erneuern und den Lohn zu erhöhen.

In Nürnberg (amerikanische Besatzungszone Deutschlands) wird eine „Aktion für Frieden und Völkerverständigung“ gebildet, die sich den Kampf gegen die Kriegshetzer sowie gegen die Zerstückelung Deutschlands zum Ziel macht.

In Frankreich streiken Bergarbeiter der Kohlenbecken im Département Nord, Pas-de-Calais und Gard sowie der Erzgruben in den Ostbezirken. Sie fordern Freilassung der im vorigen Jahr wegen Teilnahme am Streik inhaftierten Bergarbeiter.

Die Seelente Australiens treten in einen 24stündigen Proteststreik gegen die Inhaftierung der Führer der Berg- und der Metallarbeitergewerkschaft.

13. Juli

In London wird eine Beratung der Finanzminister des Britischen Commonwealth eröffnet.

Die Hafenarbeiter von Genua weigern sich aus Solidarität mit den streikenden Seeleuten Kanadas, ein kanadisches Schiff zu löschen.

14. Juli

In Mailand wird die Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Bauarbeiter, Holzarbeiter, Möbeltischler und Arbeiter der Baumaterialindustrie eröffnet.

In Florenz findet die Eröffnung der Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Kohlen- und Erzgrubenarbeiter statt.

15. Juli

In Marseille wird die Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Seeleute und Hafenarbeiter eröffnet.

Veröffentlichung eines Kommissariats des Generalstabs der chinesischen Volksbefreiungsarmee. In den drei Kriegsjahren verlor die Kuomintangarmee 5 691 400 Mann. Gegen Ende Juni umfaßten die befreiten Bezirke 2 962 800 qkm (d. h. mehr als 30 Prozent des ganzen Territoriums von China) mit 279 274 000 Einwohnern (d. h. mehr als 58 Prozent der gesamten Landesbevölkerung).

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung kassiert der Präsident Frankreichs das Todesurteil gegen die madagassischen Abgeordneten, die im Zusammenhang mit dem vor zwei Jahren ausgebrochenen Volksaufstand auf Madagaskar verurteilt worden waren, und ersetzt es durch lebenslangliches Zuchthaus.

In Luxemburg findet eine Konferenz der Verteidigungsminister der Länder statt, die der Westlichen Union angehören. Die Minister billigen einen gemeinsamen Verteidigungsplan der fünf Länder sowie ein Programm, das die „Priorität von militärischen Problemen“ vorsieht.

16. Juli

In New York wird eine von Vertretern verschiedener fortschrittlicher Organisationen der USA einberufene Konferenz zum Schutz der Bürgerrechte eröffnet.

Mitglieder des italienischen Parlaments (— Vertreter des Nationalkomitees für die Volkspetition — reichen beim Präsidium der Abgeordnetenkammer die erste Partie unterschriebener Petitionsformulare gegen die Ratifizierung des Nordatlantischen Vertrags ein, die 7 Millionen Unterschriften aufweisen. Die Unterschriftensammlung nimmt im ganzen Land ihren Fortgang.

BESTELLUNGEN WERDEN WEITER ENTGEGENGENOMMEN

AUF DIE LITERARISCHE MONATSSCHRIFT

„SOWJETLITERATUR“

Die „SOWJETLITERATUR“ erscheint in deutscher, französischer, englischer, spanischer und ab Juli 1949 auch in polnischer Sprache.

In Nummer 7 des Jahrgangs 1949 (Nummer 1 der polnischen Ausgabe) wurden veröffentlicht:

Roman des estnischen Schriftstellers H. LEBERKHT: *Licht in Koordi.*

Aufsätze: Über Werke der Literatur und Kunst, die des Stalinpreises gewürdigt wurden; über M. Gorkis Publizistik; über die neuzeitliche Literatur Polens und der Tschechoslowakei.

Reden sowjetischer Delegierter auf dem Kongreß der amerikanischen Kulturschaffenden und Wissenschaftler zum Schutz des Friedens, und zwar: A. FADEJEWS, P. PAWLENKOS, A. OPARINS, D. SCHOSTAKOWITSCHS, S. GERASSIMOWS und M. TSCHIAURELIS.

In den Nummern 8 und 9 werden erscheinen:

Skizzen und Pamphlete M. GORKIS — „In Amerika“.

Schauspiel A. SOFRONOWS — „Moskauer Charakter“.

Roman A. GONTSCHARS — „Goldenes Prag“.

Aufsätze: Über neue Sowjetprosa und -poesie, über den Film „Die Stalingrader Schlacht“ sowie Aufsätze zum Jubiläum Radischtschews und zur 200. Wiederkehr des Geburtstags Goethes.

Ansprache K. SIMONOWS auf der Moskauer Festsitzung anlässlich der 150. Wiederkehr des Geburtstags A. S. Puschkins.

Reden sowjetischer Delegierter auf dem Weltkongreß der Friedensanhänger in Paris und Prag.

Information über das Kulturleben in der Sowjetunion.

In den Nummern 10 und 11 wird der Roman W. Ashajews, „Fern von Moskau“, veröffentlicht.

Auslandsbestellungen nimmt entgegen:

MESHUNARODNAJA KNIGA, Moskau, Kusnezki Most 18.

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.